



Stadtratssitzung

Donnerstag, 12. September 2019, 17.00 Uhr und 20.00 Uhr

Grossratssaal im Rathaus

Traktanden	Geschäfts- nummer
1. Protokollgenehmigungen Stadtrat 2019 (Protokoll 15 vom 27. Juni 2019)	2019.SR.000045
2. Kleine Anfrage Manuel C. Widmer (GFL): Denkmalgeschützt – oder doch nicht? Oder nur, wenn's um Graffiti geht? (PRD: Alec von Graffenried)	2019.SR.000222
3. Wahlen in Schulkommissionen (Schulkommission Breitenrain-Lorraine) (BSS: Franziska Teuscher)	2017.BSS.000014
4. Wahlen in Schulkommissionen (Sprachheilschule) (BSS: Franziska Teuscher)	2017.BSS.000014
5. Dringliche Motion Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL/Bettina Jans-Troxler, EVP): Klimaschutz? Zäme geits! Fenster- und Tür-Sanierungen vorziehen (FPI: Michael Aebersold)	2019.SR.000174
6. Produktegruppen-Budget 2020; Abstimmungsbotschaft (FD: Mohamed Abdirahim / FPI: Michael Aebersold) (vgl. <i>separate Verhandlungsordnung</i>)	2019.FPI.000044
7. Offenlegung der Finanzierung von politischen Parteien und Kampagnen: Reglement vom 16. Mai 2004 über die politischen Rechte (RPR; SSSB 141.1); Teilrevision (Abstimmungsbotschaft); 1. Lesung (SBK: Ursina Anderegg / GuB: Alec von Graffenried)	2014.SK.000124
8. Postulat Fraktion GB/JA! (Rahel Ruch/Franziska Grossenbacher, GB): Gentrifizierung: Fakten statt Behauptungen; <i>Annahme</i> (PRD: Alec von Graffenried)	2017.SR.000206

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Protokoll Nr. 18	919
Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.05 Uhr	921
Mitteilungen des Vorsitzenden.....	922
Traktandenliste	922
1 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2019 (Protokoll 15 vom 27. Juni 2019)	923

2	Kleine Anfrage Manuel C. Widmer (GFL): Denkmalgeschützt – oder doch nicht? Oder nur, wenn's um Graffiti geht?.....	923
3	Wahlen in Schulkommissionen (Schulkommission Breitenrain-Lorraine).....	923
4	Wahlen in Schulkommissionen (Sprachheilschule).....	924
5	Dringliche Motion Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL/Bettina Jans-Troxler, EVP): Klimaschutz? Zäme geits! Fenster- und Tür-Sanierungen vorziehen	924
6	Produktegruppen-Budget 2020; Abstimmungsbotschaft.....	927
	Präsenzliste der Sitzung 20.00 bis 23.00 Uhr	942
6	Fortsetzung: Produktegruppen-Budget 2020; Abstimmungsbotschaft	943
	Traktandenliste.....	975

Präsenzliste der Sitzung 17.00 bis 19.05 Uhr

Vorsitzend

Präsident Philip Kohli

Anwesend

Devrim Abbasoglu-Akturan	Katharina Gallizzi	Patrizia Mordini
Mohamed Abdirahim	Eva Gammenthaler	Seraina Patzen
Timur Akçasayar	Lionel Gaudy	Rahel Ruch
Katharina Altas	Thomas Glauser	Kurt Rüeegsegger
Peter Ammann	Claude Grosjean	Marianne Schild
Ursina Anderegg	Franziska Grossenbacher	Anna Schmassmann
Oliver Berger	Lukas Gutzwiller	Leena Schmitter
Tom Berger	Bernadette Häfliger	Edith Siegenthaler
Lea Bill	Erich Hess	Lena Sorg
Laura Binz	Brigitte Hilty Haller	Bettina Stüssi
Gabriela Blatter	Ueli Jaisli	Michael Sutter
Regula Bühlmann	Bettina Jans-Troxler	Luzius Theiler
Michael Burkard	Irène Jordi	Regula Tschanz
Yasemin Cevik	Ingrid Kissling-Näf	Ayse Turgul
Francesca Chukwunyere	Fuat Köçer	Johannes Wartenweiler
Michael Daphinoff	Eva Krattiger	Christophe Weder
Milena Daphinoff	Marieke Kruit	Janosch Weyermann
Bernhard Eicher	Nora Krummen	Manuel C. Widmer
Claudine Esseiva	Maurice Lindgren	Lisa Witzig
Vivianne Esseiva	Peter Marbet	Marcel Wüthrich
Alexander Feuz	Melanie Mettler	Patrick Zillig
Benno Frauchiger	Szabolcs Mihalyi	

Entschuldigt

Ruth Altmann	Hans Ulrich Gränicher	Barbara Nyffeler
Henri-Charles Beuchat	Dannie Jost	Tabea Rai
Dolores Dana	Nadja Kehrli-Feldmann	Zora Schneider
Joëlle de Sépibus	Martin Krebs	Matthias Stürmer
Barbara Freiburghaus	Roger Mischler	

Vertretung Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD	Michael Aebersold FPI	Ursula Wyss TVS
Reto Nause SUE	Franziska Teuscher BSS	

Entschuldigt

-

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Ratssekretärin	Joel Leber Ratsweibel
Caroline Baldenweg, Protokoll	Cornelia Stücker, Sekretariat

Stadtkanzlei

Nora Lischetti, wiss. Mitarbeiterin

Die Namenslisten der Abstimmungen finden Sie im [Anhang](#). Beachten Sie dazu die Abst.Nr.

Mitteilungen des Vorsitzenden

Präsident *Philip Kohli*: Unser Ratsweibel, Joel Leber, verlässt uns per Ende September 2019. Ich bedanke mich bei ihm für seine wertvolle Unterstützung. Nächste Woche wird er zum letzten Mal als Ratsweibel im Stadtrat anwesend sein. Bereits heute begrüsse ich seine Nachfolgerin, Frau Sabrina Hayoz.

Anlässlich der Sitzung vom 15. August sind 2000 Franken gespendet worden. Dieser Betrag wird im Anschluss an die heutige Sitzung der Spysi Bern überwiesen. Ich danke für die Spenden. Zudem wurde auf 560 Franken Sitzungsgeld verzichtet.

Traktandenliste

Luzius Theiler (GaP): Wir haben eine lange Sitzung vor uns. Es macht Sinn, dass wir heute das Traktandum zum PGB fertig behandeln. Anschliessend sollten wir aber nicht noch ein solch komplexes Geschäft wie die Finanzierung von politischen Parteien in Angriff nehmen. Ich stelle deshalb den **Ordnungsantrag**, Traktandum 7 auf die nächste Sitzung zu verschieben. Allenfalls kann am Ende dieser Sitzung, falls noch Zeit bleibt, das Postulat der Fraktion GB/JA! behandelt werden.

Präsident *Philip Kohli*: Ich weiche vom Reglement ab und lasse den Stadtpräsidenten zu Wort kommen.

Stadtpräsident *Alec von Graffenried*: Ich habe angesichts der langen Sitzungsdauer viel Verständnis für den Ordnungsantrag. Wollen wir jedoch das Transparenz-Reglement anlässlich der Wahlen im November 2020 bereits anwenden, muss darüber im Februar abgestimmt werden. Deshalb muss dieses Geschäft so rasch als möglich im Stadtrat behandelt werden. Der Entscheid liegt selbstverständlich beim Stadtrat.

Präsident *Philip Kohli*: Ich bedanke mich für die Information. Als Präsident habe ich das so zur Kenntnis genommen. Falls das Geschäft verschoben wird, werde ich die Traktandierung entsprechend vornehmen. Ich bitte Alexander Feuz, sich wieder hinzusetzen. Über einen Ordnungsantrag wird nicht debattiert. Beim Votum von Alec von Graffenried handelte es sich lediglich um eine Information.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Ordnungsantrag ab. (13 Ja, 35 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 006*

Alexander Feuz deponiert bei der Protokollführerin verbal folgenden formellen Protest: Er protestiert dagegen, dass der Stadtpräsident zum Ordnungsantrag reden durfte und ihm, Alexander Feuz, das Wort verwehrt blieb, um mitzuteilen, dass dieses Vorgehen nicht korrekt sei.

2019.SR.000045

1 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2019 (Protokoll 15 vom 27. Juni 2019)

Der Stadtrat genehmigt das Protokoll Nr. 15 vom 27. Juni 2019.

2019.SR.000222

2 Kleine Anfrage Manuel C. Widmer (GFL): Denkmalgeschützt – oder doch nicht? Oder nur, wenn's um Graffiti geht?

Manuel C. Widmer (GFL): Ich befürchte, der Gemeinderat ist bei der Beantwortung meiner Frage ähnlich vorsichtig vorgegangen wie bei der Behandlung der Mauer am Loryplatz. Dort ist das beliebte Eulen-Graffito, das als Quartier-Kulturgut gegolten hat, ohne Wenn und Aber entfernt worden. Den Bau des dortigen Aufgangs befürworte ich durchaus. Ich befürworte jedoch nicht, dass Fragen nicht beantwortet werden. Der Gemeinderat beantwortet keine einzige meiner Fragen. Soll ich nochmals nachfragen? Muss ich eine andere Form des Vorstosses wählen? Ich bitte den Gemeinderat um Rat, wie ich zu meinen Antworten komme.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.

2017.BSS.000014

3 Wahlen in Schulkommissionen (Schulkommission Breitenrain-Lorraine)

Alexander Feuz (SVP): Wir unterstützen die vorgeschlagenen Personen durchaus. Wir haben jedoch schon oft um Angaben zu diesen gebeten. Wir kennen lediglich die Adresse und das Geburtsdatum. Ich habe diesen Umstand an der Fraktionspräsidienkonferenz mehrfach kritisiert. Geändert hat sich nichts. Unsere Fraktion wird sich deshalb der Stimme enthalten. Wir haben keinen Einwand gegen die Leute, bringen damit jedoch unseren Protest zum Ausdruck. Wir fordern weder einen Strafregister- noch einen Betreibungsregisterauszug. Gerne wüssten wir jedoch, welchen Bezug diese Personen zur Schule haben, welche Ausbildung sie absolvierten und was ihre Motivation für das Amt ist.

Beschluss

1. Frau Michaela Korell ist am 31. Juli 2019 als Mitglied der Schulkommission Breitenrain-Lorraine zurückgetreten. Der Stadtrat nimmt von diesem Rücktritt – verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit – Kenntnis.
2. Der Stadtrat wählt als neues Mitglied der Schulkommission Breitenrain-Lorraine ab dem 1. August 2019 für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis am 31. Juli 2021: Herr Thomas Gees (GFL), 1968, Cäcilienstrasse 25, 3007 Bern.

2017.BSS.000014

4 Wahlen in Schulkommissionen (Sprachheilschule)

1. Frau Gabriela Blatter ist am 31. Juli 2019 als Mitglied der Schulkommission Sprachheilschule zurückgetreten. Der Stadtrat nimmt von diesem Rücktritt – verbunden mit dem Dank für die geleistete Arbeit – Kenntnis.
2. Der Stadtrat wählt als neues Mitglied der Schulkommission Sprachheilschule ab sofort für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis am 31. Juli 2021: Frau Sandra Ryser (GLP), 1976, Breitenrainplatz 40c, 3014 Bern.

2019.SR.000174

5 Dringliche Motion Fraktion GFL/EVP (Manuel C. Widmer, GFL/Bettina Jans-Troxler, EVP): Klimaschutz? Zäme geits! Fenster- und Tür-Sanierungen vorziehen

Gemeinderatsantrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die dringliche Motion abzulehnen.

Bern, 21. August 2019

Motionär *Manuel C. Widmer* (GFL): Die Stelle, welche unseren Vorstoss beantwortet hat, gehört nicht zu jenen, welche die Botschaft der Schülerinnen und Schüler auf der Strasse verstanden haben. Die Klimajugend macht Druck, weil sie verstanden hat, dass wir *jetzt* handeln müssen, wollen wir denn die Klimaziele des Pariser Übereinkommens erreichen. Uns ging es nicht um «klar definierte Nachhaltigkeitsstrategien», wie es in der Antwort heisst. Auch habe ich mir keine Gedanken gemacht über «mögliche Vernichtung von investiertem Kapital» oder darüber, dass Mieterinnen und Mieter durch Stosslüften an Lebensqualität verlieren würden. Wir sind allerdings Freunde und Freundinnen der «Pflästerli-Politik», die vom Gemeinderat in ein schlechtes Licht gerückt wird. Fällt ein Kind hin und blutet am Knie, rennt es weinend zu den Eltern. Und was machen diese? Genau: Desinfizieren und ein «Pflästerli» draufkleben. Das hilft, den Blutverlust einzudämmen. Welche Eltern würden ihrem Kind denn sagen, dass mit dem «Pflästerli» zugewartet wird, bis sich das Kind im Spital einer grösseren Behandlung unterziehen muss? Der zuständige Gemeinderat weiss sehr wohl, dass sich in seinem Portfolio akute Dreckschleudern befinden. Es sind dies Gebäude, die im Winter das Quartier im gleichen Masse erwärmen wie ihren eigenen Innenraum. Bei diesen Gebäuden soll zwar kein Investitionskapital vernichtet werden. Dafür vernichtet man jeden Winter tonnenweise Heizenergie und damit viel Geld. Wir fordern «Pflästerli» für Häuser, die bluten. Der Gemeinderat soll sein Vorgehen dem Umstand anpassen, dass wir nicht mehr Zeit haben, bis das Investitionskapital amortisiert ist. Wir fordern, dass geprüft wird, wo es Sinn macht, ein Pflaster anzubringen. Der Gemeinderat muss handeln, jetzt, und dort, wo nötig. Entsprechende Gebäude gibt es in der Stadt Bern. Ich arbeite seit Jahren in einem Schulhaus, das man getrost als Dreckschleuder und Quartierheizung bezeichnen kann. Ursprünglich war eine Renovation für 2035 geplant. Man diskutiert, diese vielleicht auf 2027 vorzuziehen. Es ist ein klimapolitischer Sündenfall, in solchen Fällen nichts zu unternehmen. Die Antwort des Gemeinderats fokussiert jedoch auf die pekuniären Anliegen. In den sozialen Medien würde man unter diese Antwort das Hashtag «Fail» setzen. Wir wandeln die Motion in ein Postulat um und geben damit dem Gemeinderat die Möglichkeit, seiner ungenügenden Antwort eine positive Tat folgen zu lassen. Denn: Hat die Wissenschaft Recht, kann sich unser Planet nicht mehr viel Blutverlust erlauben.

Fraktionserklärungen

Bernhard Eicher (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Unsere Fraktion wird den Vorstoss unterstützen. Wir machen dies jedoch nicht aufgrund der von Manuel Widmer verbreiteten Panik. Vielmehr ist es aus unserer Sicht eine Daueraufgabe, die stadteigenen Liegenschaften immer wieder zu überprüfen und zu optimieren. Wollen wir der nächsten Generation einen anständigen Planeten hinterlassen, muss standardmässig überprüft werden, wo Energie gespart werden kann. Wir hoffen, dass die Stadt schon bisher so vorgegangen ist, wäre ihr Verhalten ansonsten doch nicht sehr glaubwürdig.

Devrim Abbasoglu-Akturan (GB) für die Fraktion GB/JA!: Unsere Fraktion wird die Dringliche Motion nicht unterstützen und sie auch in Form eines Postulats ablehnen. Wir sind für Massnahmen zur Minderung der CO₂-Emissionen. Mit diesem Vorstoss überspringt oder vergisst der Motionär jedoch wichtige Meilensteine bei Sanierungen. Es stimmt, dass wir sanieren müssen. Aber es braucht eine vertiefte Analyse der Liegenschaften, um festzustellen, wo das Problem liegt. In seiner Antwort schreibt der Gemeinderat, dass die Liegenschaften eine einzige Gemeinsamkeit hätten, nämlich die, der Stadt zu gehören. Jedes Gebäude habe seine eigene Bauart und sein eigenes Baujahr. Pauschale Lösungen seien einfach nicht denkbar. Das Vorziehen der Tür- und Fenstersanierungen bringt unserer Ansicht nach nichts. Wir brauchen eine Liste mit konkreten Massnahmen, wie die Energieeffizienz der Liegenschaften verbessert werden kann sowie Etappierungen bei den Sanierungen und kostensichere Planungen. Wir möchten gern wissen, was betreffend Energieeffizienz bei zukünftigen Gebäudeerweiterungen vorgesehen ist. Wir hätten einen sofortigen Gebäudeenergieausweis der Kantone (GEAK) begrüsst. Ohne eine Ist-Zustand-Analyse der Liegenschaften heissen wir keine pauschalen Lösungen gut.

Benno Frauchiger (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Auch die SP ist der Meinung, dass das zunehmende Bewusstsein für die Klimakrise Anlass sein sollte, energetische Sanierungen in Gebäuden forciert umzusetzen und diese in der Investitionsplanung zu priorisieren. Wir teilen die Meinung von Greta Thunberg, dass angesichts der bevorstehenden Klimakatastrophe die Politik in Panik verfallen und handeln müsste. Wir glauben aber nicht, dass ein undurchdachter, panischer Ersatz von Fenstern und Türen die richtige Lösung ist. Anders sieht es aus, wenn ein Fenster oder eine Tür defekt ist. Dann ist es richtig, ein neues Fenster oder eine neue Tür einzusetzen. Bestehende Fenster einfach so zu ersetzen, ist, als ob man im Winter barfuss und in Unterhose rausgeht und dann rasch Socken und Handschuhe anzieht. Das geht zwar schnell und hilft kurzfristig. Man steht aber immer noch im T-Shirt da und nimmt sich deshalb besser die Zeit, erst einen Wollpullover, warme Hosen und eine Winterjacke anzuziehen. Im Rahmen einer hoffentlich bald stattfindenden Fassaden- und Dachsanierung wird man nämlich feststellen, dass die Fensterrahmen um einige Zentimeter abgepasst werden müssen, damit genug Platz für die Dämmung bleibt. Damit muss das Fenster erneut ersetzt werden. Das macht wirtschaftlich und wohl auch energetisch keinen Sinn, zumal sich die Gesamtsanierung durch den panischen Fensterersatz zeitlich verzögern kann. Es macht auch keinen Sinn, eine energetische Teil-Sanierung zu planen, um danach noch eine Gesamtsanierung vorzunehmen. Es ist nicht immer so, dass es standardmässige Ersatzfenster gibt. Gerade bei historischen Bauten handelt es sich bei Fenstern und Türen oft um Spezialanfertigungen. Ein Gesamtkonzept ist konsistenter und nachhaltiger. Wir würden ein Konzept des Gemeinderats mit dem Ziel begrüssen, sämtliche städtischen Gebäude ganzheitlich innerhalb von zehn Jahren auf einen wärmetechnisch aktuellen Stand zu bringen. Dieses Konzept müsste Fenster- und Türenersatz, Fassadensanierung und, wenn nötig, auch Heizungersatz

beinhalten. Es soll keine Zeit mit einer vorgezogenen, gebäudehygienisch fragwürdigen «Pflästerli»-Aktion verloren gehen. Die SP/JUSO-Fraktion lehnt die Motion deshalb ab.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Die Fraktion SVP lehnt den Vorstoss klar ab. Wir unterstützen die Argumente des Gemeinderats, der Fraktion GB/JA! und der Fraktion SP/JUSO. Das beantragte Vorgehen wäre eine reine «Pflästerli»-Politik. Es ist problematisch, vor der Sanierung der Gebäudehülle die Fenster und Türen zu ersetzen. Es erstaunt mich, dass die FDP-Fraktion den Vorstoss unterstützt. Es geht dabei wohl vor allem um Marketing. Man möchte vor den Wahlen als grün gelten, macht aber etwas, das unter dem Strich mehr schadet als nützt. Die SVP unterstützt nachvollziehbare Begründungen und macht keine kurzfristige Politik.

Einzelvoten

Manuel C. Widmer (GFL): Man sollte vielleicht hinschauen, man müsste wohl einen Plan vorlegen und man sollte eventuell renovieren! Wenn es aber konkret wird, gibt es unzählige Gründe, nichts zu tun und noch ein wenig zuzuwarten. Alleine in meinem Schulhaus gibt es eine Aula mit 10 Fenstern. Zwischen diesen und den Fensterrahmen sind Spalten, durch welche viel Wärme entweicht. Dafür braucht es doch keine Pläne, sondern Taten! Es geht nicht darum, bei allen Häusern die Fenster zu ersetzen. Dort, wo es offensichtlich ist, soll der Gemeinderat jedoch handeln. Ansonsten diskutiert der Stadtrat auch 2050 noch darüber, was man alles sollte und macht doch nichts.

Alexander Feuz (SVP): Es hat niemand etwas dagegen, wenn ein defektes Fenster ersetzt wird. In den anderen Fällen muss jedoch eine Gesamtanierung vorgenommen werden. Es muss eine Gesamtoptik vorhanden sein, sonst machen wir eine «Pflästerli»-Politik, die der Umwelt und dem Steuerzahler gar nichts bringt.

Direktor FPI *Michael Aebersold*: Ich kann allen versichern, dass wir nicht nur handeln sollten, sondern dies auch tun. (*An Manuel C. Widmer*): Ein Telefonat hätte genügt, und ich wäre mit meinen Spezialisten gekommen. Ich werde das nachträglich an die Hand nehmen.

Die Motion verlangt flächenübergreifend etwas, das wir schon lange machen. Die Zürcher kommen nach Bern, denn betreffend nachhaltiges Immobilienmanagement ist die Stadt Bern Spitze. Über 500 Liegenschaften werden jedes Jahr überprüft. Wo nötig, werden Sanierungen vorgenommen. Seit 2018 setzen wir jährlich rund 35 Mio. Franken für Sanierungen ein. Es macht keinen Sinn, einzelne Teile wie Fenster oder Türen herauszugreifen. Es braucht eine gesamtheitliche Sicht. Kürzlich konnte den Medien ein entsprechendes Beispiel von der Melchiorstrasse entnommen werden. Ich mache beliebt, den Nachhaltigkeitsbericht 2018 zu lesen. Er ist digital erhältlich. Gerne beantworten wir auch Fragen dazu. Ich bitte darum, den Vorstoss abzulehnen.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis von der schriftlichen Antwort des Gemeinderats.
2. Die Motionärin Fraktion GFL/EVP wandelt die Motion in ein Postulat um.
3. Der Stadtrat lehnt das Postulat ab. (12 Ja, 44 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 007*

2019.FPI.000044

6 Produktegruppen-Budget 2020; Abstimmungsbotschaft

Gemeinderatsantrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderates vom 26. Juni 2019 betreffend Produktegruppen-Budget 2020.
2. Er genehmigt die Vorlage und beantragt den Stimmberechtigten der Stadt Bern, folgende Beschlüsse zu fassen:
 - 2.1. Die Stimmberechtigten beschliessen das Produktegruppen-Budget 2020 des Allgemeinen Haushalts für das Jahr 2020 mit einem Aufwand und Ertrag von je Fr. 1 312 829 729.05 und einem ausgeglichenen Ergebnis enthaltend Zusatzabschreibungen in der Höhe von Fr. 14 182 407.71. Sie legen die Steueranlage unverändert auf das 1,54-fache der für die Staatssteuern geltenden Einheitsansätze und die Liegenschaftssteuer unverändert auf 1,5 Promille des amtlichen Werts fest.
 - 2.2. Sie beschliessen das Produktegruppen-Budget 2020 der Sonderrechnung Tierpark für das Jahr 2020 mit einem Aufwand und Ertrag von je Fr. 9 844 431.40 und einem ausgeglichenen Ergebnis.
 - 2.3. Sie beschliessen das Produktegruppen-Budget 2020 der Sonderrechnung Stadtentwässerung für das Jahr 2020 mit einem Aufwand von Fr. 38 767 447.00 und Ertrag von Fr. 39 359 750.00 und einem Ertragsüberschuss von Fr. 592 303.00.
 - 2.4. Sie beschliessen das Produktegruppen-Budget 2020 der Sonderrechnung Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik für das Jahr 2020 mit einem Aufwand von Fr. 68 003 586.06 und Ertrag von Fr. 107 268 218.81 und einem Ertragsüberschuss von Fr. 39 264 632.75.
 - 2.5. Sie beschliessen das Produktegruppen-Budget 2020 der Sonderrechnung Entsorgung + Recycling für das Jahr 2020 mit einem Aufwand von Fr. 28 276 475.00 und Ertrag von Fr. 26 637 947.00 und einem Aufwandüberschuss von Fr. 1 638 528.00.
3. Er genehmigt die Botschaft an die Stimmberechtigten.
Bern, 26. Juni 2019

Grundsatzdebatte

Rückweisungsantrag Nr. 1 SVP, FDP/JF

Das Geschäft sei an den Gemeinderat zurückzuweisen mit der Auflage,

- der Steuersatz ist von 1.54 auf 1,47 zu senken;
- das Budget 2020 darf kein Defizit ausweisen;
- es dürfen keine neuen Aufgaben (ohne Kompensation) übernommen werden;
- es sei eine Verzichtsplanning vorzulegen, dabei sei zu priorisieren, welche Ausgaben vorrangestellt werden sollen, unter Angabe der entsprechenden Gründe.

Eventualrückweisungsantrag Nr. 2 SVP, FDP/JF

Das Geschäft sei an den Gemeinderat zurückzuweisen mit der Auflage,

- der Steuersatz ist von 1.54 auf 1,49 zu senken;
- das Budget 2020 darf kein Defizit ausweisen;
- es dürfen keine neuen Aufgaben (ohne Kompensation) übernommen werden;
- es sei eine Verzichtsplanning vorzulegen, dabei sei zu priorisieren, welche Ausgaben vorrangestellt werden sollen, unter Angabe der entsprechenden Gründe.

Rückweisungsantrag Nr. 3 GLP/JGLP

Das vorliegende Budget 2020 wird an den Gemeinderat zurückgewiesen mit der folgenden Auflage:

Der Gemeinderat möge ein Budget 2020 vorlegen, das keine Neuverschuldung ausweist. Die Steueranlage wird nicht erhöht.

Antrag Nr. 4 SVP

Auf die im Vorbericht des Produktegruppenbudgets in Ziffer 2.6.3 aufgelisteten neu budgetierten Aufgaben (S. 25f.) ist zu verzichten, soweit sie in die Zuständigkeit der Stimmberechtigten und des Parlaments fallen und soweit sie nicht vollumfänglich kompensiert werden, d.h. der freiwillige Leistungsausbau des Gemeinderates in der Höhe von Fr. 4'933'992.00 sei zu streichen (gemäss S. 25f.).

Antrag Nr. 5 SVP

Allfällige vom Stadtrat zusätzlich zum Antrag des Gemeinderats beschlossene Anträge, die zu Mehrausgaben für die Stadt führen, seien - sofern der Antragsteller keine andere Kompensationsvariante vorsieht, vollumfänglich bei der Verkehrsplanung und/oder der BSS zu kompensieren, wobei der Gemeinderat entscheiden soll, wo und in welchem Umfang die Mehrausgaben jeweils kompensiert wird.

Antrag Nr. 6 Luzius Theiler, GaP

S. 588

Erfolgsrechnung Gesamthaushalt nach Sacharten

31 Sach- und übriger Betriebsaufwand

313 Dienstleistungen und Honorare **Fr. 49'953'495.99:**

Antrag Kürzung um 20%, linear über alle Dienststellen.

Antrag Nr. 7 FDP/JF, SVP

Die Steueranlage soll auf 1.49 gesenkt werden.

Antrag Nr. 8 (Änderungsantrag) BDP/CVP

„Es wird den Stimmberechtigten mit folgenden Festlegungen zur Annahme empfohlen:

- die Steueranlage beläuft sich auf **das 1,52-fache** der für die Staatssteuern geltenden Einheitsansätze.“ [...]

Präsident *Philip Kohli*: Das Budget wird vom Sprecher der Finanzdelegation (FD) Mohamed Abdirahim vorgestellt. Da sein Laptop kurz vor der Sitzung abstürzte, musste er sein Referat kurzfristig neu aufsetzen. Ich bitte um Nachsicht.

Sprecher FD *Mohamed Abdirahim* (JUSO): Vor uns liegt ein solides Budget für das nächste Jahr. Das Produktegruppen-Budget 2020 (PBG 2020) weist bei unveränderter Steueranlage von 1,54 im allgemeinen Haushalt einen Aufwand von 1,299 Mia. Franken und einen Ertrag von 1,313 Mia. Franken aus, woraus ein Überschuss von 14,2 Mio. Franken resultiert. Dieser fliesst als Zusatzabschreibung in einen unserer Fonds.

Der allgemeine Haushalt hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt: Seit 2010 konnte dank regelmässig guten Abschlüssen ein Bilanzüberschuss von 104,3 Mio. Franken aufgebaut werden. Zudem hat die Stadt für künftige Investitionen 176 Mio. Franken in die Spezialfinanzierungen eingelegt. Dank Bilanzüberschuss und Spezialfinanzierungen für künftige Investitionen verfügt die Stadt über eine stabile Finanzanlage. In den nächsten Jahren stehen grosse Investitionen an. Damit das Schuldenwachstum in vertretbaren Grenzen gehalten werden kann, müssen sowohl im Budget 2020 als auch in den Budgets der Folgejahre Ertragsüberschüsse budgetiert und ausgewiesen werden.

Die budgetierten Steuererträge steigen, im Vergleich zum Vorjahresbudget, auf 577,4 Mio. Franken. Dies ist insbesondere auf die amtliche Neubewertung der Liegenschaften sowie auf eine prognostizierte Steigerung der Steuererträge zurückzuführen.

Die Bevölkerung wächst stetig, und der Gemeinderat will die hohe Lebensqualität beibehalten. Das Budget spiegelt diesen Wunsch mit einem bescheidenen Ausbau und den nötigen Investitionen. Entsprechend steigt der Personalaufwand 2020 im Vergleich zum Vorjahr um 12,6 Mio. Franken. Auch der Transferaufwand nimmt gegenüber 2019 um 8,5 Mio. Franken zu. Die grössten Kostenzunahmen betreffen die Lehrerbesoldung, für Betreuungsgutscheine, Kultursubventionen und die Mahlzeitenvergünstigungen.

Das Investitionsbudget 2020 sieht im allgemeinen Haushalt ein überdurchschnittlich hohes Investitionsvolumen von 162,9 Mio. Franken vor, zur Sanierung, Modernisierung und zum dringlichen Ausbau der städtischen Infrastruktur. Folglich muss mit einer Neuverschuldung von rund 30 Mio. Franken gerechnet werden.

Zu den Aussichten: Dank den höher prognostizierten Steuereinnahmen und strikten Finanzvorgaben kann trotz des Kostenwachstums ein Überschuss von 14,2 Mio. Franken budgetiert werden. In den nächsten Jahren wird es eine grosse Herausforderung sein, einen stabilen Finanzhaushalt zu haben, da die Stadt weiterhin wächst und Investitionen und Sanierungen dringlich sind.

Die Finanzdelegation ist überzeugt, dass das Schuldenwachstum von 30 Mio. Franken vertretbar und tragbar ist. Es wird anerkannt, dass der Gemeinderat den Investitionsstau abbauen will und betreffend Schuldenanstieg verantwortungsvoll vorgeht. Die Finanzdelegation beantragt dem Stadtrat das PGB 2020 zur Annahme.

Antragsbegründungen

Peter Ammann (GLP): Ich begründe den Rückweisungsantrag der Fraktion GLP/JGLP. Wir weisen das Budget mit folgender Auflage zurück: Der Gemeinderat soll ein Budget 2020 vorlegen, dass keine Neuverschuldung ausweist und die Steueranlage nicht erhöht. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat die Neuverschuldung bereits reduziert hat. Ich habe den heutigen Medien mit Genugtuung die Aussagen des Finanzdirektors entnommen. Er sagt wörtlich, dass er die «Grenzen der Schuldenwirtschaft» sieht. Diese Aussage erfüllt uns mit Hoffnung. Wir werden sehen, wie es kommen wird. Unserer Fraktion ist jedoch besorgt, mit welcher Nonchalance und Leichtfertigkeit die rot-grüne Parlamentsmehrheit – wieder – in eine Verschuldungssituation hineinrennt. Die Stadt Bern lebt auf zu grossem Fuss. Sie hat einen um 30 Mio. Franken zu grossen Fussabdruck. Im Zuge der grünen Welle wähle ich bewusst diese Worte, um die Leute zu meiner Rechten zu erreichen. Diese laufende Neuverschuldung ist gegenüber zukünftigen Generationen nicht in Ordnung. Wir sind besorgt, denn wir wissen nicht, wohin diese «Verschuldungsreise» führt. Müssen wir jedes Jahr mit 30 Mio. Franken oder gar mit 50 Mio. Franken zusätzlichen Schulden rechnen? Wir möchten mehr über die Schuldenplanung der Stadt Bern wissen. Wir werden anlässlich der IAFP-Debatte deshalb die Forderung stellen, dass der IAFP in Zukunft ohne Neuverschuldung geplant wird.

Wir haben zähneknirschend auf die Forderung nach einer moderaten Steuersenkung verzichtet, obwohl es sich dabei um eine überwiesene Motion handelt. Wir bitten den Gemeinderat aber dringlich, Budgets ohne zusätzliche Neuverschuldung vorzulegen. Die Sache ist einfach: Man kann «à la longue» nicht mehr Geld ausgeben als man einnimmt bzw. als man hat. Ich bitte deshalb, unserem Rückweisungsantrag zuzustimmen.

Alexander Feuz (SVP): Unter unseren Anträgen befinden sich zwei Rückweisungsanträge, einer davon ist ein Eventualrückweisungsantrag. Hat die Stadt zu viel Geld, dann wird es

«vertummet». Als Beispiel nenne ich die Plakate zur Velooffensive. Zu den vier bestehenden Sujets sollen noch einmal vier neue dazukommen. Auch für das Projekt «auawirleben» wird der Beitrag verdoppelt. Wir fordern in unserem Rückweisungsantrag eine Steuersenkung mit Auflagen. Der Steuersatz ist von 1,54 auf 1,47 zu senken. Zusätzlich darf das Budget 2020 kein Defizit aufweisen. Zudem dürfen keine neuen Aufgaben ohne Kompensation übernommen werden. Wir fordern eine Verzichtsplanung, bei welcher zu priorisieren sei, welche Ausgaben vorangestellt werden sollen, unter Angabe der Gründe. Der Gemeinderat soll seine Führungsverantwortung wahrnehmen und aufzeigen, wo die Kürzungen vorgenommen werden sollen. Wir sind fair und machen in unseren anderen Anträgen Vorschläge zu Kürzungen. Im vorliegenden Budget ist viel Luft für Kürzungen vorhanden. Die Plakatkampagne habe ich bereits erwähnt. In den letzten Jahren wurden viele neuen Stellen in der Verkehrsplanung und in anderen Bereichen geschaffen, weitere sollen in den nächsten Jahren dazukommen. Das führt zu einer Katastrophe. Ich danke der Fraktion FDP/JF, die unseren Rückweisungsantrag unterstützt.

Der Eventualrückweisungsantrag fordert eine Senkung des Steuersatzes auf 1,49, um für jene eine Brücke zu bauen, denen 1,47 zu tief ist. Wollen wir verhindern, dass das zu viel eingenommene Geld «vertummet» wird, muss jedoch der Senkung auf einen Steuersatz von 1,47 zugestimmt werden. Der Steuerzahler bezahlt oder wird andernfalls betrieben. Die Stadt Bern hingegen geht mit dem Geld relativ locker um. Sie soll sich auf das Nötige beschränken und das Wünschbare weglassen.

In Antrag 4 fordern wir, dass auf alle neu budgetierten Aufgaben zu verzichten sei, soweit sie in die Zuständigkeit der Stimmberechtigten und des Parlaments fallen und soweit sie nicht vollumfänglich kompensiert werden. Der freiwillige Leistungsausbau in der Höhe von knapp 5 Mio. Franken ist zu streichen. Will man neue Aufgaben übernehmen, muss an anderer Stelle entsprechend gekürzt werden. Neue Planungen bedürfen neuer Stellen, bei den abgeschlossenen Planungen können jedoch entsprechende Kapazitäten abgebaut werden. Die Stadt erinnert mich an ein Tier, das immer mehr Fett ansetzt und sich zu wenig bewegt.

Ich habe nicht die Illusion, dass unsere Anträge eine Mehrheit finden. Ich gehe davon aus, dass Anträgen für Mehrausgaben zugestimmt wird. Wir stellen auch einige wenige von dieser Sorte, doch verlangen wir immer eine entsprechende Kompensation. Mit dem Antrag 5 fordern wir, dass die Kosten von allfällig vom Stadtrat beschlossenen Anträgen, die zu Mehrausgaben führen, bei der Verkehrsplanung und/oder der BSS zu kompensieren seien. Der Gemeinderat kann entscheiden, wo und in welchem Umfang das passieren soll. Es sind die beiden Direktionen, die in den vergangenen Jahren am meisten Fett angesetzt haben. Gerade in der Verkehrsplanung ist Spielraum für Kürzungen vorhanden, die niemandem weh tun.

Luzius Theiler (GaP): Klarheit und Wahrheit sind die obersten Gebote eines Budgets. Um das Budget beschliessen zu können, müssen wir wissen, was darin enthalten ist. Wir müssen beurteilen können, ob die Ausgaben notwendig und tragbar sind. Ich werde in der Fraktionserklärung – wieder einmal – auf die Problematik von New Public Management zu sprechen kommen. Hier nur so viel: Der Sammelposten auf Seite 588 umfasst einen Betrag von knapp 50 Mio. Franken. Genehmigen wir diesen enormen Betrag, wissen wir eigentlich nicht, was wir damit beschliessen. Der Gemeinderat kann dieses Geld nach eigenem Gutdünken benutzen. Das ist eine untragbare Situation. Es heisst, dass es sich dabei um Dienstleistungen und Honorare handelt. Bereits betreffend Jahresrechnung habe ich entsprechende Fragen aufgeworfen. Die Finanzdirektion sagte damals, dass es sich dabei nicht alleine um Dienstleistungen und Honorare handle, sondern dass darin auch Kosten für Versicherungen, Abwassergebühren etc. enthalten seien. Wieso werden diese Kosten nicht gesondert ausgewiesen? Mindestens die Hälfte der 50 Mio. Franken werden jedoch für externe Aufträge gebraucht. Jedes Jahr werden mehr Kommunikations- und Politbüros ins Spiel gebracht. Für jede «Hundsverlo-

chete» zieht die Verwaltung ein externes Büro bei. Für die Besetzung von Stellen im mittleren oder oberen Kader wird ein Assessment durchgeführt – ohne Garantie, dass das Ergebnis dadurch ein besseres wird. Dies liegt an der mangelnden Bereitschaft der Verwaltung, Verantwortung zu übernehmen. Diese wird lieber an ein externes Büro abgegeben. Ich fordere deshalb in Antrag 6 eine lineare Kürzung von 20 Prozent für diese Dienstleistungen und Honorare. Sollte Wichtiges dabei wegfallen, müsste der Gemeinderat die Mittel dazu in einer Kreditvorlage beantragen.

Vivianne Esseiva (FDP): Ich begründe die beiden Rückweisungsanträge, welche wir mit der SVP zusammen eingereicht haben. Die Stadt Bern hat während der letzten Jahre zunehmend mehr Geld ausgegeben. Oft war das auf die «Bestellmentalität» des Gemeinderats und des Stadtrats zurückzuführen. Es ist an der Zeit, mit einer marginalen Steuersenkung den Steuerzahlern der Stadt Bern etwas zurückzugeben. Antrag 7 in der Liste fordert eine Senkung der Steueranlage auf 1,49.

Michael Daphinoff (CVP): Ich begründe den Antrag 8, den moderatesten der Steuersenkungsanträge. In diesem symbolischen Antrag verlangt die Fraktion BDP/CVP – nicht zum ersten Mal – eine Senkung des Steuersatzes auf 1,52. Es ist nach wie vor gerechtfertigt, den Steuerzahlerinnen und den Steuerzahlern der Stadt Bern etwas zurückzugeben. Der Gemeinderat sollte eine Verzichtsplannung vorlegen und Sparmassnahmen planen und ausführen, statt das Geld mit der grossen Kelle auszugeben. Die Einnahmen sind momentan gut, es konnte Eigenkapital angehäuft werden. Die Bedingungen zur Umsetzung der Motion Gubser – einer unsäglichen Geschichte – sind schon lange erfüllt. Grundsätzlich sehen wir keinen Grund, der gegen eine moderate Steuersenkung sprechen würde.

Fraktionserklärungen

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Ich bin ein vehementer Kritiker des vorliegenden Budgets. Ich habe unsere Position bereits bei der Antragsbegründung ausgeführt und möchte mich hier nicht wiederholen. Das Budget ist die Konsequenz aus der Zusammensetzung des Gemeinderats und des Stadtrats. Anlässlich der Debatte zur Motion Gubser wurde gejamert, wie kritisch die finanzielle Situation 2017, 2018 und 2020 sein werde, weshalb keine Steuersenkung möglich sei. Alle wissen, wie sich die Lage entwickelt hat. Wir haben Geld, das teilweise dumm und nicht nachhaltig ausgegeben wird. Werden Stellen geschaffen, belasten uns diese in schwierigen Zeiten. Dann müssten Leute entlassen werden, was nicht gemacht werden wird. Der Steuerzahler wird dann zur Kasse gebeten. Wir unterstützen deshalb auch den Rückweisungsantrag der Fraktion GLP/JGLP. Die Stadt muss betreffend Einnahmen knappgehalten werden, um ein zukünftiges, strukturelles Defizit zu verhindern. Dem Stimmbürger müssen die Konsequenzen seines Wahlverhaltens aufgezeigt werden. Wir zeigen immer auf, wo zusätzliche Ausgaben kompensiert werden sollen. Diese Budgetdisziplin ist entscheidend. Wir unterstützen den Antrag von Luzius Theiler. Es wird neues Personal rekrutiert und es werden Aufträge an externe Büros vergeben. Um deren Personal zu instruieren und kontrollieren, braucht es wiederum neues Personal in der Verwaltung. Wir stimmen der linearen Kürzung deshalb zu. Werden im Tiefbaubereich externe Ingenieure beigezogen, haben wir nichts dagegen. Es war jedoch jenseits von Gut und Böse, wie überbordend diesbezüglich bei der Velooffensive vorgegangen wurde. Eine Kürzung ist deshalb angebracht. Wir werden auch den Antrag der Fraktion BDP/CVP unterstützen. Es besteht jedoch wesentlich mehr Luft nach oben, um den Steuerzahler entlasten zu können. «L'appétit vient en mangeant»: Die Steuersenkung müsste gewaltig sein, damit nicht noch mehr Geld ausgegeben wird. Entscheidend sind deshalb die Rückweisungsanträge. Ich bitte um deren Unterstützung.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Alexander Feuz hat uns die finanzpolitische Apokalypse vor Augen geführt. Das ist die Politik der SVP und der Bürgerlichen. Die Politik der leeren Kassen will dem Staat möglichst alles wegnehmen, damit er – in Alexander Feuz' Worten – nichts «vertummen» kann. Deswegen muss so vorgegangen werden, was logisch, aber nichtsdestotrotz falsch ist. Die Fraktion SP/JUSO findet das Budget 2020 ein erfreuliches Budget. Es schliesst mit einem Überschuss von 14 Mio. Franken ab, was einer Forderung verschiedener Parteien entspricht. Dieser Überschuss erfüllt zumindest teilweise den Anspruch, die Investitionen aus eigenen Mitteln finanzieren zu können. Es werden 27 neue Stellen geschaffen, von denen die Stadt 20 selber finanzieren muss. Das ist ein moderates Stellenwachstum, das deutlich unter dem Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent liegt. Es trägt den Ansprüchen an die Dienstleistungen einer wachsenden Stadt Rechnung und ermöglicht einige wenige, gezielte Ausbauschritte. Diese wurden vonseiten des Parlaments gefordert. Es geht bei diesem Ausbau um 15 Mio. Franken, bei einem Budget von insgesamt 1,3 Mia. Franken ist das wahrlich nicht viel. Das Budget ist ohne nennenswerte Kontroversen unter den RGM-Parteien entstanden. Das ist, im Vergleich zum letzten Jahr, doch bemerkenswert. Die nachträglichen Zusatzbestellungen haben das Bild etwas getrübt. Als Fraktion des Finanzdirektors verstehen wir, wenn dieser immer wieder mahnt, nicht zu überborden. Das Budget soll unter der Perspektive einer langfristigen Finanzierung der öffentlichen Aufgaben im Auge behalten werden. Es nimmt die Herausforderungen des Investitionsstaus an, ohne allerdings zu überborden. Wir rechnen mit jährlich 130 Mio. Franken, die ausgegeben werden müssen, um anstehende Ersatz-Investitionen und Neuinvestitionen zu tätigen. 2020 können davon 70 Prozent selber finanziert werden. Es stimmt, dass dies nicht 100 Prozent sind. Es wird mit einem Überschuss von 14 Mio. Franken und einer Neuverschuldung von 30 Mio. Franken gerechnet. In den vergangenen Jahren wurde mit Verschuldungen von 50 Mio. Franken geplant, doch ist es nie dazu gekommen. Im Nachhinein erwiesen sich diese Prognosen als falsch. Das leichte Schuldenwachstum ist akzeptabel. Von einer Schuldenwirtschaft kann keine Rede sein. Auch leben wir nicht über unseren Verhältnissen. Auf der Gegenseite stehen Investitionen, welche auch zukünftigen Generationen nützen werden. Der Gemeinderat vertritt eine Finanzpolitik mit Augenmass. Wir befinden uns nicht in derselben Situation wie in den Nullerjahren. Damals musste unter einer rot-grünen Regierung massiv gespart werden. Das haben wir auch geschafft. Die Stadt wächst und damit wachsen auch die Bedürfnisse. Diesem Umstand trägt das Budget Rechnung. Wir sind überzeugt, dass das Budget auch vor der Stimmbevölkerung bestehen wird. Wir sind jedoch nicht einfach optimistisch und sehen keine Probleme. In Zukunft muss immer wieder genau hingeschaut werden. Wir sind zuversichtlich, dass der Gemeinderat auch zukünftig mit Augenmass handeln wird.

Zu den Rückweisungsanträgen: Die GLP verlangt keine Steuersenkung mehr, was bemerkenswert und verdankenswert ist. Die Fraktion sieht ein, dass die anstehenden Investitionen genügend Mittel benötigen. Betreffend Anträge der SVP ist Hopfen und Malz verloren. Dabei geht es weniger um eine finanzpolitische als um eine ideologische Diskussion. Damit können und müssen wir leben. Knapp 30 Jahre RGM zeigen, dass die permanente Schwarzmalerei der SVP sich noch nie bewahrheitet hat. Die FDP sagt dasselbe, aber etwas nuancierter. Diese Partei hat sich noch nicht wirklich verabschiedet aus der Mitverantwortung an der Entwicklung dieser Stadt und fühlt sich in der Oppositionsrolle offensichtlich nicht wohl. Der einst staatstragenden Partei muss wieder einmal gesagt werden, dass sie in dem Moment von der Rolle geraten ist, als sie in den 1970er-Jahren den Slogan «Mehr Freiheit, weniger Staat» geprägt hat. Wir lehnen alle Anträge auf Steuersenkungen ab, seien sie noch so mikroskopisch, homöopathisch oder symbolisch. Die Bevölkerung der Stadt Bern bekommt für ihre Steuern einen angemessenen Gegenwert.

Wir lehnen auch den Rückweisungsantrag der GLP ab. Er basiert auf einer Finanzpolitik, bei der den Zahlen magische Qualitäten zugesprochen werden. Welche Qualität hat ein Budget ohne Schulden? Soll eine Schuldenbremse eingeführt werden? Im Kanton ist man damit nicht mehr handlungsfähig und kann nicht mehr investieren. Seit 2010 hat die Stadt Schulden von rund 300 Mio. Franken abgebaut. Sie hat nun wieder Spielraum, um bescheiden und vernünftig zusätzliche Schulden aufzunehmen. Aus volkswirtschaftlicher Sicht ist dies kein Problem. Im Gegenteil, das ist der Treiber unserer Gesellschaft. Den Schulden gegenüber steht das Milliardenvermögen der Stadt Bern. Zudem befinden wir uns in einem sehr tiefen Zinsumfeld. Ich sehe das heraufbeschworene Problem nicht. In der Finanzdirektion sitzen Fachleute, welche die Zahlen kritisch überprüfen. Sie gehen davon aus, dass die Schulden zumutbar und verantwortbar sind. Wir verlassen uns nicht nur auf die politische Grosswetterlage, sondern hören auch auf den Rat der Finanzfachleute der Stadt Bern. Der Gemeinderat hält sich an die von ihnen vorgeschlagene Obergrenze.

Wir lehnen auch den Antrag von Luzius Theiler ab. Er schießt weit über das Ziel hinaus. Michael Aebersold hat uns überzeugend dargelegt, was in der betroffenen Position verbucht wird. Es ist richtig, wenn diese Kosten in Zukunft transparenter dargestellt werden. Dies ist jedoch kein Grund, ein ganzes Budget zurückzuweisen.

Vivianne Esseiva (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Das vorliegende Budget ist im Vergleich zu jenem des Vorjahrs wesentlich schlanker gestaltet. Der Leistungsausbau mit Mehrausgaben und Stellenausbau fällt mit 14,5 Mio. Franken nicht mehr so exzessiv aus wie letztes Jahr. Damals hat der Gemeinderat einige Stunden vor der Debatte zurückkriechen und das Budget kürzen müssen. Nichtsdestotrotz schliesse ich mich meinem Vorredner nicht an. 15 Mio. Franken sind viel Geld und bedeuten einen massiven Ausbau für die Stadt Bern. Unsere Fraktion wird das Budget auch dieses Jahr ablehnen, wenn den Rückweisungs- bzw. Kürzungsanträgen nicht zugestimmt wird. Der Gemeinderat hält sich im Budget 2020 nicht an seine eigenen Vorgaben. Er plant zwar einen Überschuss im zweistelligen Millionenbereich, dieser befindet sich jedoch im unteren Bereich der anvisierten Bandbreite. Nicht einmal in einem «goldenen» Jahr schaffen wir es, mehr Überschuss zu erzielen. Das Budget sieht eine zusätzliche Verschuldung von 30 Mio. Franken vor. Auch in einem Tiefzinsumfeld sollten wir uns nicht dazu verleiten lassen, Schulden aufzubauen. Der abzubauenende Investitionsstau wird sich auf die Budgets der nächsten Jahre auswirken. Dabei geht es nicht nur um die Zinskosten, die anfallen werden. Auch die Abschreibungen für die Investitionen werden das Budget in Zukunft belasten. Im Budget ist keine Priorisierung dieser Investitionen ersichtlich. Der Gemeinderat fördert gar die Konsumausgaben. Die Mehrausgaben werden mit der Erhaltung der Lebensqualität in der Stadt Bern begründet. Diese ist bereits sehr hoch. Es ist fraglich, ob diese Ausgaben eine Steigerung der Lebensqualität für alle Stadtberner bewirken werden. Unsere Priorität sollte sein, den Selbstfinanzierungsgrad unserer Investitionen hochzuhalten. Nur so können wir sicherstellen, dass die Neuverschuldung in Grenzen gehalten wird. Nur damit wird es uns gelingen, die wichtigsten Investitionen zu tätigen und diese nicht plötzlich verschieben zu müssen.

Für 2020 wird erneut eine Steigerung der Steuereinnahmen um 33,3 Mio. Franken erwartet. Diese Prognose wird gemacht, obwohl bereits diejenige für 2019 sehr optimistisch war. Die letzten Jahre wurden wir mit Steuereinnahmen verwöhnt, die höher als budgetiert lagen. Ich bezweifle, dass dieser positive Trend anhält. Schrumpfen die Steuereinnahmen, fällt auch der Gewinn kleiner aus.

Wir unterstützen den Rückweisungsantrag der GLP vollumfänglich. Der Gemeinderat hält seine finanzpolitischen Grundsätze im vorliegenden Budget nicht ein. Wir können uns ein jährliches Stellenwachstum nicht leisten. Es ist wichtig, den zukünftigen Generationen keinen riesigen Schuldenberg zu hinterlassen.

Leena Schmitter (GB) für die Fraktion GB/JA!: Unsere Fraktion steht hinter dem Budget 2020. Der Gemeinderat verfolgt mit dem Budget eine Strategie, welche längerfristig für einen soliden Finanzhaushalt sorgt. Das ist wichtig, weil die Solidität nicht einfach starr ist, sondern auch zu Handlungsspielraum führt. Unsere Fraktion geht von einem dynamischen Verständnis der Stadt aus. Die Stadt Bern soll sich verändern und entwickeln können. Seit längerem ist bekannt, dass die Stadt Bern Investitionen in ihre Infrastruktur tätigen muss, namentlich in Schulen und Sportanlagen. Es ist wichtig, dass wir diese Investitionen zulassen. Dabei geht es nicht einfach um Konsum. Investitionen setzen sich aus den notwendigen Investitionen in die öffentliche und in die soziale Infrastruktur zusammen. Gerade in einer wachsenden Stadt und in einem rauen Umfeld der Abbaupolitik auf kantonaler und nationaler Ebene werden auch Investitionen in soziale Infrastrukturen immer wichtiger, gar überlebenswichtig. Zur Sicherstellung der Investitionsfinanzierung müssen wir gewisse Prioritäten setzen. Dies gilt ganz besonders angesichts der Unsicherheiten betreffend Steuererträge, einem wachsenden Abschreibungsbedarf und der Erhöhung der Finanz- und Lastenausgleichskosten. Die Prioritäten sind im Sinne der Umsetzung der STEK-Ziele zu setzen, denn diese dienen den ökologischen, den raumplanerischen und den sozialen Zielen. Der Leistungsausbau und die neuen Aufgaben sind nachvollziehbar. Kumuliert schaffen die genannten Punkte die Voraussetzungen für eine anhaltend gute Entwicklung. Es irritiert, dass der Ausbau des Personalbestandes der Stadt Bern ein vermeintlich heiss diskutiertes Thema sein soll. Betrachtet man die Situation nüchtern, ist der Fall klar: Die Bevölkerungszahl wächst und wird dies auch in Zukunft tun. Die GB/JA!-Fraktion begrüsst diese Entwicklung. Wer in der Stadt wohnt, lebt in der Regel dichter und damit auch ökologischer und landschaftsverträglicher als auf dem Land. Die Stadt kann auch sozialpolitisch mit gutem Beispiel vorangehen.

Zu den Spezialfinanzierungen: Die in die Jahre gekommenen Schulhäuser müssen saniert werden. Zudem besteht nach wie vor ein hoher Bedarf an neuem Schulraum. Die Sonderfinanzierungen haben den Vorteil, dass langfristig Gelder für nötige Investitionen zurückgestellt werden können. Dringend nötige Investitionen in die Infrastruktur werden damit nicht zukünftigen Generationen überlassen. Unsere Fraktion begrüsst deshalb, dass der budgetierte Überschuss in die Spezialfinanzierung Schulbauten fliessen soll, wie auch die zeitliche Verlängerung und die Beitragserhöhung derselben.

Der Finanzhaushalt ist trotz der hohen anstehenden Investitionen in den nächsten Jahren im Gleichgewicht. Trotzdem sind offensichtlich viele partikuläre Vorstellungen vorhanden, was in der aktuellen finanziellen Lage mit gewissen Spielräumen gemacht werden könnte. Ich denke an die alten Evergreens wie den Angriff auf die Fachstellung für Gleichstellung, auf die Ombudsstelle oder auf die Reitschule. Das ist Ausdruck einer Politik ohne Systematik. Prioritäten zu setzen und systematisch zu denken sind in der Politik jedoch wichtig. Der Gemeinderat muss sich deshalb heute und in Zukunft zu einer klaren Prioritätensetzung bekennen. Neben den Investitionen in Infrastrukturprojekte muss die Finanzpolitik einer wachsenden Stadt dienen. Dabei stehen die Massnahmen für eine klimaneutrale Stadt und für eine Verbesserung der Chancen von armutsbetroffenen Menschen im Vordergrund. Ausserdem sind die Ziele der Wohnstrategie, insbesondere im Bereich der günstigen Wohnungen, rasch anzuvisieren. Nur so kann sichergestellt werden, dass alle Menschen in der Stadt einen guten Platz finden.

Die Stadt Bern hat die Dringlichkeit betreffend Klimakrise erkannt. Der Gemeinderat und der Stadtrat haben entsprechende Massnahmen beschlossen. Die nötigen Mittel müssen schnellstmöglich eingestellt werden, damit die Pläne umgesetzt werden können.

Die Rückweisungsanträge und die Anträge zur Senkung des Steuersatzes lehnen wir aus den erläuterten Gründen ab. Ohne Steuern kann die öffentliche Hand grundlegende Leistungen gerade in einer wachsenden Stadt nicht erbringen. Den Rückweisungsantrag GLP lehnt unsere Fraktion ebenfalls ab. Wer zugehört hat, kann nur zum Schluss kommen, dass Investitions-

bedarf besteht. Es geht dabei nicht um «Shopping». Der Gemeinderat unterbreitet uns vielmehr einen rasonablen Vorschlag. Die GB/JA!-Fraktion kann die kritische Haltung von Luzius Theiler nachvollziehen. Die Kürzung müsste jedoch fallweise geprüft werden, weshalb wir diesen Antrag ebenfalls ablehnen werden.

Lukas Gutzwiller (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Unsere Fraktion wird das Budget gutheissen, auch wenn sich der Aufgabenzuwachs aus unserer Sicht am oberen Limit befindet. Der Stellenzuwachs von 20 Stellen ist hoch. Es muss eine Balance gefunden werden zwischen Leistungsausbau und Überschuss, um die Investitionen zu finanzieren. Wir sind gern bereit, die geplante Motion GLP zur Einschränkung der Neuverschuldung zu prüfen und die Neuverschuldung mit dem Leistungsausbau zu vergleichen. Wir lehnen die übergeordneten Anträge der Bürgerlichen ab. Auch wir sind überrascht, dass der Finanzdirektor heute via Medien bekanntgab, dass er gewisse Projekte wie die Museumsinsel in der Priorisierung zurückstellen will. Es ist wichtig, dass die Politik endlich die Priorisierung von Projekten diskutiert. Als Parlament müssen wir uns diesbezüglich selber an den Ohren nehmen. Die Projekte werden im IAFP jeweils ausgewiesen, womit wir schon lange darüber diskutieren könnten. Wir diskutieren dagegen leider immer über den Stellenausbau und die Neuverschuldung, welche im Promillebereich des Budgets liegen und damit im Bereich der Planungsunschärfe. Die Stadt muss für gemeinsam mit dem Kanton finanzierte Projekte aufzeigen, dass sie nicht im Geld schwimmt. Ansonsten kommen die Finanzierungspartner auf die Idee, ihren Beitrag zu reduzieren, in der Meinung, dass die Stadt einspringen wird.

Für einmal haben wir Anträge für einen Leistungsausbau eingereicht. Wir wollen damit ein Zeichen setzen, dass die Investitionen in die Bildung der Kinder ebenso wichtig sind wie die Belegung des öffentlichen Raums mit Pop-ups. Wir stehen der Tatsache kritisch gegenüber, dass die Stadt Gelder für Volksbelustigungen ausgibt. Darauf haben wir bereits wiederholt hingewiesen. Aus diesem Grund haben wir zu den Kürzungsanträgen der FDP Stimmfreigabe beschlossen. Die Lebensqualität ist bereits heute für die Mehrheit der Bevölkerung hoch. Deshalb sind auch die Mieten rund 50 Prozent höher als beispielsweise in Ostermundigen. Wir trauen der Argumentation nicht ganz, dass der Leistungsausbau der Erhöhung der Lebensqualität dienen soll. Die drei Anträge zur Abstimmungsbotschaft unterstützt die GFL/EVP-Fraktion.

Michael Daphinoff (CVP) für die Fraktion CVP/BDP: Unsere Fraktion wird das Budget in der vorliegenden Form ablehnen. Es ist Gemeinderat Michael Aebersold zugute zu halten, dass er schnell gelernt hat. Im Gegensatz zu letztem Jahr legt er ein abgespecktes Budget vor. Nichtsdestotrotz umfasst es wiederum «Nice-to-have»-Stellen. Auch über die nötigen Stellen könnte gestritten werden. Unsere Kritik ist nicht neu. Wir bringen sie sowohl anlässlich der IAFP- wie auch der Budgetdebatte immer wieder vor. Die Lebensqualität in der Stadt Bern ist bereits enorm hoch. Es scheint, als sollten überall noch mehr Luxus- und «Nice-to-have»-Projekte geschaffen werden. Sie alle kosten enorm viel Geld, bringen der Bevölkerung jedoch nur ein minimales Mass mehr an Komfort. Dieses Vorgehen belastet die zukünftigen Generationen. Die Stadt Bern muss sich von dieser Bevormundungs-Politik lösen, die Luxusprojekte im Bausektor, den Stellenausbau im sozial-pädagogischen Bereich etc. umfasst. Es muss geprüft werden, was wirklich nötig ist, und dann müssen die entsprechenden Prioritäten gesetzt werden. Wir geniessen es, in der Stadt Bern zu leben und anerkennen, dass die Stadt wächst. Das Bevölkerungswachstum rechtfertigt jedoch das vom Gemeinderat gewünschte Stellenwachstum in keiner Art und Weise. Unsere Fraktion wird sowohl die Anträge auf Steuerensenkung wie auch den Antrag der GLP annehmen. Bei einer Gegenüberstellung werden wir dem Antrag der GLP den Vorzug geben.

Luzius Theiler (GaP) für die Fraktion AL/GaP/PdA: Unser Antrag ist kein Rückweisungsantrag, sondern ein Kürzungsantrag. Bei Annahme wird das Budget nicht gefährdet, sondern besser. Die Sprecherin der GB/JAI-Fraktion sagt, dass sie unser Unbehagen versteht, dass jedoch keine lineare Kürzung vorgenommen werden sollte. Ich frage, wie eine solche im Einzelnen geprüft werden kann, wenn die Einzelheiten gar nicht publiziert werden! Niemand weiss, was mit den budgetierten 50 Mio. Franken finanziert wird, was eine fallweise Prüfung verunmöglicht. Sicher wird mit dem Geld auch Sinnvolles gemacht. Es gibt Bereiche, wo die Fachkompetenz in der Verwaltung nicht vorhanden ist. In solchen Fällen ist der Beizug von Experten und Expertinnen sinnvoll. In meinen Augen werden aber auch Banalitäten ausgelagert, welche von einer guten Verwaltung sehr wohl selber erledigt werden können. Von einem Chef, der rund 200 000 Franken verdient, kann erwartet werden, dass er Verantwortung übernimmt und fähig ist, organisatorische Aufgaben zu lösen und Informations-Aufgaben zu erfüllen.

Alle Jahre wieder kritisieren wir das New Public Management (NPM). Das Budget hat damit keinen hohen Stellenwert, da es von unserer Seite zu wenig überschaubar ist. Über einzelne Fragen kann nicht mehr entschieden werden, weil das Geld innerhalb einer Produktgruppe bzw. innerhalb einer Dienststelle herumgeschoben werden kann. Damit verlieren wir den Überblick. Erfreulicherweise ist dieses Unbehagen nicht nur bei uns vorhanden. Es wurde das Projekt Neue Stadtverwaltung Bern 2022 (NSB22) lanciert. Eine Gruppe hat sich bereits damit beschäftigt. Eine Vorlage ist angekündigt. Ich befürchte allerdings, dass grundsätzlich nichts oder zu wenig geändert wird. Es wäre bedauerlich, wenn dem Stadtrat keine Alternative vorgelegt würde. Er soll endlich entscheiden können, ob er das New Public Management in der von Bern praktizierten radikalen Form weiterführen will. Der Kanton beispielsweise hat NPM auf ein vernünftiges Mass reduziert. Ist der Gemeinderat bereit, dem Stadtrat eine Alternative zum bisherigen Vorgehen vorzulegen?

Der erste Teil der Begründung zum Rückweisungsantrag der GLP war mir recht sympathisch. Der Schluss jedoch gefällt mir nicht. Investitionen sollen nicht angetastet werden, sie sollen zulasten der sogenannten Konsumausgaben sogar gefördert werden. Dabei handelt es sich um ein Modewort, das überall auftaucht. Wie werden Investitionen und Konsumausgaben in einem öffentlichen Budget denn scharf voneinander getrennt? Baut man eine Schwimmhalle, fliesst kein Geld zurück. Das Merkmal einer Investition ist, dass das Geld im Laufe der Jahre wieder zurückfliesst und einen Ertrag abwirft. Man kann hingegen in eine neue Stelle investieren, welche dafür sorgt, dass das Zusammenleben in Bern erleichtert und verbessert wird. Das führt dazu, dass die Polizei weniger Arbeit hat. Der Begriff Konsumausgaben hat einen moralisierenden Ton und impliziert schon fast Verschwendung. Ein öffentliches Budget soll dafür sorgen, die Bedingungen von Menschen zu verbessern, die sich nicht alles kaufen können. Diejenigen, die sich alles selber leisten können, brauchen wenige staatliche Leistungen. Sie möchten in Ruhe gelassen werden, damit sie im Garten an ihrem Swimmingpool sitzen können.

Ich habe über einige Kürzungsanträge gestaunt, die relativ kleine Beträge betreffen. Auch über Michael Daphinoff habe ich gestaunt, der fordert, keinen baulichen Luxus zu ermöglichen. Vor zwei Wochen wurde einer Schwimmhalle mit Kosten in der Höhe von 75 Mio. Franken zugestimmt. Diese könnte an anderer Stelle zum halben Preis realisiert werden. Damals hat man das Geld locker vom Hocker gesprochen. Es ist ein Widerspruch in sich, in Sparappellen weniger Luxus zu fordern, bei den einzelnen Entscheiden dann aber darüber hinwegzusehen und dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Ein Politbüro hat einen Grundsatzbericht zu NSB22 verfasst, der sehr interessant ist. Darin wird geschrieben, dass das Produktgruppenbudget den Vorteil habe, dass sich die Leute inzwischen daran gewöhnt hätten. Sie meinten, es sei besser als das alte Budget. Ausser mir erinnert sich wohl niemand mehr daran, wie der Stadtrat dieses früher diskutiert hat. Der

Stadtrat wird aufgefordert, die Steuerungsvorgaben vermehrt zu beeinflussen. Drei meiner Anträge betreffen Korrekturen an den Steuerungsvorgaben.

Melanie Mettler (GLP) für die Fraktion GLP/JGLP: Ich äussere mich zu den finanzpolitischen Grundsätzen, auch, um unseren Antrag noch einmal in Bezug dazu zu setzen. Wir sind uns einig, dass die Lebensqualität in der Stadt Bern hoch ist. Das haben wir auch der politischen Mehrheit in der Stadt zu verdanken. Wir budgetieren immer noch einen weiteren Ausbau des Konsums. Der Gemeinderat nennt den Konsum «Lebensqualität». Er will diese weiter steigern. Darauf spielen wir an, wenn wir von Konsumausgaben sprechen. Es ist nicht nötig, die Lebensqualität weiter zu steigern. Es genügt, diese zu erhalten.

Johannes Wartenweiler liess sich in der heutigen Ausgabe der Zeitung wie folgt zitieren: «Wer nicht weiter Geld für noch mehr Konsum ausgeben will, soll halt das Budget ablehnen oder eine andere Partei wählen». Diese Aussage ist etwas patzig. Ich weiss nicht, ob er schlechte Laune hatte oder ob er wollte, dass der Journalist Ruhe gibt. Aber vielleicht wird damit eben auch eine Haltung zum politischen Diskurs zum Ausdruck gebracht. Aus der Position der absoluten Macht wird nicht um Kompromisse gerungen. Man ist nicht gezwungen, mit den anderen Volksvertreterinnen und Volksvertretern zusammenzuarbeiten. Die Konkordanzpolitik, der die Schweiz den Wohlstand verdankt, ist so nicht möglich. In der Debatte wird dieser Dialog jedoch weitergeführt. Ansonsten wäre das schlecht für die Stabilität, für die Zufriedenheit in der Gesellschaft und für die Lebensqualität. Diese hängt nicht mehr davon ab, ob wir in noch grösseren Wohnungen wohnen, noch billiger weite Strecken zurücklegen können oder noch mehr ausgebaute Dienstleistungen der öffentlichen Hand in Anspruch nehmen können. Ich meine damit nicht jene Menschen, die Unterstützung brauchen. Für diese sollen solche Angebote von der öffentlichen Hand angeboten und von der Allgemeinheit finanziert werden. So funktioniert das Solidaritätsprinzip. Es braucht jedoch keine breite Alimentierung des Konsums nach dem Giesskannenprinzip, das Anreize auf Kosten der nächsten Generationen setzt. Die Grünliberale Politik funktioniert nach dem folgenden Grundprinzip der Nachhaltigkeit: Der Umgang mit der Umwelt als Grundlage für die nächsten Generationen, der Erhalt der Sozialsysteme für den Erhalt der Stabilität unserer Gesellschaft und die Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Finanzen. Diese sollen nicht nach dem Heuschreckenprinzip funktionieren – «nach mir die Sintflut» – sondern Wohlstand auch für die nächsten Generationen ermöglichen. So, wie wir diese Rahmenbedingungen für die Privatwirtschaft brauchen, benötigen wir sie auch für die Finanzen der öffentlichen Hand.

Ich möchte dem Finanzdirektor ein Kränzchen winden. Wir haben den Eindruck, dass er sich bewegt hat. Beim IAFP hat er zwar gespottet, die GLP solle sich nicht einbilden, sie hätte Einfluss auf diese Bewegung gehabt. Nichtsdestotrotz begrüssen wir sie, denn sie ist in unserem Sinn.

Die linke Doktrin aus dem letzten Jahrhundert besagt, dass sich Schulden der öffentlichen Hand immer lohnen. Johannes Wartenweiler sagt, dass Schulden der öffentlichen Hand auch ein Treiber seien. Aber das funktioniert halt nur im Falle eines Wirtschaftswachstums mit steigenden Steuereinnahmen. Wenn dies nicht der Fall ist, kommt es zu einer Inflation. Diese spielt sich immer auf dem Buckel der Ärmern ab. Inflation ist dann nämlich nicht progressiv, sondern eine asoziale Finanzpolitik. Gerade wieder hat die EZB die Zinsen gesenkt. Die Babyboomer mit den hohen Löhnen gehen in Rente. Damit sinken die Steuereinnahmen. Grosse gesellschaftliche Umbrüche kommen auf uns zu. Diesen können wir nicht tatenlos entgegenstehen. Wir verstehen nicht, dass in einem goldenen Zeitalter nicht zugunsten der Zukunft investiert wird. Es soll nicht alles ausgegeben werden, was ausgegeben werden könnte. Dass mehr Menschen in der Stadt leben, macht nur dann Sinn, wenn diese weniger Ressourcen verbrauchen als auf dem Land.

Wir schlagen deshalb eine neue Herangehensweise vor. Wir haben den Kampf für nachhaltige Finanzen noch nicht aufgegeben. Wir beantragen, dass in der aktuell guten Finanzlage nicht in unseren eigenen Konsum investiert werden soll, sondern in die nächste Generation. Wir sanieren, wir bauen Schulen und Infrastruktur und machen das alles nicht auf Pump aus dem «Kässeli» im Kinderzimmer, sondern bezahlen es aus dem Überfluss, in dem die Stadt Bern momentan badet. Die Investitionen stehen in unserem Antrag im Zentrum. Wenn wir das Budget jetzt zurückweisen, können wir nicht erwarten, dass die Einsparungen von 30 Mio. Franken bis zur Abstimmung im Oktober vorliegen. Deshalb schlagen wir eine stufenweise Einführung vor. Nächstes Jahr sollen die Investitionen priorisiert werden, im Folgejahr soll keine Neuverschuldung mehr gemacht, d.h., die Einsparungen mit Konsumausgaben sollen kompensiert werden. Wir greifen der Priorisierung nicht vor und lehnen deshalb die Kürzungsanträge grossmehrheitlich ab. Wir lehnen auch die Anträge auf Ausbau ab, unabhängig vom Inhalt. Das sagt nichts über unsere Haltung zu den jeweiligen Inhalten aus.

Einzelvoten

Michael Burkard (GFL): Ich begründe, warum ich persönlich dem Rückweisungsantrag der GLP, und nur diesem, zustimme. Zu diesem Zweck betätige ich mich ein wenig als Politpädagoge. Ich habe in den alten Stadtratsprotokollen nachgelesen, worüber in den 90er-Jahren und anfangs der Nullerjahre debattiert wurde. Damals hatte die Finanzpolitik der Stadt Bern einen roten Faden: Die Mehrheit war sich einig, dass man sich antizyklisch verhalten sollte. Damit war gemeint, dass der Staat bzw. die Stadt in der Rezession der 90er-Jahre nicht sparen, sondern im Gegenteil investieren sollte. Dadurch sollte das Beschäftigungs- und das Lohnniveau gehalten werden, was sich positiv auf die Nachfrage auswirken und so der Rezession entgegenwirken sollte. Auf der anderen Seite standen die Bürgerlichen. Sie verlangten statt gleichbleibender oder sogar höherer Staats- bzw. Stadtausgaben Steuersenkungen. Die Meinung war, dass die Privaten und die Unternehmen das gesparte Geld investieren und Arbeitsplätze schaffen würden, was ebenfalls der Rezession entgegenwirken würde. Diese zwei Schulen bekämpften sich damals.

Was für eine Situation haben wir heute? Einige Bürgerliche verlangen immer noch Steuersenkungen und halten die Fahne der «Supply-Side-Economy» hoch. Sie wollen mit Steuersenkungen Wirtschaftswunder generieren. Wo sind die Keynesianerinnen und Keynesianer geblieben, die eine antizyklische Finanzpolitik betreiben wollten? In der Presse liest man von „billigem Geld“. Ein ehemaliger Nationalbankpräsident redet von „Helikoptergeld“. Man könnte solche Schlagworte auf den ersten Blick mit der Modernen Monetären Theorie (MMT) der USA in Verbindung bringen. Im Stadtrat scheint man jedoch etwas orientierungslos und ohne Theorie als Fundament zu diskutieren.

Im Budget 2020 ist weder von der MMT noch von Keynes und bekanntlich schon gar nicht von Steuersenkungen die Rede. Der einzige Hinweis auf eine Zweckgerichtetheit des Budgets ist auf Seite 14 zu lesen. Dort steht wörtlich: „Die neuen Stellen sind nötig, um das bereits erfolgte Stadtwachstum zu bewältigen (...) bzw. zu beschleunigen.“ Mit anderen Worten: Das durch die Konjunktur sowieso begünstigte Wachstum soll nicht nur bewältigt, sondern sogar noch beschleunigt werden. Das bedeutet nichts anderes, als dass das Budget prozyklisch wirkt. Die Spezialfinanzierungen erleichtern zudem geplante Investitionen.

Es handelt sich darum nicht um eine theoriebasierte Politik, sondern um einen puren Glauben, dass mit neuen Stellen das Wachstum beschleunigt wird. Damit wiederum soll ganz viel in Form von guten Steuerzahlenden zurückkommen, was wiederum zu mehr Einnahmen und expansiveren Budgets führen wird. Das ist der Glaube an ein finanzpolitisches Perpetuum Mobile. Aus diesem Grund lässt man sich im Finanzplan nicht über Theorien aus und argu-

mentiert weder finanz- noch wirtschaftswissenschaftlich. Man erhebt das STEK zum Gradmesser und Kompass und entzieht sich einer ökonomischen Diskussion.

Dieser Ansatz ist aus mehreren Gründen fragwürdig:

Erstens: Ein Teil des Investitionsbedarfs geht darauf zurück, dass der Unterhalt in den 90er-Jahren vernachlässigt worden ist. Diese Sanierungen sollen mit einer Neuverschuldung finanziert werden. Das ist eine Scheinsanierung, weil die Schulden damit vom Immobilienportefeuille teilweise ins Finanzportefeuille umgelagert werden. Das ist eine Schuldenumschichtung statt eine Schuldentilgung.

Zweitens: Der Teil des Investitionsbedarfs, der Neubauten betrifft, soll ebenfalls teilweise mit neuen Schulden finanziert werden. Das ist ein klassisches Wachstum auf Pump. Nach Keynes sollte ein Gemeinwesen ein Wachstum auf Pump aber nur in einer Rezession machen. Bei gut laufender Konjunktur sollten hingegen Investitionen aus eigenen Mitteln, also organisch, finanziert werden.

Zusammenfassend halte ich fest, dass ich der Rückweisung der GLP zustimme, weil das Budget prozyklisch wirkt und eine Neuverschuldung trotz guter Konjunktur verursacht, weil Schulden aus dem Immobilienportefeuille ins Finanzportefeuille umgelagert werden und kein theoriegeleitetes Handeln erkennbar ist. Es handelt sich um ein erratisches Budget ohne finanzpolitischen Kompass.

Thomas Glauser (SVP): Wir erzielen in der Stadt Bern seit Jahren Rechnungsüberschüsse. Das ist ein gutes Zeichen. Nicht jede Schweizer Stadt hat eine solche Ausgangslage. Es konnten Schulden abgebaut werden. Die Stadt verfügt über Eigenkapital in dreistelliger Millionenhöhe. Das Stadtwachstum führt auch zu höheren Steuereinnahmen. Das Wachstum findet vor allem in den urbanen Zentren statt. Wohnen, Leben und Arbeiten in der Stadt Bern sind dann attraktiv, wenn der Steuerfuss tief ist. Wir hätten die Möglichkeit, diesen jetzt zu senken. Seit Jahren wird versucht, eine solche Steuersenkung zu erreichen. Die städtische Infrastruktur und die Leistungen müssen mit gesundem Menschenverstand der wachsenden Bevölkerungszahl angepasst werden. Es ist jetzt an der Zeit, eine solche Steuersenkung vorzunehmen. Sie verbessert die Lebensqualität von Familien und von Bürgern mit kleinerem Einkommen. Nutzen wir doch die Chance und geben dem Stadtberner Volk einen «Batzen» zurück!

Alexander Feuz (SVP): Denken Sie daran, dass bei allen grossen Börsen-Crashes die Unternehmungen kurz vorher immer gesagt haben, es gehe ihnen gut. Ich erinnere an Lehman Brothers und den Tennisplatz Krüger im Dählhölzli. Heikel ist die wirtschaftliche Entwicklung. Im Hinblick auf eine nachhaltige Finanzpolitik sind die Rückweisungsanträge sehr wohl begründet. Ich bitte um deren Unterstützung.

Direktor FPI *Michael Aebersold:* Ich danke für die sachliche Diskussion und die geleistete Arbeit. Der Fokus ist sehr stark auf die Zukunft gerichtet. Ich möchte, ähnlich wie Michael Burkard, einen Rückblick machen. Es gilt festzuhalten, dass in der Dekade von 1990 bis 2000 die Stadt Schulden angehäuft hat. Diese beliefen sich im Jahre 2000 auf 1,7 Mia. Franken. Der Finanzfehlbetrag betrug 371 Mio. Franken. Die Folge war, dass zwischen 2000 und 2010 vor allem saniert werden musste. Ein Haushaltsverbesserungspaket folgte dem nächsten. Ich sass damals im Stadtrat und kann bestätigen, dass es nicht lustig war. Selbstverständlich wurden damals keine Sanierungen gemacht und zu wenige Mittel in die Infrastruktur investiert. Wir haben also eine Altlast zu bewältigen. Ab 2010 wurde erkannt, was alles ansteht. Der Finanzfehlbetrag konnte getilgt werden. Es wurden Sonderfinanzierungen geäufnet, womit an die zukünftigen Generationen gedacht wird. Ein Grossteil der Investitionen betrifft diese Altlasten. Ein Teil davon ist wachstumsbedingt. 2020 bis 2030 ist die Dekade der Investitionen. Da führt kein Weg daran vorbei.

Die aktuelle Finanzlage der Stadt Bern ist gut. Wir haben in den letzten Jahren Schulden abgebaut, Überschüsse produziert und die Spezialfinanzierungen geäufnet. Diese dienen, anders als beim Kanton, nicht zur Finanzierung der Investitionen, sondern zur Finanzierung der Abschreibungen. Die Folge ist das sehr gute Aa1 Moody's-Rating. Dabei wurde auch die Planung inklusive der zukünftigen Verschuldungssituation einbezogen.

Was ist zentral für die nächste Dekade? Die Stadtfinanzen erinnern mich an einen Dampfer auf See. Manchmal stürmt es, manchmal scheint die Sonne und manchmal verliert man kurz die Orientierung. Es geht darum, den Kurs zu halten und, wo nötig, anzupassen. Es gibt Zeiten, wo schneller gefahren wird, Zeiten, wo das Tempo gedrosselt werden muss.

Es wurde gesagt, dass ein Umdenken stattgefunden habe. Dem widerspreche ich. Seit 2017 macht meine Direktion eine saubere Analyse und adaptierte den Kurs schrittweise. Als Beispiel nenne ich die Medienmitteilung von 2017. Wir halten darin klar fest, dass die Stadt, um den städtischen Finanzhaushalt im Gleichgewicht zu halten, die Investitionen möglichst aus eigener Kraft über Abschreibungen und Rechnungsüberschüsse finanzieren können muss. Wenn das nicht gelinge, werde es zu einer übermässigen Neuverschuldung kommen. Wir haben klar festgehalten, dass es Rechnungsüberschüsse braucht, ansonsten haben wir eine jährliche Neuverschuldung wie 2015. Wir haben 2018 angekündigt, dass wir die Investitionen auf 130 Mio. Franken beschränken, dass wir Fremdmittel im Rahmen von 30 Mio. Franken aufnehmen können und dass es Rechnungsüberschüsse von 15 bis 20 Mio. Franken braucht. Wir haben den Tatbeweis erbracht genau das, was wir seit 2017 angekündigt haben, umgesetzt: Wir unterbreiten dieses Jahr zum ersten Mal ein Budget mit einem Überschuss von 14 Mio. Franken. Das Schuldenwachstum beträgt 30 Mio. Franken und nicht 50 Mio. Franken wie in den vergangenen Jahren.

Der grösste Teil der Ausgaben ist fremdgesteuert. Wir zahlen jedes Jahr mehr Geld in den Lastenausgleich FILAG, weil sich die Stadt Bern gut entwickelt. Das können wir nicht beeinflussen! Das macht 10 Mio. Franken aus. Nehmen die Investitionen zu, steigen auch die Kosten für die Abschreibungen. Das sind weitere 5 Mio. Franken. Es ist ein Fakt, dass wir 3 Prozent mehr Schülerinnen und Schüler haben. Sollen wir diese in Zelten unterrichten? Hier braucht es Investitionen, Personal, Spielplätze usw. Die Kosten für die neuen Aufgaben und den Leistungsausbau betragen 14,6 Mio. Franken. Davon sind 9,5 Mio. Franken übergeordnete Kosten. Der Stadtrat hat beschlossen, für Kultur 2 Mio. Franken mehr auszugeben. 4,5 Mio. Franken betreffen die Betreuungsplätze, 1,7 Mio. Franken die Mahlzeiten. Der Gemeinderat setzt mit 5,5 Mio. Franken noch eigene politische Akzente. Das entspricht 0,4 Prozent des gesamten Budgets.

Der heikelste Punkt betrifft die Einnahmen. Man wird kritisiert, wenn man Überschüsse macht. Wir haben die Prognosen betreffend Steuereinnahmen kontinuierlich nach oben korrigiert: 2017 wurden 493 Mio. Franken budgetiert, im Jahre 2018 515 Mio. Franken, 544 Mio. Franken waren es 2019, und 2020 rechnen wir mit 577 Mio. Franken. Wir haben 2017 knapp 500 Mio. Franken eingenommen und 2018 526 Mio. Franken. Dieses Jahr haben wir eine Stagnation festgestellt. Die wirtschaftliche Entwicklung und diejenige betreffend Steuereinnahmen sind unsicher. Wir haben festgestellt, dass die Steuereinnahmen rückgängig sind und wir, verglichen mit letztem Jahr, bis jetzt weniger Steuern eingenommen haben. Es ist nicht auszuschliessen, dass wir 2019 ein Defizit ausweisen werden. Das ist nicht tragisch. Wir verfügen über ein Polster von 100 Mio. Franken. Den Risiken stehen auch Chancen gegenüber. Ich erwähne die Neubewertung der Liegenschaften. Leider hat das Bundesgericht nicht entschieden, ob der Wert bei 77 oder 70 Prozent liegt. Wir warten auf die Umsetzung des Kantons.

Die Investitionen müssen getätigt werden, ob in 10 oder 15 Jahren spielt keine Rolle. Zusammen mit den Spezialfinanzierungen können wir sie stemmen. Wir halten die finanzpolitischen Grundsätze des Gemeinderats ein, insbesondere die Bruttoverschuldung von maximal

140 Prozent. Das vorliegende Budget ist nachhaltig und wurde seriös und sorgfältig erarbeitet. Ich bitte um Zustimmung.

Zu den Anträgen: Ich bitte darum, das Budget nicht beliebig auszubauen. Es soll nicht übersteuert und nichts vorgezogen werden. Die GFL ist nicht konsequent, wenn sie den Leistungsausbau als am oberen Limit verortet, dann aber Bestellungen über eine Viertelmillion Franken aufgibt.

An Luzius Theiler: Die Vorlage zum Projekt Neue Stadtverwaltung Bern (NSB22) wurde vom Gemeinderat verabschiedet und liegt den zuständigen Gremien vor. Der Gemeinderat bekennt sich klar zu NSB. Ziel ist eine Vereinfachung und Verschlankung der Prozesse. Dem Stadtrat sollen dennoch die nötigen Informationen gegeben werden. Der Antrag auf eine pauschale Kürzung macht wenig Sinn. Wir haben dazu ein Faktenblatt vorgelegt. Wir halten uns an die gesetzlichen Vorgaben und gehen wie Bund und Kanton vor. Bei den Delegationsbesuchen können Informationen zu Einzelheiten erfragt werden. Ich bitte um Ablehnung dieses Antrags. Wir nehmen die Forderung nach Transparenz auf. Wir wollen auf keinen Fall Informationen vorenthalten.

Die Sitzung wird um 19.05 Uhr unterbrochen.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

03.01.2020

X 

Signiert von: Philip Jany Kohli (Qualified Signature)

Die Protokollführerin

14.01.2020

X 

Signiert von: Caroline Baldenweg Ziyout (Qualified Signature)

Präsenzliste der Sitzung 20.00 bis 23.00 Uhr

Vorsitzend

Präsident Philip Kohli

Anwesend

Devrim Abbasoglu-Akturan	Eva Gammenthaler	Patrizia Mordini
Mohamed Abdirahim	Lionel Gaudy	Barbara Nyffeler
Timur Akçasayar	Thomas Glauser	Seraina Patzen
Katharina Altas	Claude Grosjean	Rahel Ruch
Peter Ammann	Franziska Grossenbacher	Kurt Rüeegsegger
Ursina Anderegg	Lukas Gutzwiller	Marianne Schild
Oliver Berger	Bernadette Häfliger	Anna Schmassmann
Tom Berger	Erich Hess	Leena Schmitter
Lea Bill	Brigitte Hilty Haller	Edith Siegenthaler
Laura Binz	Ueli Jaisli	Lena Sorg
Gabriela Blatter	Bettina Jans-Troxler	Bettina Stüssi
Regula Bühlmann	Irène Jordi	Michael Sutter
Michael Burkard	Ingrid Kissling-Näf	Luzius Theiler
Yasemin Cevik	Fuat Köçer	Regula Tschanz
Francesca Chukwunyere	Eva Krattiger	Ayse Turgul
Michael Daphinoff	Marieke Kruit	Johannes Wartenweiler
Milena Daphinoff	Nora Krummen	Christophe Weder
Bernhard Eicher	Maurice Lindgren	Janosch Weyermann
Claudine Esseiva	Peter Marbet	Manuel C. Widmer
Vivianne Esseiva	Melanie Mettler	Lisa Witzig
Alexander Feuz	Szabolcs Mihalyi	Marcel Wüthrich
Benno Frauchiger	Roger Mischler	Patrick Zillig
Katharina Gallizzi		

Entschuldigt

Ruth Altmann	Barbara Freiburghaus	Martin Krebs
Henri-Charles Beuchat	Hans Ulrich Gränicher	Tabea Rai
Dolores Dana	Dannie Jost	Zora Schneider
Joëlle de Sépibus	Nadja Kehrlí-Feldmann	Matthias Stürmer

Vertretung Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD	Michael Aebersold FPI	Ursula Wyss TVS
Reto Nause SUE	Franziska Teuscher BSS	

Entschuldigt

-

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Ratssekretärin	Joel Leber Ratsweibel
Marianne Hartmann, Protokoll	Cornelia Stücker, Sekretariat

Stadtkanzlei

Nora Lischetti, wiss. Mitarbeiterin

2019.FPI.000044

6 Fortsetzung: Produktgruppen-Budget 2020; Abstimmungsbotschaft

Fortsetzung Grundsatzdebatte, Einzelvoten

Präsident *Philip Kohli*: Für die Abstimmung stellen wir den Antrag Nr. 1 SVP, FDP/JF dem Antrag Nr. 3 GLP/JGLP gegenüber. Falls der Antrag Nr. 1 unterliegt, kommt der Antrag Nr. 2 SVP, FDP/JF als Eventualantrag zum Zug und das Prozedere wird wiederholt.

Alexander Feuz (SVP): Meines Erachtens kann man die erwähnten Anträge einander nicht gegenüberstellen. Ich möchte festhalten, dass wir auch in anderen Jahren verschiedene Rückweisungsanträge hatten. Meinen Antrag habe ich bewusst so formuliert, dass er anders ist als derjenige der Fraktion GLP/JGLP. Wir fordern eine Rückweisung unter Auflagen, kombiniert mit einer Steuersenkung. Ich wünsche eine Neubeurteilung der Situation durch den Stadtratspräsidenten. Wir besprechen in der Fraktion kurz das weitere Vorgehen. Ich behalte mir vor, ein Timeout zu verlangen, um zu überlegen, ob wir unseren Antrag zurückziehen wollen.

Präsident *Philip Kohli*: Meine Überlegung dahinter ist, dass man ein Geschäft nur einmal zurückweisen kann. Falls der Antrag Nr. 1 angenommen wird, würden wir gar nicht mehr über den Antrag Nr. 3 abstimmen. Beide Anträge verlangen eine Rückweisung, jeweils mit anderer Begründung. Das richtige Vorgehen ist daher meines Erachtens die Gegenüberstellung der beiden Anträge.

Diskussionen im Saal. Die Sitzung wird für drei Minuten unterbrochen.

Präsident *Philip Kohli*: Ich möchte das von mir vorgeschlagene Prozedere nicht gegen Ihren Willen erzwingen. Wir stimmen daher über jeden Rückweisungsantrag separat ab, auch wenn ich der Meinung bin, dass das falsch ist.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag Nr. 1 SVP, FDP/JF ab.
(16 Ja, 49 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 002*
2. Der Stadtrat lehnt den Eventualrückweisungsantrag Nr. 2 SVP, FDP/JF ab.
(16 Ja, 50 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 003*
3. Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag Nr. 3 GLP/JGLP ab.
(25 Ja, 39 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 004*
4. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 4 SVP ab. (9 Ja, 57 Nein) *Abst.Nr. 005*
5. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 5 SVP ab. (10 Ja, 57 Nein) *Abst.Nr. 006*
6. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 6 Theiler ab. (9 Ja, 44 Nein, 14 Enthalten) *Abst.Nr. 007*
7. Der Antrag Nr. 7 FDP/JF, SVP unterliegt dem Antrag Nr. 8 BDP/CVP in der Gegenüberstellung (20 Ja, 42 Nein, 2 Enthalten) *Abst.Nr. 008*
8. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 8 BDP/CVP ab. (16 Ja, 42 Nein, 9 Enthalten) *Abst.Nr. 009*

Detailberatung

Präsident *Philip Kohli*: Wir beginnen, entgegen der Reihenfolge auf der Antragsliste, mit der Direktion SUE, da Gemeinderat Reto Nause die Sitzung anschliessend verlassen muss.

Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie (SUE)

Anträge

1.	SVP	160	210100 Kantonspolizei	Erhöhung der Nettokosten um Fr. 2'000'000.00 auf Fr. 34'117'795 zugunsten PG210100 Kantonspolizei. Der Betrag ist vollumfänglich bei der Direktion BSS und/oder der Verkehrsplanung zu kompensieren wobei der Gemeinderat entscheiden soll, wo und in welchem Umfang jeweils kompensiert wird.
2.	SVP	160	210100 Kantonspolizei	Eventualantrag zu Nr. 1: Erhöhung der Nettokosten um Fr. 500'000.00 auf Fr. 32'617'795.00 zugunsten PG210100 Kantonspolizei. Damit soll eine Verbesserung des Fussgängerschutzes auf den Trottoirs und auf Gehwegen mit Fahrverbot erreicht werden. Der Betrag ist vollumfänglich bei der Verkehrsplanung zu kompensieren.
3.	FDP/JF	166	220100 Amt für Umweltschutz	Auf den Leistungsausbau von Fr. 100'000 ist zu verzichten, d.h. Kürzung der Nettokosten um Fr. 100'000 auf Fr. 5'870'460.73 PG220100 (Umweltschutz).
4.	GFL/EVP	166	220100 Amt für Umweltschutz	Die Nettokosten der Produktgruppe 220100 (Umweltschutz) werden um Fr. 100'000 auf Fr. 6'070'460.73 erhöht.
5.	GB/JA!	185	230400 Polizeiinspektorat: Regelung Einwohnerwesen	Neue Steuerungsvorgabe: Die Behandlungsdauer von der Einreichung des Einbürgerungsgesuchs bis zu dessen Genehmigung oder Ablehnung durch den Gemeinderat dauert maximal ein Jahr.
6.	FSU FD	217	280200 Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz	Erhöhung des Globalkredits 2020 um Fr. 115'200.00.

Sprecher FSU *Johannes Wartenweiler* (SP): Das Budget der Direktion SUE beträgt 154 Mio. Franken, die Nettokosten belaufen sich auf 78 Mio. Franken. Der Kostendeckungsgrad bleibt gegenüber dem Jahr 2019 unverändert, gegenüber den Vorjahren sinkt er. Die SUE erhält sechs neue Stellen, davon fünf im Polizeiinspektorat (PI) und eine im Amt für Umweltschutz (AfU). Das Budget der SUE wurde in der Kommission FSU einstimmig angenommen. Zum Pilotprojekt «Stadtteile ohne Partnergewalt» (StoP) stellt die FSU einen Antrag auf Erhöhung des Globalkredits um 115 000 Franken. Es geht darum, dass die Finanzierung bereits im Jahr 2020 sichergestellt werden soll. Wir haben unseren Antrag formuliert, nachdem der Stadtrat eine entsprechende Absichtserklärung abgegeben hat. Im Übrigen liessen wir uns im

Vorfeld der Diskussion über das Budget während zweier Delegationsbesuche über die laufenden Geschäfte der SUE informieren. Dazu möchte ich folgende Punkte festhalten: Die Kantonspolizei (Kapo) und der Gemeinderat richten weiterhin ein besonderes Augenmerk auf die Schützenmatte. Dort wird ein leichter Rückgang des Drogenhandels festgestellt. Für Sicherheitsmassnahmen bei Grossanlässen gegen mögliche terroristische Angriffe entstehen höhere Kosten. Zusätzlich möchte man auch das Bundeshaus schützen und denkt über massive, permanente Sperren nach, die im Boden versenkt werden können. Weiter ist im PI eine deutliche Zunahme der Zahlungsbefehle erkennbar. Mit aktiven Massnahmen gegen diese Zunahme wehrt sich die SUE auch gegen die Erosion der Zahlungsbereitschaft und setzt sich damit für einen zentralen Pfeiler des modernen Wirtschaftslebens ein, der lautet: «Schulden sind zu bezahlen.» Sodann möchte ich das Projekt «Unio» erwähnen: Dabei geht es um die Fusion von Feuerwehr und Sanitätspolizei (SanPol), die auf guten Wegen ist. Es handelt sich um ein wichtiges Projekt, um die Blaulicht-Organisationen auf kantonaler Ebene besser zu positionieren und insbesondere die Situation der heutigen SanPol zu verbessern. Schliesslich führte auch die Klimastrategie, die der Gemeinderat vor den Sommerferien verabschiedet hat, zu Diskussionen. Die Massnahmen zur Klimastrategie sind noch nicht im Budget enthalten. Die SUE ist unter anderem für den Ausbau des Fernwärmenetzes zuständig. Sie können sich vorstellen, dass erhebliche Kosten damit verbunden sein werden. Es ist noch nicht ganz klar, wo diese genau anfallen werden.

Antragsteller *Bernhard Eicher* (FDP) zu Antrag Nr. 3: Unser Antrag wird fälschlicherweise als Kürzungsantrag bezeichnet. Es geht aber nicht um eine Kürzung, sondern wir verlangen den Verzicht auf einen Leistungsausbau. Wir nehmen also niemandem etwas weg, sondern wollen nur etwas weniger Fett ansetzen. Dies muss immer wieder klargestellt werden. Wenn man die Thematik der nachhaltigen Ernährung aufnehmen will, darf zuerst darüber diskutiert werden, ob es sich um eine öffentliche Aufgabe handelt oder nicht, die Leute zu belehren, was sie essen sollen und was nicht. Wenn man sich als Stadt Bern bei diesem Thema engagieren will, soll dies im Rahmen der bestehenden Mittel möglich sein. Es ist nicht nötig, dafür zusätzlich 100 000 Franken aufzuwenden. Wir bitten Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

Antragsteller *Alexander Feuz* (SVP) zu Antrag Nr. 1: Die SVP stellt ausnahmsweise einmal einen Erhöhungsantrag. Wir werden unseren Grundsätzen aber nicht untreu und verlangen selbstverständlich eine Kompensation dieser zusätzlichen Kosten bei der Verkehrsplanung respektive bei der Direktion BSS (*zitiert Antrag Nr. 1*). Uns geht es vor allem um zwei Dinge: Einerseits verlangen wir, dass mit einer Erhöhung der Nettokosten zugunsten der Kapo der veränderten Sicherheitslage Rechnung getragen wird. Dabei denken wir insbesondere an den gewalttätigen Extremismus, aber auch an die Situation bei der Reithalle. Dort befindet sich neu eine rote Linie am Boden, die nicht mehr überschritten werden soll. Gewisse Personen haben überdies Hausverbot erhalten, unter anderen auch der Polizeidirektor. Wenn man solche Verhältnisse zulässt, reicht es nicht mehr, die Organisation Pinto aufzubieten, sondern man braucht mehr Polizei. Die Stadt Bern will das so, sie will die Reithalle. Die Konsequenz davon ist, dass die Ressourcen der Kapo erhöht werden müssen. Andererseits geht es uns um eine Verbesserung des Schutzes von Fussgängerinnen und Fussgängern. Diesen Punkt habe ich wiederholt kritisiert. Wer zwischen dem Schönausteg und dem Eichholz zu Fuss unterwegs ist, weiss, dass man dort immer wieder von Velofahrenden bedrängt wird, die teilweise aggressiv reagieren. Kürzlich habe ich an einer Begehung der Thunstrasse teilgenommen. Sie wissen, dass die schnellen E-Bikes mit den gelben Kontrollschildern auf den Trottoirs nur mit ausgeschaltetem Motor fahren dürfen. Nehmen Sie einmal einen Augenschein und erleben Sie selbst, wie viele dieser schnellen E-Bikes sich daran halten. Die Polizei sagt, sie könne nicht immer Kontrollen durchführen. Wir sind der Meinung, dass es mehr Kontrollen

und daher mehr polizeiliche Mittel braucht. Zwei Drittel der beantragten Kostenerhöhung sollen für die innere Sicherheit aufgewendet werden, also für den Schutz vor gewalttätigem Extremismus und für eine Erhöhung der Polizeipräsenz bei der Reithalle, ein Drittel soll für den Schutz der Fussgängerinnen und Fussgänger vor Velofahrenden aufgewendet werden. Zu Antrag Nr. 2: Es handelt sich um einen Eventualantrag zu Antrag Nr. 1. Viele von Ihnen werden letzteren ablehnen, da sie der Meinung sind, es sei alles in Ordnung. Diesen Personen bieten wir eine Brücke, indem wir eine Erhöhung um nur 500 000 Franken verlangen, die ausschliesslich der Verbesserung des Schutzes von Fussgängerinnen und Fussgängern zugutekommen soll (*zitiert Antrag Nr. 2*). Dieser Betrag soll bei der Verkehrsplanung kompensiert werden, da ein thematischer Zusammenhang besteht und bei der Verkehrsplanung noch viel Luft enthalten ist. Ich danke Ihnen für die Unterstützung unserer Anträge.

Antragstellerin *Regula Bühlmann* (GB) zu Antrag Nr. 5: Bei unserem Antrag handelt es sich nicht um eine grosse Sache. Es geht um den Nachvollzug einer Motion, die Sie im März 2019 erheblich erklärt haben. Ich spreche von der Motion «Einbürgerungen sind kein Privileg», die fordert, dass die Behandlungsdauer bei Einbürgerungsgesuchen massiv verkürzt wird. Damit bekunden wir in Bern wieder einmal den Willen, dass es bei uns anders funktionieren soll, als es sonst schweizweit der Fall ist. Gesamtschweizerisch geht es in Sachen Einbürgerung zurzeit klar in die falsche Richtung. Statt froh zu sein um interessierte und engagierte Mitbürgerinnen und Mitbürger, die das Bürgerrecht erhalten wollen, um ihr Lebensumfeld mitgestalten zu können, legt die Schweiz diesen Personen immer mehr Steine in den Weg. Wer in Bern wohnt und dazugehört, soll sich auch einbürgern lassen können, und zwar ohne Schikanen. Indem wir nicht nur die erwähnte Motion überwiesen haben, sondern auch die vorliegende Forderung als Steuerungsvorgabe im Budget festschreiben, schlagen wir eine andere Richtung ein. Es geht darum, den einbürgerungswilligen Personen einen Service zu bieten, bei welchem unwürdige Geduldsproben nicht mehr inbegriffen sind. Es geht somit nicht um mehr oder um weniger finanzielle Mittel, sondern darum, dass das, was wir beschlossen haben, auch als Steuerungsvorgabe im Budget steht. Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

Antragsteller *Marcel Wüthrich* (GFL) zu Antrag Nr. 4: Es geht um ein neues Projekt und eine neue Aufgabe im Amt für Umweltschutz, nämlich um nachhaltige Ernährung. Im Budget ist dafür ein Betrag von 100 000 Franken vorgesehen, im Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) waren es aber 200 000 Franken. Ohne eine Erhöhung des Betrags kann das Projekt nicht durchgeführt werden. Insbesondere geht es darum, dass ein sogenannter Lebensmittel-Hub vorgesehen ist. Es handelt sich um eine Logistik-Lösung, die zwischen den Produzenten und den Gastrobetrieben greifen soll. Auf beiden Seiten sind die betroffenen Betriebe relativ klein und können eine solche Logistik-Lösung nicht selbst auf die Beine stellen. Bei den Produzenten handelt es sich vor allem um Bauern. Ihnen ist es nicht möglich, nur am Samstagmorgen auf den Markt zu gehen und dort ihre Produkte abzuliefern. Die Gastrobetriebe ihrerseits können die Produkte im Moment nicht ohne weiteres von den Bauern beziehen. Man will eine zentrale Stelle einrichten, an welche die Lebensmittel geliefert und von wo aus sie weiterverteilt werden können. Es findet sich sicher eine Lösung, die ökologisch sinnvoll ist, indem der Ressourcenverbrauch reduziert werden kann. Es wurden diverse Vorstösse überwiesen, die in Richtung einer 2 000-Watt-Gesellschaft und der UN-Nachhaltigkeitsziele gehen. Mit dem vorliegenden Projekt könnte eine sehr grosse Wirkung erzielt werden, ohne allzu viele Ressourcen zu verbrauchen. Bei den verlangten zusätzlichen 100 000 Franken handelt es sich nicht um einen grossen Betrag. An die Adresse der FDP: Es geht nicht darum, einen staatlichen Menüplan zu verordnen, sondern darum, günstige Rahmenbedingungen zu schaffen, um regionale und saisonale Nahrungsmittel zu den Konsumentinnen und Konsumenten zu bringen und gleichzeitig den Ressourcenverbrauch zu senken.

Fraktionserklärungen

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion SVP: Die Fraktion SVP stimmt den meisten Kürzungsanträgen zu und lehnt Erhöhungsanträge grundsätzlich ab, abgesehen von einzelnen Ausnahmen, auf die ich noch zu sprechen komme. Bei Antrag Nr. 3 schliessen wir uns der Begründung der FDP an. Insbesondere erscheint uns wichtig, dass die Aufgaben priorisiert werden. Es sollen keine zusätzlichen Gelder bereitgestellt werden. Antrag Nr. 4 lehnen wir klar ab. Es geht um die Subventionierung von Sonderzügen und um Wahlkampf. Die Leute wissen das. Auch Antrag Nr. 5 lehnen wir ab. Was ist unter der Formulierung «nicht länger als ein Jahr» zu verstehen? Ich weiss aus eigener Erfahrung, dass man mit gewissen Herkunftsländern respektive der Arbeitsweise ihrer Botschaften und Vertretungen teilweise enorme Schwierigkeiten hat. Es ist nicht immer einfach, die gewünschten Unterlagen zu erhalten. Die vorliegende Steuerungsvorgabe ist nicht zielgerichtet und kann meines Erachtens auch nicht umgesetzt werden, da es sehr stark auf das jeweilige Land ankommt, ob die Zusammenarbeit klappt oder nicht. Wie will man vorgehen, wenn ein Land die Mitwirkung verweigert? Geht es darum, dass die betroffenen Personen rasch eingebürgert werden sollen, da die Steuerungsvorgabe nicht eingehalten wird? Die Forderung ist völlig sinnlos, da man auf gewisse Dinge gar keinen Einfluss nehmen kann. Wenn schon, müsste man das Ganze anders formulieren und eine maximale Behandlungsdauer festlegen für den Fall, dass die Unterlagen vollständig vorhanden sind. Darüber könnte man diskutieren. Bei der vorliegenden Forderung besteht das gleiche Problem wie bei den Baubewilligungen. Ich vertrete auch dort die Meinung, dass man von der Stadt nicht verlangen kann, dass sie das Gesuch innerhalb einer kurzen Frist behandelt, wenn ein Gesuchsteller unvollständige Unterlagen einreicht. Man kann ein Gesuch nur dann bearbeiten, wenn die Unterlagen vollständig sind. Vermutlich gehen die Meinungen auch bezüglich der Frage auseinander, ab wann die Unterlagen vollständig sind. Bei Antrag Nr. 6 sind wir ebenfalls skeptisch. Eventuell komme ich später noch auf diesen Punkt zurück. Weitere Ergänzungen werden von anderen Fraktionsmitgliedern vorgenommen.

Bernhard Eicher (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Die Anträge Nr. 1 und 2 der SVP betreffend Kapo unterstützen wir mehrheitlich. Durch die Integration der Stadtpolizei in die Kapo konnten Einsparungen in der Höhe von etwa 6 Mio. Franken erzielt werden. Die FDP fordert seit Jahren, dass 3 Mio. Franken dieser eingesparten Mittel zugunsten der Polizistinnen und Polizisten eingesetzt werden und die Bestellung entsprechend erhöht wird. Diese Forderung ist selbstverständlich verbunden mit dem Gedanken, dass der Kanton entsprechend mehr Polizistinnen und Polizisten einstellen kann. Wir wissen, dass die Situation bei der Kapo schwierig ist. Die Polizeibeamtinnen und -beamten leisten viele Überstunden und haben keinen einfachen Job, sei es bei Fussballspielen oder im Umfeld der Reitschule. Sie können fast nur verlieren, irgendjemand beschwert sich immer. Zu den Anträgen der SVP möchten wir einen Kritikpunkt anbringen: Es entspricht nicht der Logik der Budgetierung, die Kosten um einen solchen Pauschalbetrag zu erhöhen. Wenn schon, müsste man die Erhöhung im entsprechenden Vertrag mit dem Kanton vornehmen. Antrag Nr. 4 lehnen wir als logische Konsequenz zu unserem Antrag Nr. 3 ab. Wir sind nicht der Auffassung, dass man im Bereich nachhaltige Ernährung zusätzliche Mittel einsetzen soll. Antrag Nr. 5 betreffend Einführung einer neuen Steuerungsvorgabe beim PI stösst bei uns auf positive Resonanz. Wir haben Interesse an einer effizienten Verwaltung und sind der Meinung, dass eine Zielsetzung bezüglich der Bearbeitungsdauer sinnvoll ist. Dies gilt selbstverständlich auch für Personen, die Leistungen des Einwohnerdiensts in Anspruch nehmen wollen. Antrag Nr. 6 stimmen wir ebenfalls zu. Es handelt sich um ein gutes Projekt und es erscheint uns richtig, dieses schon im Jahr 2020 in

Angriff zu nehmen, zumal auch die Diskussion darüber in diese Richtung ging. Im Budget wird das Projekt erst im Jahr 2021 berücksichtigt, da die entsprechende Eingabe zu spät erfolgte.

Regula Bühlmann (GB) für die Fraktion GB/JA!: Die Sicherheitspolitik nach dem Gusto der SVP sieht wie folgt aus: Sicherheit vor Velofahrenden statt Sicherheit für Velofahrende, Sicherheit vor sozial Benachteiligten statt Sicherheit für sozial Benachteiligte, die sich natürlich teilweise im Umfeld der Reitschule aufhalten. Dafür stellt die SVP ihren Antrag Nr. 1 und will dafür Mittel aus der Bildung, der Sozialpolitik und der Verkehrsplanung abziehen, um Law and Order durchzusetzen, gegen alle Lebens- und Mobilitätsformen, die ihr nicht passen. Selbstverständlich teilen wir diese Idee einer Sicherheitspolitik nicht und lehnen die Anträge Nr. 1 und 2 daher ab. Sicherheit bedeutet für uns etwas anderes. Uns geht es nicht um Law and Order, sondern um Inklusion, Prävention und um soziale Auffangnetze, es geht um den Schutz vor Willkür, vor Gewalt und vor Machtmissbrauch. Diese Werte prägen das Projekt StoP, um welches es in Antrag Nr. 6 geht. Diesem Antrag der FSU stimmen wir daher gerne zu, damit das Projekt schon im kommenden Jahr finanziert werden kann. Beinahe so sehr wie über die Sicherheit lässt sich über das Essen streiten. Man kann sich allerdings auch über Parteigrenzen hinweg austauschen und Rezepte hin und her schicken. Aber Ernährung ist mehr als lustige WhatsApp-Bilder vegetarischer Menus. Über unsere Ernährung und über die Produktion unserer Nahrungsmittel beeinflussen wir unsere Zukunft. Wir können damit die Umwelt und die Zukunft unserer Kinder prägen, die dies an ihren Klima-Demonstrationen so lautstark fordern. Die Ernährung wird von einem Smalltalk-Thema zu einer politischen Herausforderung. Der Stadtrat hat in mehreren Vorstössen bekräftigt, dass Bern diese Herausforderung annehmen soll. Für uns ist daher klar, dass wir dem Antrag Nr. 4 und damit der Erhöhung des betreffenden Budgetpostens zustimmen. Dementsprechend lehnen wir den Antrag Nr. 3 der FDP auf Streichung desselben Budgetpostens ab.

Katharina Altas (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Zu Antrag Nr. 1: Die Fraktion SP/JUSO lehnt diesen Antrag klar und deutlich ab. Es ist abenteuerlich, welche Begründungen vorgebracht werden, um die Erhöhung der Kosten zu rechtfertigen. Es ist tatsächlich von Extremismus die Rede. Noch abenteuerlicher ist die Begründung, weshalb die Erhöhung bei den Direktionen BSS und TVS kompensiert werden soll. Die Fraktion SVP hat sehr kreative Ideen, aber leider müssen wir passen. Antrag Nr. 2 lehnen wir mit der gleichen Begründung ab. Zu Antrag Nr. 3: Auch diesen Kürzungsantrag lehnen wir ab. Wir sind erstaunt, dass die gerade grün gewordene FDP beim Thema der nachhaltigen Ernährung sparen möchte. Zu Antrag Nr. 4: Den Erläuterungen von Marcel Wüthrich können wir folgen und stimmen diesem Antrag zu. Zu Antrag Nr. 5: Auch wenn die Behandlungsdauer bei Einbürgerungsgesuchen nicht alleine von den Stadtberner Behörden abhängt, können wir dem Anliegen, diese Behandlungsdauer zeitlich zu beschränken, etwas abgewinnen. Wir fragen uns allerdings, weshalb der Gemeinderat mit diesem Antrag übersteuert werden soll. Punkt 3 der Motion «Einbürgerungen sind kein Privileg» wurde erheblich erklärt, man hätte also gut die Antwort des Gemeinderats abwarten können. Dennoch stimmen wir diesem Antrag zu. Zu Antrag Nr. 6: Auch diesem Antrag stimmen wir zu. Wir begrüßen das Anliegen, mit dem Projekt bereits im nächsten Jahr zu beginnen; je früher, desto besser. Auf die Ergebnisse dieses wichtigen Projekts sind wir gespannt.

Marcel Wüthrich (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Die Anträge Nr. 1 und 2 der SVP lehnen wir ab. Bei Antrag Nr. 4, den ich soeben begründet habe, möchte ich nochmals betonen, dass es darum geht, den Ressourcenverbrauch in der Stadt zu senken und eine gewisse Wirtschaftsförderung zu betreiben, indem auch das lokale Gewerbe davon profitieren kann. Demzufolge lehnen wir den Antrag Nr. 3 als gegenteilige Forderung ab. Den Anträgen Nr. 5 und 6 stimmen wir zu.

Einzelvoten

Bernhard Eicher (FDP): Es ist mir wichtig, zwei Dinge richtigzustellen: Die erste Richtigstellung betrifft die Polizei. Immer, wenn man das Budget der Polizei erhöhen will, wird der Vorwurf laut, man wolle eine Law-and-Order-Politik betreiben. Ich stelle einmal mehr fest, dass Polizistinnen und Polizisten in diesem Rat Angestellte zweiter Klasse zu sein scheinen. Anders kann man sich das Ganze nicht erklären. Dem städtischen Personal gewähren Sie Realloohnerhöhungen, aber bei den Polizistinnen und Polizisten, die seit Jahrzehnten mehr oder weniger mit dem gleichen Bestand arbeiten, sind Sie nicht bereit, mehr Mittel einzusetzen. Offenbar besteht bei Ihnen absolut kein Verständnis für die Situation. Offenbar hat auch die Polizei-Gewerkschaft in den Fraktionen SP/JUSO und GB/JA! keinen grossen Einfluss, weshalb Polizistinnen und Polizisten in diesen Reihen als deklassierte Angestellte behandelt werden. Letztendlich geht es um die Frage, ob Sie mehr Polizistinnen und Polizisten wollen, um den Aufwand, den wir in der Bundeshauptstadt haben, auf mehr Personen verteilen zu können, oder ob Sie genau in diesem Bereich möglichst viel sparen und dadurch in Kauf nehmen wollen, dass die betroffenen Angestellten Überstunden leisten müssen und damit möglicherweise noch mehr Mühe haben als ohnehin, ihre schwierige Arbeit zu erfüllen. Die zweite Richtigstellung betrifft die Thematik der nachhaltigen Ernährung: Nur wegen des Wortes «nachhaltig» allein ist ein Anliegen noch nicht grün oder sinnvoll. Ich kann das Wort und die Anspielungen auf den grünen Freisinn nicht mehr hören. Für uns ist klar, dass wir eine nachhaltige Politik brauchen. Die Nachhaltigkeit muss aber immer wirtschaftlich, ökologisch und sozial verstanden werden. Ich bitte Sie um entsprechende Differenzierung. Wir bemühen uns seit Jahren um eine solche Nachhaltigkeit. Die Thematik ist im Moment einfach etwas mehr en vogue, in einem halben Jahr wird ein anderes Thema en vogue sein. Nachhaltigkeit kann man nicht aus dem Ärmel schütteln. Der Begriff lässt sich nicht für jedes Anliegen einsetzen, sondern es müssen immer alle drei Dimensionen in Betracht gezogen werden. Beim vorliegenden Projekt ist eine so verstandene Nachhaltigkeit nicht gegeben.

Thomas Glauser (SVP): Die Anzahl Überstunden des Polizeicorps ist ein verlässlicher Hinweis darauf, dass ein Mangel beim Personalbestand vorliegt. Jeder Mensch hat ein Anrecht auf Sicherheit. Die Hauptstadt ist ein Schwerpunkt bei der Polizeiarbeit. Manchmal finden mehrere Anlässe gleichzeitig statt, beispielsweise ein Fussballspiel der BSC Young Boys (YB) und ein Spiel des Eishockeyclubs SCB. Auch die Reithalle wurde schon mehrmals erwähnt, darauf gehe ich nicht mehr ein. Weiter darf man auch die zunehmende Cyber-Kriminalität nicht vergessen. Aus diesen Gründen würde ich es begrüssen, wenn man die Sicherheit für die Bürger gewährleisten und die Überstunden des Polizeicorps minimieren könnte, indem man neue Stellen bei der Polizei schafft.

Johannes Wartenweiler (SP): Liebe Kollegen, damit machen Sie es sich etwas gar einfach. Sie wollen 2 Mio. Franken mehr für die Polizei, indem Sie dieses Geld bei der Direktion BSS wegnehmen. Ist es Ihr Ernst, uns zu bitten, diesem Antrag zuzustimmen? Bei der Polizei handelt es sich um eine kantonale Aufgabe. Es ist Sache des Kantons, dafür zu sorgen, dass genügend Ressourcen vorhanden sind. Wir sind die Letzten, die verlangen würden, dass die Polizei unendlich viele Überstunden leisten muss, aber so lange der Kanton immer nur sparen und nichts ausgeben oder nicht investieren will, auch nicht in die Polizei, müssen Sie nicht in diesem Gremium Kürzungsanträge stellen, die zulasten sozialer Einrichtungen gehen.

Alexander Feuz (SVP): Ich möchte insbesondere zum Votum von Johannes Wartenweiler Stellung nehmen. In der Stadt Bern haben wir ein Problem. Wir können die Sicherheit nicht

gewährleisten, es herrscht Wildwuchs. Als Beispiel habe ich die roten Linien bei der Reithalle erwähnt, die für die Polizei gelten sollen. Am Abend werden rund um die Reithalle regelmässig Autos aufgehalten, Barrikaden werden gebaut, die Polizei wird angegriffen und so weiter. Die Situation der Stadt Bern ist zu vergleichen mit jemandem, der eine Gefahr schafft. Wenn beispielsweise ein Hotelier jeden Abend eine Party veranstaltet, wird er zur Kasse gebeten, wenn er sich nicht an die Vorschriften hält. Für die Stadt Bern gilt dasselbe: Wenn sie überbordet, muss sie die Konsequenzen tragen. Ich will nicht, dass die Polizistinnen und Polizisten Überstunden leisten müssen. Die Stadt Bern muss ehrlich sein und mehr Geld für die Polizei zur Verfügung stellen. Wer A sagt, muss auch B sagen. Zur Frage der Kompensation bei der BSS: Ich habe den Antrag liberal formuliert und zwei Varianten vorgeschlagen. Entweder soll der Betrag bei der BSS oder bei der TVS, insbesondere bei der Verkehrsplanung, kompensiert werden. Bei der Verkehrsplanung, die immer Neues macht und immer neue, unmögliche Vorschriften erlässt, besteht noch genügend Luft. Dasselbe gilt für die BSS, auch in dieser Direktion gibt es einen gewissen Wildwuchs, den man bekämpfen kann. Angesichts des Budgets ist eine Einsparung von 2 Mio. Franken, um die es vorliegend geht, absolut verhältnismässig, dies insbesondere im Wissen darum, welcher Ausbau in den letzten Jahren erfolgte. Ich danke allen, die unseren Antrag unterstützen.

Direktor SUE *Reto Nause*: Ohne Sicherheit keine Lebensqualität, liebe Ratsmitglieder. Zuerst möchte ich der Kommission danken, die das Budget vorberaten hat, sowie dem Kommissionsprecher, der zur SUE gesprochen hat. Es handelt sich um fruchtbare, gute und sachliche Diskussionen. Im Namen des gesamten Gemeinderats nehme ich zu den einzelnen Anträgen Stellung. Um es vorweg zu nehmen: Der Gemeinderat lehnt alle Anträge ab. Zu den Anträgen Nr. 1 und 2: Aus meiner Optik als Sicherheitsdirektor sind diese Anträge sachlich gerechtfertigt. Im Bereich der Sicherheit würden wir mehr Mittel benötigen. So, wie die Anträge formuliert sind, kann man ihnen jedoch schlicht nicht zustimmen. Überdies sind sie aus finanzpolitischer Sicht im aktuellen Umfeld wohl auch nicht angezeigt. Zu den Anträgen Nr. 3 und 4: Es geht um das Projekt der nachhaltigen Ernährung. Die einen wollen diesbezüglich mehr, die anderen wollen weniger. Ich habe den Eindruck, dass der Gemeinderat mit dem gewählten Mittelweg richtig liegt. Zu Antrag Nr. 5: Meines Erachtens halten wir die Vorgabe als Stadt ein. Das Problem liegt vielmehr darin, dass gewisse Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller die Unterlagen nicht fristgerecht einreichen oder dass diese nicht geliefert werden, wenn wir sie nachfordern. Sodann ist auch der Kanton in das Verfahren involviert. Wir können zwar sagen, dass wir das Verfahren innerhalb eines Jahres abwickeln wollen, aber wir haben nicht alleine Einfluss darauf, wir sind auch auf andere Partner angewiesen. Eine solche Steuerungsvorgabe ist für mich eher deklaratorischer Natur, weshalb ich der Meinung bin, dass man sie ablehnen sollte. Man soll nicht Dinge deklarieren, die man nicht zwingend einhalten kann und will. Zu Antrag Nr. 6: Der Gemeinderat ist bereit, die Forderung umzusetzen. Wir haben dies stets bekräftigt und das Projekt aus finanzpolitischen Gründen lediglich auf das nächste Budget verschoben. Ich bitte Sie daher, auch diesen Antrag abzulehnen und dem Gemeinderat zu folgen.

Beschluss

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 1 SVP ab. (8 Ja, 55 Nein, 2 Enthalten) *Abst.Nr. 010*
2. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 2 SVP ab. (10 Ja, 52 Nein, 3 Enthalten) *Abst.Nr. 011*
3. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 3 FDP/JF ab. (15 Ja, 51 Nein) *Abst.Nr. 012*
4. Der Stadtrat stimmt dem Antrag Nr. 4 GFL/EVP zu. (38 Ja, 23 Nein, 6 Enthalten) *Abst.Nr. 013*
5. Der Stadtrat stimmt dem Antrag Nr. 5 GB/JA! zu. (58 Ja, 7 Nein, 2 Enthalten) *Abst.Nr. 014*
6. Der Stadtrat stimmt dem Antrag Nr. 6 FSU/FD zu. (57 Ja, 9 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 015*

Gemeinde und Behörden (GuB) / Präsidialdirektion (PRD)

Anträge

1.	FDP/JF	56	010000 Stadtrat	Auf den Leistungsausbau von Fr. 320'00.00 ist zu verzichten, d.h. Kürzung der Nettokosten um Fr. 320'000 auf Fr. 1'960'535 PG100000 (Stadtrat).
2.	Luzius Theiler, GaP In der Debatte korrigiert: halben	64	010100 Ratssekretariat	Änderung übergeordnete Ziele: [...] (Rechtsetzung, Ausgabenbeschlüsse, Aufsicht, Wahlen). Das Ratssekretariat wahrt die Rechte und Kompetenzen des Stadtrates gegenüber anderen Behörden , sorgt für effiziente und formell korrekte Abläufe im Parlamentsbetrieb und ergreift die nötigen Massnahmen, damit die vom Gemeinderat verabschiedeten Geschäfte längstens innerhalb eines halben Jahres traktandiert werden. Es ist verantwortlich dafür, dass das Ratsinformationssystem (RIS) als wichtiges Arbeitsinstrument des Parlamentes stets dem aktuellen inhaltlichen und technischen Stand entspricht. Es berät und unterstützt [...]
3.	SVP	66ff.	020000 Ombudsstelle	Kürzung der Nettokosten um Fr. 120'000.00 auf Fr. 556'093.00 PG02000 (Ombudsstelle).
4.	SVP	66ff.	020000 Ombudsstelle	Eventualantrag zu Antrag 3: Auf den Stellenausbau von 0.8% bei der Ombudsstelle ist zu verzichten (45'000), d.h. Kürzung der Nettokosten um Fr. 45'000 auf Fr. 416'093 PG02000 (Ombudsstelle).
5.	BDP/CVP	66	020000 Ombudsstelle	Kürzung der Nettokosten um Fr. 115'000.00 zulasten P020010 Ombudstätigkeit.
6.	BDP/CVP	66	020000 Ombudsstelle	Kürzung der Nettokosten um Fr. 45'000.00 zulasten P020010 Ombudstätigkeit.
7.	Luzius Theiler, GaP	87	050000 Informationsdienst	Änderung übergeordnete Ziele: Die Ziele der Information und der internen Kommunikation des Gemeinderates sind: Laufende Publikation der Gemeinderatsbeschlüsse unter Berücksichtigung von allfälligen rechtlichen Geheimhaltungspflichten oder schutzwürdiger Interessen Betroffener (P010). Wahrnehmung [...]
8.	SBK	94 97ff.	100200 Zentrale Dienste	Änderung des Namens der Produktgruppe PG100200 von «Zentrale Dienste (light)» in «Personal, Finanzen & Digitale Entwicklung (light)».
9.	SVP	110	110000 Kulturförderung	Die Nettokosten für PG110000 in der Höhe der Beiträge an die Reitschule (Fr. 380'000), Verein Grosse Halle (Fr. 260'000), Tojo Theater (Fr. 100'000) für 2020 ausmachend Fr. 740'000.00, sind zu streichen.

10.	SVP	110	110000 Kulturförderung	Eventualantrag zu Nr. 9: Auf die Erhöhung der Beiträge für die Grosse Halle sei zu verzichten. Die Nettokosten für PG110000 sind um Fr. 20'000 zu kürzen. Der Betrag ist vollumfänglich für den Schuldenabbau einzusetzen.
11.	SVP	110	110000 Kulturförderung	Die Zuwendungen für die Dampfzentrale seien um 20%, d.h. im Umfang von Fr. 504'600.00 zu kürzen. Der Betrag ist vollumfänglich für den Schuldenabbau einzusetzen.
12.	SVP	110	110000 Kulturförderung	Eventualantrag zu Nr. 11: Die Zuwendungen für die Dampfzentrale seien um 10%, d.h. im Umfang von Fr. 252'300.00 zu kürzen. Der Betrag ist vollumfänglich für den Schuldenabbau einzusetzen.
13.	SVP	110	110000 Kulturförderung	Eventualantrag zu Nr. 11 und 12: Die beantragten Erhöhungen für die Dampfzentrale werden abgelehnt. Die Nettokosten für PG110000 sind um Fr. 316'034.00 zu kürzen.
14.	SVP	110	110000 Kulturförderung	Die Zuwendungen für das Schlachthaus theater seien um 10%, d.h. im Umfang von Fr. 140'800.00 zu kürzen. Der Betrag ist vollumfänglich für den Schuldenabbau einzusetzen.
15.	SVP	110	110000 Kulturförderung	Eventualantrag zu Nr. 14: Auf die Erhöhung der Beiträge für das Schlachthaus theater sei zu verzichten. Die Nettokosten für PG110000 sind um Fr. 123'00'000 zu kürzen. Der Betrag ist vollumfänglich für den Schuldenabbau einzusetzen.
16.	SVP	110	110000 Kulturförderung	Die Zuwendungen für Aua wir leben seien um Fr. 400'000.00 zu kürzen. Der Betrag ist vollumfänglich für den Schuldenabbau einzusetzen.
17.	SVP	110	110000 Kulturförderung	Eventualantrag zu Nr. 16: Auf die Erhöhung der Beiträge für Aua wir leben sei zu verzichten. Die Nettokosten für PG110000 Kulturförderung sind um Fr. 270'000 zu kürzen. Der Betrag ist vollumfänglich für den Schuldenabbau einzusetzen.
18.	SVP	110	110000 Kulturförderung	Auf die Erhöhung der Beiträge für das Haus der Religionen sei zu verzichten. Die Nettokosten für PG110000 Kulturförderung sind um Fr. 100'000.00 zu kürzen. Der Betrag ist vollumfänglich für den Schuldenabbau einzusetzen.
19.	FDP/JF	123	140100 Hochbau Stadt Bern	Auf den Leistungsausbau von Fr. 17'500 ist zu verzichten, d.h. Kürzung der Nettokosten um Fr. 17'500 auf Fr. 3'262'351 PG140100 (Hochbau Stadt Bern).
20.	FDP/JF	133	PG160100 Wirtschaftsamtsamt	Auf den Leistungsausbau von Fr. 15'000 ist zu verzichten, d.h. Kürzung der Nettokosten um Fr. 15'000 auf Fr. 2'497'705.15 PG160100 (Wirt-

				schaftsförderung).
21.	SBK FD	133	160100 Wirtschaftsamt	Erhöhung der Nettokosten um Fr. 100'000.
22.	FDP/JF	138	170500 Stadtplanungsamt	Auf die budgetierten Mehrausgaben von Fr. 98'000 ist zu verzichten, d.h. Kürzung der Nettokosten um Fr. 98'000 auf Fr. 6'452'797.84 PG170500 (Stadtplanung).

Sprecherin SBK *Seraina Patzen* (JA!): Zu Antrag Nr. 8: In der GuB und in der PRD ist die Digitalisierung in verschiedenen Dienststellen ein grosses Thema. In der Kommission haben wir im Rahmen der Budget-Debatte beispielsweise über die Neukonzipierung des Anlasses für Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger gesprochen. Die Unterlagen sollen neu nicht mehr nur in Papierform, sondern auch elektronisch zur Verfügung gestellt werden. Auch der Informationsdienst hat sich als Schwerpunkt gesetzt, die Behördenkommunikation weiter an die Anforderungen der digitalen Medien anzupassen. So gibt es beispielsweise neu einen Instagram-Account sowie Video-Botschaften von Gemeinderatsmitgliedern. Am sichtbarsten werden die Herausforderungen der Digitalisierung in der neu geschaffenen Fachstelle «Digitale Entwicklung». Weil diese Fachstelle bei der PRD angesiedelt ist, beantragt die Kommission SBK, dass die Dienststelle «Zentrale Dienste» neu «Personal, Finanzen und digitale Entwicklung» heisst. Diese Änderung wurde faktisch bereits vollzogen, aber der Gemeinderat konnte sie im Produktegruppenbudget (PGB) nicht mehr beantragen, weshalb die SBK den vorliegenden Antrag stellt. Im Rahmen der Budgetdiskussion wurde die SBK über die beiden grösseren Digitalisierungsprojekte der Fachstelle, nämlich «Digitaler Arbeitsplatz 4.0» und «E-HR» (Electronic Human Resources), informiert. Die Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann (Fachstelle Gleichstellung) plant für das kommende Jahr neue Schwerpunkte und Veranstaltungen.

Präsident *Philip Kohli*: Ich bitte um Ruhe im Ratssaal.

Seraina Patzen setzt ihr Votum fort: Die Fachstelle Gleichstellung wird neben dem bisherigen Schwerpunkt «Betriebliche Gleichstellung innerhalb der Stadtverwaltung» neue Bereiche ins Auge fassen und vermehrt auch gegen aussen kommunizieren. So ist beispielsweise eine neue Veranstaltungsreihe geplant. Weiter gibt es eine neue Plattform, auf welcher sich Unternehmungen zu Gleichstellungsfragen austauschen können, sowie ein neues Beratungsangebot zu LGBTQI-Themen. Die Schwerpunkte werden im neuen Aktionsplan Gleichstellung definiert, der heute Morgen veröffentlicht worden ist. Zu Kultur Stadt Bern: Mit der Diskussion der Leistungsverträge im vergangenen Frühling haben wir die Mehrausgaben für den Kulturbereich bereits diskutiert und begrüsst. Diese Mehrausgaben sind nun im Budget 2020 sichtbar. In letzter Zeit kam es immer wieder zu Diskussionen über das Puppentheater und das Narrenpack-Theater. Im Budget ist auch der neue Förderkredit für die Kulturkeller in der Altstadt enthalten. Im Rahmen des Delegationsbesuchs haben wir über die Voraussetzungen gesprochen, unter welchen der Kredit beansprucht werden kann. Zur Denkmalpflege: Im Hinblick auf den geplanten Stellenausbau im Umfang einer 50%-Stelle haben wir über die Aufgaben dieser Abteilung diskutiert. Im öffentlichen Raum wird immer mehr Platz für Begegnungen geschaffen. Mit jedem Umbau eines Platzes, eines Parks oder einer Strasse ist auch die Denkmalpflege zunehmend gefordert. Zudem existieren verschiedene Grossprojekte, so beispielsweise das Projekt Zukunft Bahnhof Bern (ZBB), die bei der Denkmalpflege sehr viele Ressourcen beanspruchen. Zum Wirtschaftsamt: Die SBK hat im Zusammenhang mit der Durchführung der Berufsmeisterschaften SwissSkills den Antrag Nr. 21 formuliert. Wir wurden darüber informiert, dass der Beitrag an diese Veranstaltung sehr wahrscheinlich höher ausfallen werde

als vom Gemeinderat budgetiert. Im Budget sind 307 000 Franken eingestellt. Damit die SwissSkills 2020 in Bern stattfinden können, sind aber 400 000 Franken notwendig. Neu finden die SwissSkills alle zwei Jahre statt und nicht mehr alle vier Jahre wie bisher. Wir hoffen, dass dieser Event langfristig in Bern durchgeführt werden kann, weshalb wir eine Erhöhung des Beitrags an diese Veranstaltung um 100 000 Franken beantragen. Zusammenfassend beantragt die SBK, das Budget der GuB und der PRD anzunehmen und den Anträgen Nr. 8 und Nr. 21 zuzustimmen.

Sprecher PVS *Michael Sutter* (SP): Die PVS stellt zum Budget von GuB und PRD keine Anträge. Wir haben über das Budget der beiden Dienststellen Hochbau Stadt Bern (HSB) und Stadtplanungsamt (SPA) diskutiert. Bei HSB besteht ein hoher Termindruck, sehr viele Projekte laufen parallel. Ich denke einerseits an verschiedene Schulhaus-Projekte, aber auch an Eis- und Wasseranlagen. Kommunikation und Partizipation sind wichtige Aspekte, wofür entsprechende Ressourcen benötigt werden, insbesondere auch im Kontext der inneren Verdichtung. Dies zeigte nicht zuletzt auch die Debatte über die Goumoënsmatte in der letzten Stadtratssitzung.

Die Situation im SPA präsentiert sich ähnlich, viele Planungen laufen parallel nebeneinander, auch hier besteht Zeitdruck. Vieles muss im regionalen Kontext bearbeitet werden, es geht um komplexe Projekte mit vielen Beteiligten. Die wichtigsten Projekte sind zum Beispiel die Planungen rund um die Idee des Bypasses zur Autobahn A6, die Umsetzung der Wohnstrategie oder die Umsetzung des Controllings des Stadtentwicklungskonzepts (STEK) sowie die laufenden Revisionen der Bauordnung. Die zusätzlichen personellen Ressourcen, die beantragt werden, sollen insbesondere auch in die übergeordnete räumliche Koordination investiert werden. Die Kommission PVS empfiehlt Ihnen mit 5 Ja-Stimmen zu 4 Nein-Stimmen und einer Enthaltung, diesem Teil des Budgets von GuB und PRD zuzustimmen.

Antragsteller *Alexander Feuz* (SVP): Zu Antrag Nr. 3: Ich bitte Sie zunächst, den Antrag zu korrigieren. Wir verlangen eine Kürzung der Nettokosten um 200 000 Franken und nicht um 120 000 Franken. Die Ombudsstelle wurde in grossem Ausmass ausgebaut. Dem Tätigkeitsbericht kann man entnehmen, dass es vor allem um die Renovation ging. Die früheren Tätigkeiten der Ombudsstelle haben uns besser gefallen. Dem zusätzlichen Aufwand, wie ihn die Ombudsstelle jetzt betreibt, stehen wir sehr kritisch gegenüber. Unseres Erachtens geht die Entwicklung in die falsche Richtung, weshalb wir eine Kürzung beantragen. Zu Antrag Nr. 4: Im Vergleich zu Antrag Nr. 3 wird hier nur eine sehr bescheidene Kürzung beantragt. Wir fordern, dass auf die Praktikumsstelle im Umfang von 80 Stellenprozenten verzichtet wird. Es soll kein zusätzlicher Aufwand generiert werden. Zu Antrag Nr. 5 BDP/CVP: Angesichts dieses Antrags haben wir unseren Antrag Nr. 3 umformuliert, da es keinen Sinn ergibt, wenn wir einen identischen Antrag stellen. Zu Antrag Nr. 9: Die Personen der Reithalle haben eine Medienmitteilung verfasst und publik gemacht, dass sie aktiven SVP-Politikern den Zugang verweigern und für diese ein Hausverbot erzwingen wollen. Es kann nicht sein, dass man 740 000 Franken ausgibt für eine Institution, die dem Polizeidirektor und nun auch SVP-Politikern den Zugang verweigert. Als Begründung für die Zutrittsverweigerung wird angegeben, man habe sich gegen den Erhalt der Reitschule ausgesprochen. Mit einer solchen Begründung könnten in Zukunft das Kunstmuseum oder Konzert Theater Bern (KTB) Politikern, die gegen eine Erhöhung der Beiträge sind, den Zugang zum Museum und zu Konzerten verweigern. Die Stadt Bern hat ein offenes Leitbild. Es darf niemand aus religiösen, politischen oder rassistischen Gründen oder wegen seiner sexuellen Orientierung diskriminiert werden. Wenn jemand aus einem anderen Land in einer Diskothek keinen Einlass erhält, kommt es auf Ihrer Seite zu einem grossen Aufschrei. Nun machen wir dasselbe. Ich gehe davon aus, dass die Politiker des Rot-Grün-Mitte-Bündnisses (RGM) mich vollumfänglich unterstützen

werden. Es kann nicht sein, dass Leistungsverträge mit Institutionen abgeschlossen werden, die Leute einzig wegen ihrer politischen Gesinnung ausschliessen, gleichzeitig aber vom Staat Geld wollen. Wir werden daher im Rahmen der Leistungsverträge entsprechende Anträge stellen. Ein privates Hotel beispielsweise ist diesbezüglich frei und kann Gäste wegweisen, die nicht genehm sind. Sobald aber städtische Gelder beansprucht werden, muss man konsequent sein und diese Beiträge streichen. Ich gehe davon aus, dass Sie diesem Antrag geschlossen zustimmen werden, da Sie alle das Leitbild der Stadt Bern umsetzen und keine politische Diskriminierung dulden wollen. Wenn Sie Ihren Grundsätzen treu bleiben wollen, müssen Sie Hand bieten und meinem Vorschlag zustimmen. Zu Antrag Nr. 10: Es handelt sich um einen Eventualantrag zu Antrag Nr. 9. Wir versuchen, denjenigen Personen eine Brücke zu bauen, die ein Zeichen setzen, dabei aber nicht so weit gehen wollen, wie von uns vorgeschlagen. In beiden Fällen soll der eingesparte Betrag für den Schuldenabbau eingesetzt werden. Zu Antrag Nr. 11: Im Vergleich mit der Dampfzentrale erhält beispielsweise das Mattheater praktisch nichts, das Puppentheater und das Narrenpack-Theater erhalten auch nur 20 000 Franken. Für mich handelt es sich beim Angebot der Dampfzentrale um eine Randsparte. Es hat seine Berechtigung, aber man muss das Ganze proportional zu den Gästezahlen anschauen. Die Dampfzentrale erhielt in den vergangenen Jahren einen unverhältnismässigen Ausbau. Wir sind daher der Meinung, dass man nun ein grosses Zeichen setzen und eine Kürzung im Umfang von 504 000 Franken vornehmen soll, damit die Verhältnisse bei der Dampfzentrale im Vergleich mit den anderen Kulturinstitutionen wieder einigermaßen ausgeglichen sind. Wir zeigen auf, wo man sparen kann und soll. Bei einer Institution kann man durchaus einmal eine Anschubfinanzierung leisten, aber gerade bei experimenteller Kultur kommt man irgendwann an den Punkt, wo das Ganze von selbst laufen sollte. Die beantragte Kürzung erscheint uns daher gerechtfertigt. Zu den Anträgen Nr. 12 und Nr. 13: Es handelt sich um Eventualanträge zu Antrag Nr. 11. Ich hoffe, dass wir für diese bescheideneren Anträge mehr Unterstützung erhalten. Mit Antrag Nr. 13 verlangen wir nur die Ablehnung der vorgesehenen Erhöhung. Zu den Anträgen Nr. 14 und Nr. 15: Auch beim Schlachthaus theater kann man eine Kürzung vornehmen. In anderen Jahren verlangten wir auch schon eine generelle Kürzung im Kulturbereich. Im vorliegenden Fall beantragen wir punktuelle Kürzungen, so eben auch beim Schlachthaus theater. Im Eventualantrag verlangen wir nur noch den Verzicht auf die vorgesehene Erhöhung. Bei der momentanen Ausgangslage darf man das Geld nicht mit der Giesskanne verteilen, sondern muss Schwerpunkte setzen. Zu Antrag Nr. 16: Die vorgesehene Erhöhung für das Theaterfestival «Aua wir leben» erscheint uns absolut unangemessen. Als mein Fraktionskollege Hans Ulrich Gränicher fragte, welches Highlight er denn verpasst habe, erhielt er zur Antwort, die Aufführung der gehörlosen polnischen Kulturschaffenden sei eine wichtige Erfahrung gewesen. Als Mitglied des Lion Club setze ich mich beispielsweise für Blinde ein, aber es erscheint mir dennoch absolut unverhältnismässig, ein solches Randsparten-Theater angesichts der erzielten 2300 Eintritte mit 600 000 Franken zu unterstützen. Die beantragten Gelder sollen dafür eingesetzt werden, eine vollamtliche PR-Stelle zu besetzen und neue Orte für die Durchführung der Aufführungen zu suchen. Mit solch elitärem Kulturdenken wird das Geld der Steuerzahlenden mutwillig verschwendet. Zu Antrag Nr. 17: Es handelt sich um einen Eventualantrag zu Antrag Nr. 16, indem wir nur den Verzicht auf die Erhöhung verlangen. Ich bitte Sie, zumindest diesem Antrag zuzustimmen. Ich möchte schon an dieser Stelle den Antrag für den Theaterzirkus Wunderplunder erwähnen und darauf hinweisen, dass man auch den Kleinen etwas gönnen und eine entsprechende Kompensation vornehmen kann. Zu Antrag Nr. 18: In diesem Bereich waren wir in früheren Jahren strenger. Wir akzeptieren die Entscheide und wollen nicht wieder auf denselben Punkten herumreiten, aber die vorgesehenen Erhöhungen lehnen wir ab. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung.

Antragsteller *Tom Berger* (JF): Zu Antrag Nr. 1: Dieser Antrag ist selbsterklärend. Alle, die aktuell in diesem Parlament sitzen, kandidierten im Jahr 2016 im vollen Wissen um die Höhe der Sitzungsgelder. Wenn man nun argumentiert, die aktuelle Höhe der Sitzungsgelder habe Leute davon abgehalten, für dieses Parlament zu kandidieren, stimmt das faktisch nicht. Natürlich werden wir noch darüber diskutieren, ob die Sitzungsgelder erhöht werden, und falls ja, wann und in welchem Umfang das geschehen soll, aber unsere Fraktion ist überzeugt, dass die Erhöhung frühestens per 1. Januar 2021 erfolgen wird und das dafür vorgesehene Geld daher aus dem PGB 2020 zu entfernen ist. Zu den Anträgen Nr. 19, 20 und 22: Es kann sein, dass die zusätzlichen Aufgaben, die zur Begründung angeführt werden, tatsächlich anfallen, aber auch bei den Delegationsbesuchen der Sachkommissionen konnte nicht schlüssig begründet werden, warum für diese zusätzlichen Aufgaben zusätzliche Mittel benötigt werden. Unsere Fraktion ist der Überzeugung, dass alle betroffenen Ämter bereits heute über genügend Ressourcen verfügen, um ihre Aufträge zu erfüllen, und dementsprechend keine zusätzlichen Mittel benötigen. Auf den budgetierten Leistungsausbau kann daher verzichtet werden.

Antragsteller *Luzius Theiler* (GaP): Ich habe schon in meinem vorherigen Votum erwähnt, dass ich mich in diesem Jahr auf die Beeinflussung der Steuerungsvorgaben konzentriert habe. Wir hören als Trost immer wieder, bei den heutigen Budgets komme es nicht mehr auf das Geld an und man könne nicht mehr über jeden einzelnen Franken entscheiden, stattdessen könne man über die Verwendung der Gelder entscheiden. Damit sind eben die Steuerungsvorgaben gemeint. Zu Antrag Nr. 2: im Jahr 2000 wurde das Ratssekretariat geschaffen. Vorher war die Beratung der Stadträtinnen und Stadträte der Stadtkanzlei unterstellt. Teilweise handelte es sich um eine gute Beratung, aber man argumentierte immer wieder, dass es der Gewaltentrennung fundamental widerspreche, wenn die Beratung des Stadtrats einem Organ des Gemeinderats unterstellt sei. Es ging damals nicht nur darum, ein Ratssekretariat einzuführen, das die Kommissionssitzungen organisiert und weitere administrative Arbeiten erledigt, sondern es ging darum, eine Stelle zu schaffen, die die Interessen des Stadtrats wahrnimmt, und zwar insbesondere auch gegenüber der Stadtkanzlei. Die nun im Budget enthaltene Steuerungsvorgabe ist nach meinem Dafürhalten ungenügend, dies insbesondere deshalb, da es seltsamerweise kein Reglement über die Obliegenheiten des Ratssekretariats gibt, sondern nur ein Pflichtenheft, das überdies einige Widersprüche beinhaltet. Es ist daher wichtig, dass man die Aufgabe beim entsprechenden Budgetposten etwas genauer definiert, nämlich: «Das Ratssekretariat wahrt die Rechte und Kompetenzen des Stadtrates gegenüber anderen Behörden.» Dies ist die Grundaufgabe des Ratssekretariats, dafür wurde es geschaffen. Weiter schlage ich folgenden Zusatz vor: «... und ergreift die nötigen Massnahmen, damit die vom Gemeinderat verabschiedeten Geschäfte längstens innerhalb eines halben Jahres traktandiert werden.» Dies ist die logische Fortsetzung des ersten Satzes. Ein korrekter Ablauf des Parlamentsbetriebs erfordert es zwingend, dass Geschäfte, die vom Gemeinderat verabschiedet wurden, innerhalb nützlicher Frist im Stadtrat traktandiert werden, dann nämlich, wenn das Thema noch aktuell ist und man dazu noch etwas sagen und Entscheide fällen kann. Heute behandeln wir solche Geschäfte im Stadtrat teilweise erst nach eineinhalb Jahren oder noch später, was nichts mehr mit einem korrekten Ablauf des Parlamentsbetriebs zu tun hat. Eine solche Situation untergräbt die Rolle des Parlaments auf gravierende Weise und führt überdies zu unzähligen Vorstössen zu bereits hängigen Geschäften, da diese nie zur Sprache kommen. Das Ratsinformationssystem (RIS), das unser wichtigstes Hilfsmittel ist, entspricht nicht dem aktuellen Stand der technischen Entwicklung. Das Ratssekretariat soll dafür besorgt sein, dass das RIS jeweils auf einem zeitgemässen technischen Entwicklungsstand ist. Zu Antrag Nr. 7: Diese Forderung ist eine Selbstverständlichkeit. Es ist mir unbegreiflich, dass dies in der Stadt Bern noch nicht umgesetzt ist. Praktisch alle Exekutivorgane veröffentlichen ihre Beschlüsse, sofern nicht die Natur der Sache oder der Persönlichkeits-

schutz dagegen sprechen. Auch der Kanton Bern veröffentlicht seine Beschlüsse, die Stadt Zürich hat es noch etwas weitergehend definiert. Zürich ist auch Mitglied des Vereins Open-data. Dieser sorgt in der ganzen Schweiz dafür, dass bei der Kommunikation politischer Entscheide Transparenz herrscht. Dass wir es in Bern noch nicht geschafft haben, diese Transparenz herzustellen, muss in gewissem Sinne als Versagen angeschaut werden, auch von unserer Seite. Wir haben nun die Möglichkeit, das Ganze so zu bereinigen, dass künftig Gemeinderatsbeschlüsse nach den Sitzungen veröffentlicht werden.

Antragsteller *Manuel C. Widmer* (GFL): Die Fraktion GFL/EVP lehnt die meisten Anträge zu GuB und PRD ab. Zum Antrag Nr. 2 von Luzius Theiler hat die Fraktion inhaltlich allerdings mehrheitlich Sympathie gezeigt. Auch für uns ist der Zeitraum zwischen der Verabschiedung eines Vorstosses im Gemeinderat und der Traktandierung im Stadtrat zu lang. Allerdings ist der Stadtrat für diesen Missstand selbst verantwortlich, erstens aufgrund einer grossen Flut an Vorstössen, durch die wir uns zunehmend mit uns selber beschäftigen, und zweitens deshalb, weil wir vor einigen Jahren beschlossen haben, die Sitzungen nicht mehr im Wochenrhythmus, sondern im Zwei-Wochen-Rhythmus durchzuführen. So können wir die Vorgaben, die wir uns selbst gemacht haben, nicht mehr einhalten. Seien wir ehrlich, für eine zeitnahe Behandlung der verschiedenen Vorstösse müssten wir jede Woche tagen, wie es noch vor wenigen Jahren der Fall war. Weiter unterstützen wir auch die Forderung, dass das RIS aktueller sein soll und wir die Unterlagen immer sofort und online finden. Diesbezüglich besteht noch Luft nach oben, wenn man bedenkt, dass beispielsweise das Antragsbüchlein für die heutige Sitzung heute Mittag noch nicht online verfügbar war. Wer aber vom Ratssekretariat mehr oder schnellere Arbeit verlangt, muss auch bereit sein, das Sekretariat entsprechend zu alimentieren. Wir würden dem Antrag Theiler gerne zustimmen, sprechen uns aber als übergeordnetes Ziel für das Festschreiben einer realistischeren Zeitspanne zwischen Verabschiedung und Traktandierung aus. Daher stellen wir dem Antrag von Luzius Theiler einen **Gegenantrag** gegenüber. Dieser lautet genau gleich, ausser dass das Wort «halbes» gestrichen wird: «... damit die vom Gemeinderat verabschiedeten Geschäfte längstens innerhalb eines Jahres traktandiert werden.» Mit Kopfschütteln reagiert die Fraktion GFL/EVP auf die erneuten Angriffe der Fraktionen SVP und BDP/CVP auf die Ombudsstelle der Stadt Bern. Es ist unverständlich, dass gerade die SVP, die sich sonst immer verwaltungs- und staatskritisch gibt, aktiv eine Stelle bekämpft, die möglichem Fehlverhalten oder Missständen in der Verwaltung nachgeht. Persönliche oder andere Gründe spielen dabei wohl eine grössere Rolle als Fakten, aber das ist nichts Neues. Antrag Nr. 7 von Luzius Theiler lehnen wir ab, da das Budget nicht der richtige Ort ist, um solche Weichen zu stellen. Wir wünschen uns aber, dass der Gemeinderat selber erkennt, dass die Zeichen der Zeit auf Transparenz staatlichen Handelns stehen. Der Gemeinderat könnte das selbst beschliessen, darunter würde niemand leiden. Dem Antrag Nr. 8 der SBK stimmen wir zu. Natürlich lehnen wir alle Anträge der SVP zur Kürzung der Kulturförderung ab. Erstens handelt es sich um einen weiteren Versuch, einen Entscheid dieses Parlaments, nämlich die Kulturförderung auszubauen, rückgängig zu machen. Dies ist als mühsamer Trend in unseren Diskussionen der letzten Jahre immer wieder festzustellen. In der Budgetdebatte werden immer öfter Anträge gestellt, die das Ziel verfolgen, entweder bereits durch den Rat gefällte Entscheide rückgängig zu machen oder anstehende Geschäfte zu verunmöglichen oder vorzuspüren. Dies betrifft auch den Antrag der Fraktion FDP/JF. Das bedeutet, dass wir dieselben Debatten immer öfter zweimal oder sogar dreimal führen, einmal beim Budget, einmal beim IAFP und einmal beim Sachgeschäft. All dies trägt dazu bei, dass wir einen Traktandenberg haben und die Wartezeiten bis zur Behandlung verabschiedeter Vorstösse lang sind. Zudem wollen wir nicht auf das Trauerspiel der Profi-Provokateure einsteigen, die zuerst versuchen, einen Skandal zu inszenieren, um danach mit der Empörung Politik zu machen. Dem Antrag Nr. 21 der SBK stimmen wir zu.

Schon bei der Bereitstellung der Gelder für die Berufsmeisterschaften SwissSkills hat unsere Fraktion betont, wie wichtig diese Veranstaltung für den Bildungsplatz Bern ist und welche Ausstrahlung die SwissSkills für die ganze Schweiz haben. Fünf Teilnehmende, die beim letzten Mal in Bern antraten, haben soeben an den internationalen WorldSkills die Goldmedaille gewonnen. Wir gratulieren ihnen, freuen uns auf die nächsten SwissSkills in Bern und sagen Ja zu diesem Antrag.

Fraktionserklärungen

Erich Hess (SVP) für die Fraktion SVP: Ich bin sehr erstaunt, wie hier über Geld gesprochen wird, das einem gar nicht gehört. Es handelt sich um das Geld unserer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, worüber wir verfügen. Die Steuerzahlenden dieser Stadt haben hart gearbeitet, damit sie die enorm hohen Steuern in der Stadt Bern bezahlen können. Sie müssen in ihrem Leben auf vieles verzichten und würden das Geld viel schlauer ausgeben als dafür, wofür es im kulturellen Teil dieses Budgets vorgesehen ist. Es ist ein Skandal, dass ein grosser Teil der Leute, die in diesem Saal sitzen, wohl keinen grossen Teil des Steuersubstrats mitfinanzieren. Wenn man sieht, wie leichtsinnig der Gemeinderat Kulturkredite erhöht, stehen mir die Haare zu Berge. Bei jedem Franken, der mehr ausgegeben wird, handelt es sich um einen Steuerfranken. Zu diesem Geld müssen wir Sorge tragen. Wir haben bereits enorm hohe Kulturausgaben, nun soll überall noch mehr Geld gesprochen werden. Als Beispiel erwähne ich das Haus der Religionen. Der Gemeinderat versprach schon vor dem Bau, dass das Haus die öffentliche Hand und die Steuerzahlenden nichts kosten werde, da alles von den Sekten finanziert werde. Was aber ist geschehen? Das Sektenbudget wurde bereits wieder um einen Drittel von 200 000 auf 300 000 Franken erhöht. Das kann doch nicht sein! Ich hoffe, dass auch die Grünliberalen und die GFL unserem Kürzungsantrag zustimmen, da auch sie für die Trennung von Kirche und Staat sind. Es geht darum, nicht noch weitere Kirchen zu unterstützen. Zudem hat Ihre Fraktion vor wenigen Tagen im Grossen Rat die Freiwilligkeit der Kirchensteuer für juristische Personen gefordert. Wenn Sie sich selbst und Ihrer Grossratsfraktion treu bleiben wollen, müssen Sie unserem Kürzungsantrag zwingend zustimmen. Ich bitte Sie daher, Ihr liberales Gedankengut auch im Stadtrat hervorzunehmen und nicht nur im Grossen Rat viele Vorstösse einzureichen. Zur Reithalle: Es ist klar, dass wir Kürzungsanträge stellen müssen, wenn man die Sauerei sieht, die auf dem Vorplatz der Reithalle respektive auf der Schützenmatte veranstaltet wird. Alte Silos werden aufgestellt, Busse werden auf Container gestellt und so weiter, alles ohne gültige Baubewilligung. Fahrnisbauten müssten nach drei Monaten wieder entfernt werden. Bei mir zu Hause dürfte ich solche Sachen nicht einmal auf meinem eigenen Grundstück machen, aber die Stadt darf alles. Daran erkennt man einmal mehr, dass die Stadt in ihrem eigenen Kulturbudget viel zu viel Geld hat. Wir müssen daher allmählich Dinge aus dem Budget streichen. Wegen der sogenannten Kultur, die auf dem Vorplatz der Reithalle veranstaltet wird, müssen weiter auch die Sicherheitskosten erhöht werden. Wie wir gehört haben, finanziert die öffentliche Hand den privaten Sicherheitsdienst der Reithalle sogar mit, weil es die Politik in der Stadt Bern nicht zustande bringt, dass die Polizei in Ruhe und Ordnung ihre Arbeit verrichten kann. Man sieht, dass sich die Stadtregierung von Bern nicht an das Recht hält. Sie missachtet dieses und verschleudert das Geld. Ich gehe nicht davon aus, dass der Schrottplatz auf dem Vorplatz der Reithalle sofort verschwindet, aber ich gehe sehr stark davon aus, dass das Alteisen und Altplastik, das dort verwendet wurde, schlussendlich auf Kosten der Steuerzahlenden entsorgt wird. Sie sehen, dass der Gemeinderat mit dem Geld nicht sorgfältig umgeht. Er überlegt nicht, was er mit dem Geld macht, sonst würden Dinge wie auf der Schützenmatte gar nicht passieren. Selbst der Dümme sieht ein, dass sich die Drogendealer überall verstecken können, wenn man solche Dinge vor die Reithalle stellt, und dass es dadurch zu Sicherheitsproblemen kommt. Ich bitte

Sie daher, jedem Kürzungsantrag der SVP zuzustimmen, zumal es sich eigentlich nicht um Kürzungsanträge handelt, sondern um Anträge, das Budget nicht weiter zu erhöhen. Sie wissen, dass Sie von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern der Stadt Bern gewählt sind. Diese wollen mit ihrem Geld sicher nicht solche Dinge finanzieren.

Eva Krattiger (JA!) für die Fraktion GB/JA!: Auch die Fraktion GB/JA! lehnt die meisten Anträge ab, aber nicht ganz alle. Die Anträge von Luzius Theiler lehnen wir beide ab, obwohl wir inhaltlich durchaus Sympathien dafür haben. Diese Anträge gehören nach unserem Dafürhalten aber nicht in das Budget, sondern müssten mittels einer Motion gestellt werden. Wir wären durchaus bereit, bei der Formulierung entsprechender Vorstösse mitzuhelfen. Sodann lehnen wir auch alle Anträge zur Ombudsstelle ab. Die Ombudsstelle leistet enorm wichtige Arbeit, nicht nur im Ombuds-, sondern auch im Datenschutzbereich. Bei letzterem wachsen die Aufgaben, da auch der Datenverkehr zunimmt. Wenn wir in diesem Bereich Mittel streichen, hat nicht nur die Ombudsstelle zu wenig Geld, sondern auch die Direktionen sind davon betroffen, weil sie beispielsweise darauf warten müssen, bis ihre neuen Anwendungen auf deren Datenschutzkonformität getestet werden können. Man würde also nicht nur der Datenschutzaufsichtsstelle ein Ei legen, sondern der gesamten Verwaltung. Zu den Anträgen der SVP betreffend Kulturförderung: Ich verstehe den Wählerwillen, den die SVP stets so sehr betont, nicht ganz. Gerade diese Kulturverträge, die Sie nun kürzen wollen, wurden eben erst in einer Volksabstimmung mit einem sehr hohen Ja-Anteil angenommen. Für mich ist die Argumentation widersprüchlich. Zu den Anträgen der Fraktion FDP/JF: Den Antrag zum Hochbau lehnen wir selbstverständlich ab. In nächster Zeit stehen enorm viele Bauten und Sanierungen an, dafür braucht es Personal. Auch den Antrag zur «Fair Trade Town» lehnen wir ab. Für uns ist wichtig, dass Bern bei diesem Projekt dabei bleibt. Der Antrag zur den SwissSkills hat in unserer Fraktion Diskussionen ausgelöst. Einerseits erscheint uns dieser Anlass sinnvoll. Wenn man schon einen Grossanlass durchführen will, dann sicher diesen. Wir begrüßen es, dass die Lehrstellen eine so grosse Plattform erhalten. Andererseits ärgern wir uns sehr über den Standortwettbewerb, der in diesem Zusammenhang entbrannt ist, sowie über die höheren Forderungen, damit die SwissSkills in Bern bleiben. Wir sind uns innerhalb der Fraktion auch nicht einig darüber, ob es wirklich notwendig ist, dass die SwissSkills jedes Jahr in Bern stattfinden. Aus diesen Gründen haben wir zu Antrag Nr. 21 Stimmfreigabe beschlossen. Den Antrag der SBK zur Umbenennung der Zentralen Dienste nehmen wir natürlich an. Den Antrag der Fraktion FDP/JF zum Stadtplanungsamt lehnen wir hingegen ab. Angesichts der anstehenden Planungen werden die zusätzlichen Ressourcen definitiv benötigt.

Edith Siegenthaler (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO lehnt den Antrag Nr. 1 der Fraktion FDP/JF ab. Die Diskussion darüber, auf welchen Zeitpunkt die Sitzungsgelder erhöht werden sollen, steht noch bevor. Grundsätzlich hegen wir zwar Sympathien für das Anliegen, die Sitzungsgelder erst auf das Jahr 2021 zu erhöhen, aber wir erachten es als falsch, mit dem vorliegenden Antrag der Diskussion im Stadtrat vorzugreifen. Zu Antrag Nr. 2 von Luzius Theiler haben wir Stimmfreigabe beschlossen, da wir uns nicht einig sind, ob diese Änderung der übergeordneten Ziele umsetzbar ist. Zu den Anträgen betreffend Ombudsstelle: Wir lehnen sämtliche Anträge zur Kürzung der Mittel der Ombudsstelle ab. Die Ombudsstelle verfügt über sehr knappe Ressourcen und die Ombudsfrau versucht, den Betrieb mit sehr kostenbewussten Lösungen gut und nachhaltig aufzustellen. Die vorgeschlagenen Kürzungen der Fraktionen SVP und BDP/CVP können wir daher nicht nachvollziehen. Zu Antrag Nr. 7 von Luzius Theiler: Aus unserer Sicht ist die Forderung weitgehend erfüllt, weshalb wir diesen Antrag ablehnen. Dem Antrag Nr. 8 der SBK stimmen wir hingegen zu. Wir erachten es als sinnvoll, den Namen dieser Produktegruppe entsprechend anzupassen. Zu den Anträgen der Fraktion SVP: Wir lehnen sämtliche Anträge der SVP ab, bei der Kulturförderung zu kürzen.

Sie erscheinen uns willkürlich und absolut zweckfremd. An dieser Stelle möchte ich mich dagegen verwehren, dass Religionsgemeinschaften, die im Haus der Religionen untergebracht sind, als Sekten bezeichnet werden. Die beiden Kürzungsanträge der Fraktion FDP/JF lehnen wir ebenfalls ab. Hingegen stimmen wir dem Antrag auf Erhöhung des Beitrags für die SwissSkills zu. Wir sind allerdings ein wenig überrascht, dass dieser Beitrag vom Gemeinderat nicht schon im Verlauf der ordentlichen Budgetierung korrekt eingegeben wurde und nun über die Kommission eingebracht werden muss. Den Antrag der Fraktion FDP/JF zum Stadtplanungsamt lehnen wir ab.

Tom Berger (JF) für die Fraktion FDP/JF: Die Fraktion FDP/JF lehnt die Anträge der GaP ab. Ebenfalls lehnen wir sämtliche Anträge zur Ombudsstelle ab. Auch die meisten Anträge der SVP auf Kürzung der Zuwendungen an Kulturinstitutionen lehnen wir ab. Wir haben in diesem Rat erst kürzlich mehrjährige Leistungsverträge mit diesen Kulturinstitutionen beschlossen. Wenn wir nun während der laufenden Verträge die Mittel kürzen würden, würden wir faktisch Vertragsbruch begehen. Die Detailberatung zum Produktgruppenbudget (PGB) ist der falsche Ort, um diese Zuwendungen zu diskutieren. Wenn man damit nicht einverstanden ist, muss man die Diskussion dann führen, wenn wir das nächste Mal über die Kulturleistungsverträge debattieren. Zum soeben Gesagten gibt es eine Ausnahme: Ein Teil unserer Fraktion ist der Ansicht, dass die Beiträge an die Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule (IKuR) gekürzt werden sollen, da der Vertrag mit der IKuR noch nicht vorliegt. Ein anderer Teil der Fraktion ist jedoch zuversichtlich, dass auch dieser Vertrag in letzter Minute noch vorliegen wird und wir die Diskussion über die Zuwendungen und deren Höhe im Rahmen des Leistungsvertrags führen können. Den Antrag Nr. 21 zu den SwissSkills unterstützen wir.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion SVP: Wir stimmen dem Antrag Nr. 8 auf eine Namensänderung der Zentralen Dienste zu. Zu den Anträgen Nr. 11 und 12: Die Subventionen an die Dampfzentrale sollen um 316 000 Franken erhöht werden. Ich erinnere mich, dass man vor neun oder zehn Jahren dafür eine knappe Million Franken gesprochen hat. Ein paar Jahre später ist man nun bereits auf einem Betrag von 2,5 Mio. Franken. Dies ist für uns nicht nachvollziehbar. Die Dampfzentrale scheint mir ein Fass ohne Boden zu sein. Zu den Anträgen Nr. 14 und 15: Auch mit der Erhöhung der Zuwendungen an das Schlachthaus Theater sind wir nicht einverstanden. Die Begründung für die Erhöhung ist sachlich schwach. Zu den Anträgen Nr. 16 und 17: Bei der Erhöhung der Beiträge an das Theaterfestival «auawirleben» handelt es sich um einen markanten Budgetposten. Es geht um 270 000 Franken, der Betrag wird sozusagen verdoppelt. Für uns ist die angegebene Begründung für diese Erhöhung nicht ausreichend.

Einzelvoten

Bernhard Eicher (FDP): Als Mitglied und aktuell Präsident der AK fühle ich mich bemüssigt, zu den Kürzungsanträgen betreffend Ombudsstelle Stellung zu nehmen. Es ist wichtig, festzuhalten, dass der Budgetantrag, den wir heute besprechen, dem Willen des Parlaments entspricht. Wir haben das Ganze in der Debatte zum Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) eingehend diskutiert. Es wurde dargelegt und begründet, dass der nun stattfindende Ausbau der Ombudsstelle notwendig ist, da der Datenschutz neu organisiert werden muss. Die Ombudsstelle ist ja gleichzeitig auch Whistleblowing-Meldestelle und Datenschutzaufsichtsstelle. Die Datenschutzaufsicht konnte bis anhin nicht in genügendem Mass gewährleistet werden. Der AK wurde sehr überzeugend dargelegt, dass ein gewisser Ausbau der Ressourcen notwendig ist. Vermutlich setzt sich nicht dieselbe Person mit Ombudsfragen und mit der Thematik des Datenschutzes auseinander, man benötigt ein anderes Profil respektive ein

anderes Knowhow. Denkbar ist auch eine Kombination verschiedener Personen. Wir bitten Sie daher, an unserer Haltung, die in der Debatte zum IAFP zum Ausdruck gekommen ist, festzuhalten und den Ausbau, der aus unserer Sicht in pragmatischem Ausmass erfolgen soll, auch heute zu genehmigen und die entsprechenden Kürzungsanträge abzulehnen.

Thomas Glauser (SVP): Ich möchte ein paar Worte zur Reithalle sagen, obwohl darüber schon viel diskutiert wurde. Ich bin in Mötschwil aufgewachsen. Mein Kollege, Bernhard Luginbühl, war Eisenplastiker. Er feierte im Jahr 1989 in der Reithalle seinen 60. Geburtstag. Die Zeitspanne von 1989 bis heute ist lang. Damals war die Reithalle noch nicht so stark in Verruf wie heute. Dank jahrelanger Diskussionen und harter Fronten wurde die Reithalle zu dem gemacht, was sie heute ist. Man findet keine Lösungen mehr. In einem Zeitungsartikel aus dem Jahr 1989 steht, dass die Reithalle das Kunsthaus der Stadt Bern sei. Offenbar fanden damals eine Hodler-Ausstellung sowie eine Luginbühl-Ausstellung statt. Heute ist der Ort verpönt. Ich wünsche mir, dass die Reithalle wieder zu einem Ort für alle wird. Nach dem diesjährigen Stadtratsausflug wollten wir in der Reithalle noch etwas trinken, Sie haben die Geschichte bestimmt gehört. Unser Auftreten war nicht provokativ. Wir gingen hinein und wollten etwas konsumieren, so wie ich das früher auch ab und zu getan habe. Aber wir wurden weggewiesen. Das kann es nicht sein. Es wird immer von einer Diskriminierung durch die SVP gesprochen. An diesem Abend wurden aber wir diskriminiert. Es ist unangebracht, solche Institutionen mit öffentlichen Steuergeldern zu finanzieren.

Luzius Theiler (GaP): Manuel C. Widmer hat mir zu Antrag Nr. 2 den Kompromissvorschlag unterbreitet, dass die vom Gemeinderat verabschiedeten Geschäfte nicht innerhalb eines halben Jahres, sondern spätestens innerhalb eines Jahres traktandiert werden sollen. Zugunsten der übrigen Punkte, die in meinem Antrag enthalten sind, nehme ich diesen Vorschlag an und **ändere** meinen **Antrag** entsprechend ab: «... damit die vom Gemeinderat verabschiedeten Geschäfte längstens **innerhalb eines halben Jahres** traktandiert werden. Dies wird vermutlich auch den Bedenken, die von Seiten der SP wegen der Umsetzbarkeit des Vorschlags geäussert wurden, den Wind etwas aus den Segeln nehmen. Vielleicht ist es der SP so möglich, meinem Antrag zuzustimmen. Er kommt unmittelbar uns als Stadtrat zugute und ich kann mir nicht vorstellen, dass ihn der Stadtrat gegen seine eigenen elementaren Interessen ablehnt. Manuel C. Widmer ist sodann der einzige, der sich zu meinem zweiten Antrag (Antrag Nr. 7) geäussert hat. Er sagt, er sei inhaltlich damit einverstanden, aber seines Erachtens gehöre dieses Anliegen nicht in eine Steuerungsvorgabe des Budgets. Begründet hat er seine Äusserung nicht. Ich kann mir dafür auch keine Begründung vorstellen, denn es ist nirgends definiert, was in einer Steuerungsvorgabe stehen darf und was nicht. Es handelt sich um eine elementare Aufgabe der Exekutive, ihre Beschlüsse bekanntzugeben. Ich sehe daher kein Problem darin, wenn mein Anliegen im Budget enthalten ist. Es mag vielleicht etwas ungewöhnlich sein, aber letztendlich geht es darum, dass wir das in Bern endlich einmal so festhalten und dass nicht noch hundert weitere Vorstösse dazu notwendig sind, weil es jedes Mal heisst, man habe es falsch formuliert oder am falschen Ort eingebracht. Ich bitte Sie, meinem Antrag zuzustimmen und das Ganze so zu beschliessen, dann ist es erledigt.

Alexander Feuz (SVP): Ich schliesse mich den Ausführungen meines Vorredners an. Die SVP hätte beide Varianten unterstützt. Dem abgeänderten Antrag von Luzius Theiler stimmen wir selbstverständlich zu. Für mich ist klar, dass die Traktandierung rasch erfolgen muss. Wir haben schon unzählige Male beanstandet, dass im Stadtrat weitere Vorstösse eingereicht und einige davon als dringlich traktandiert werden, während viele Vorstösse immer wieder verschoben werden. Die Fraktion SVP stimmt grundsätzlich allen Kürzungsanträgen zu, da sie uns sinnvoll erscheinen. Sodann erlaube ich mir abschliessend noch eine persönliche Bemerkung.

kung: Dass wir nach dem Stadtratsausflug noch in die Reithalle gehen wollten, um etwas zu trinken, war reiner Zufall. Der Ausflug war früh zu Ende. Wir wussten, dass die anderen in der Reithalle waren und wollten uns zu ihnen gesellen. Bei der oberen Bar sagte man uns, wir seien nicht erwünscht. Bei der unteren Bar waren es sechs Personen, die uns sagten, wir sollen gehen. Ich habe mich nicht auf eine Diskussion eingelassen und nicht gewartet, bis man mir ein Bier über den Kopf geleert hätte, sondern habe die Reithalle unverzüglich verlassen. Ich trug weder ein Hirtenhemd noch eine schwarze Lederjacke. Es kann nicht sein, dass man sich in einem Betrieb, der mit öffentlichen Steuergeldern subventioniert wird, nicht aufhalten darf. Angesichts dieser Tatsache darf man bei den betreffenden Budgetposten sehr wohl Kürzungen vornehmen. Wenn man in der Kulturpolitik mit seinen Anträgen beim IAFP unterliegt, muss man deswegen nicht dem Sachgeschäft zustimmen und auf Kürzungsanträge beim Budget verzichten. Wir sind es unseren Wählerinnen und Wählern schuldig, dass wir für ihre Interessen kämpfen und diese klar offenlegen. Wir betreiben keine Rabulistik, aber es ist die Aufgabe des Parlaments, sich mit den Geschäften auseinander zu setzen, wir müssen das Budget nicht kritiklos abnicken. Wir haben wenige Anträge gestellt, aber die, die wir gestellt haben, haben wir auch fundiert begründet und wir sind überzeugt von ihnen.

Stadtpräsident *Alec von Graffenried*: Ich danke Ihnen für die Debatte. Zu den Anträgen betreffend GuB äussere ich mich nicht, diese obliegen Ihnen. Zur Effizienz des Stadtrats würde ich mich zwar gerne äussern, aber ich halte mich auch diesbezüglich zurück. Nur so viel: Ich glaube, es wäre diesem Stadtrat durchaus möglich, etwas effizienter zu arbeiten. Zu Antrag Nr. 7: Den gleichen Antrag stellte Luzius Theiler bereits letztes Jahr. Damals sagte ich dazu Folgendes, ich zitiere: «Ich bin nicht gegen den Antrag, ich bitte jedoch, diese Steuerungsvorgabe nicht im Budget zu ändern. Dieses Anliegen kann eingebracht und diskutiert werden. Wir haben nichts dagegen, die Gemeinderatsanträge offenzulegen.» Wir legen offen, was wir machen, und publizieren dies auch. Um dem Antrag nachkommen zu können, würden wir Informationen benötigen, in welcher Art und Weise wir dies tun sollen. Ich bitte Sie, uns ausserhalb der Budgetdebatte einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten. Wir diskutieren sehr gerne mit Ihnen darüber. Zu Antrag Nr. 8: Diese Namensänderung befürworten wir selbstverständlich. Zu den Anträgen betreffend Kulturausgaben: Die Kulturdebatte wurde geführt, wir hörten damals sehr viele Argumente dafür und dagegen. Ich möchte nicht auf diese Punkte zurückkommen. Ich bin erstaunt, dass jetzt Anträge zu Geschäften gestellt werden, zu welchen eine Volksabstimmung erfolgte. Ich spreche namentlich von der Dampfzentrale. Ich erinnere Sie daran, dass die Subventionen für die Dampfzentrale am 19. Mai 2019 mit einem Ja-Stimmenanteil von 79% gutgeheissen wurden. Diese Aussage ist deutlich. Ich gehe davon aus, dass wir alle die Abstimmungsergebnisse der Stimmbevölkerung hochhalten. Es wäre daher seltsam, wenn wir nun an dieser Stelle die Unterstützung für die Dampfzentrale kürzen würden. Eine Ausnahme zum Gesagten bildet die IKuR, die entsprechende Debatte werden wir im November führen. Die Leistungsvereinbarung ist weder vom Gemeinderat noch vom Stadtrat verabschiedet. Weiter wurde in diesem Zusammenhang die Platzkultur erwähnt. Dazu respektive zur Schützenmatte liegt kein Kürzungsantrag vor. Der Kredit wurde gutgeheissen und läuft über das Generalsekretariat der PRD. Dementsprechend können wir dazu nichts sagen. Zu den Anträgen Nr. 19 und 22: Ich bitte Sie, diese beiden Anträge abzulehnen, da sonst unsere Aufträge unterlaufen werden. Zu den Anträgen Nr. 20 und 21: Diese betreffen das Wirtschaftsamt. Wir haben beim True Story Festival soeben erlebt, dass die Kredite des Wirtschaftsamtes sehr rasch überschritten werden und es zu Nachkreditsdebatten im Stadtrat kommt. Beim True Story Festival geht es um 100 000 Franken. Zur gleichen Situation wird es kommen, wenn man andere Kredite in diesem Bereich kürzt, so beispielsweise für das Label «Fair Trade Town». Bezüglich SwissSkills wurde die Frage aufgeworfen, weshalb wir dies nicht früher so dargelegt hätten und der Antrag nun über die Kommission gestellt werden

müsse. Der Grund liegt darin, dass sich SwissSkills erst Ende 2018 entschied, in Bern zu bleiben, und die Verhandlungen dementsprechend noch am Laufen sind. Wir hatten ursprünglich einen Betrag von 300 000 Franken budgetiert und müssen diesen aufgrund der laufenden Verhandlungen nun auf 400 000 Franken erhöhen. Wir haben die Kommission daher gebeten, einen entsprechenden Antrag einzubringen, und bitten Sie, diesen Antrag anzunehmen.

Beschluss

9. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 1 FDP/JF ab. (15 Ja, 51 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 016*
10. Der Stadtrat stimmt dem abgeänderten Antrag Nr. 2 Theiler zu.
(34 Ja, 26 Nein, 7 Enthalten) *Abst.Nr. 017*
11. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 3 SVP ab. (10 Ja, 57 Nein) *Abst.Nr. 018*
12. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 4 SVP ab. (10 Ja, 57 Nein) *Abst.Nr. 019*
13. Antrag Nr. 5 BDP/CVP ist zurückgezogen.
14. Antrag Nr. 6 BDP/CVP ist zurückgezogen.
15. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 7 Theiler ab. (20 Ja, 40 Nein, 7 Enthalten) *Abst.Nr. 020*
16. Der Stadtrat stimmt dem Antrag Nr. 8 SBK zu. (67 Ja, 0 Nein) *Abst.Nr. 021*
17. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 9 SVP ab. (10 Ja, 53 Nein, 4 Enthalten) *Abst.Nr. 022*
18. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 10 SVP ab. (10 Ja, 52 Nein, 5 Enthalten) *Abst.Nr. 023*
19. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 11 SVP ab. (7 Ja, 60 Nein) *Abst.Nr. 024*
20. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 12 SVP ab. (7 Ja, 60 Nein) *Abst.Nr. 025*
21. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 13 SVP ab. (7 Ja, 60 Nein) *Abst.Nr. 026*
22. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 14 SVP ab. (7 Ja, 60 Nein) *Abst.Nr. 027*
23. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 15 SVP ab. (7 Ja, 60 Nein) *Abst.Nr. 028*
24. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 16 SVP ab. (7 Ja, 59 Nein) *Abst.Nr. 029*
25. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 17 SVP ab. (7 Ja, 57 Nein, 3 Enthalten) *Abst.Nr. 030*
26. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 18 SVP ab. (8 Ja, 59 Nein) *Abst.Nr. 031*
27. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 19 FDP/JF ab. (15 Ja, 51 Nein) *Abst.Nr. 032*
28. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 20 FDP/JF ab. (16 Ja, 50 Nein, 1 Enthalten) *Abst.Nr. 033*
29. Der Stadtrat stimmt dem Antrag Nr. 21 SBK/FD zu. (46 Ja, 18 Nein, 3 Enthalten)
Abst.Nr. 034
30. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 22 FDP/JF ab. (17 Ja, 50 Nein) *Abst.Nr. 035*

Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS)

Anträge

1.	SBK FD	315	330100 Familie & Quartier Stadt Bern	Für die Organisation der Zwischennutzung im Chleehuus sollen für die involvierten Leistungsvertragspartner*innen zusätzliche Mittel im Umfang von jährlich 130'000 Franken eingestellt werden.
2.	SP/JUSO	315	330100 Familie & Quartier Stadt Bern / Sozialkultur	Die Nettokosten für PG 330100 Soziokultur sind um Fr. 14'000.00 zu erhöhen, um für nicht-vermögende Kinder und Jugendliche aus Bümpliz und Bethlehem das Angebot «Theaterzirkus Wunderplunder Bern-West (Brünnenpark)» zu finanzieren.
2a.	SVP	315	330100 Familie & Quartier Stadt Bern / Sozialkultur	Die Nettokosten für PG 330100 Soziokultur sind um Fr. 20'000.00 zu erhöhen, um für nicht-vermögende Kinder und Jugendliche aus Bümpliz und Bethlehem, aber auch aus

der übrigen Stadt, das Angebot «Theaterzirkus Wunderplunder Bern-West (Brünnenpark)» zu finanzieren, dabei muss der Betrag von Fr. 20'000.00 vollumfänglich bei der Kulturförderung zu Lasten von «auawirleben» kompensiert/gekürzt werden.

3.	GFL/EVP	289	320100 Kindergärten, Volks- und Sonderschulen	Das Budget der Produktegruppe 320100 wird um Fr. 120'000.00 auf Fr. 131'087'893.74 erhöht.
4.	GFL/EVP	322	330200 Pinto	Im Produktegruppenbudget ist die Produktegruppe PG330200 (Pinto) um Fr 50'000 (den Betrag einer 50% Stelle) auf 1'237'529.82 zu erhöhen.
5.	FDP/JF	231 289	320200 Schulamt	Für Mahlzeitenvergünstigungen in Tages-schulen sollen Fr. 300'000.00 statt Fr. 600'000.00 budgetiert werden. Die Kosten von PG30200 sollen entsprechend um Fr. 300'000 gesenkt werden.
6.	FDP/JF	237 327	330400 Tagesbetreuung	Für Mahlzeitenvergünstigungen in Kitas, Tagis und bei Tageseltern sollen Fr. 550'000.00 statt Fr. 1'100'000.00 bud-getiert werden. Die Kosten von PG330400 sollen entsprechend um Fr. 550'000 ge-senkt werden.
7.	FDP/JF	237	330400 Tagesbetreuung	Auf den Leistungsausbau im Umfang von Fr. 155'000.00 für Stellen Betreuungspersonen aufgrund Realloohnerhöhung mittels zusätzlichen Ferientagen soll verzichtet werden.
8.	SBK	357	370100 Gesundheitsdienst (Gesundheitsvorsorge und -beratung)	Für die Schulsozialarbeit seien zusätzliche Mittel von 570'000 Franken (360 Stellen-prozente) einzustellen.
9.	FD	357	370100 Gesundheitsdienst (Gesundheitsvorsorge und -beratung)	Für die Schulsozialarbeit seien zusätzliche Mittel von 470'000 Franken (360 Stellen-prozente) einzustellen.
10.	Luzius Theiler, GaP	382	380200 Sportanlagen, Sportbetrieb	Änderung Steuerungsvorgaben: 4) schulisch (P210): 80% 5) ausserschulisch (P210): 80%
11.	GB/JA! SP/Juso	387- 388	390100 Kompetenzzentrum Integration	Erhöhung des Budgets um 50'000 Franken für das Jubiläum der Aktionswoche gegen Rassismus.

Sprecherin SBK *Bettina Stüssi* (SP): Die BSS ist, gemessen am Personalbestand, mit Abstand die grösste Direktion. Finanztechnisch macht sie die Hälfte des allgemeinen Finanzhaushaltes der Stadt Bern aus.

Präsident *Philip Kohli*: Ich bitte Sie, für Privatgespräche die Wandelhalle zu benutzen und in diesem Saal ruhiger zu sein, damit die, die zuhören wollen, eine Chance haben, die Sprechenden zu verstehen.

Bettina Stüssi setzt Ihr Votum fort: Zu den neuen Aufgaben und Themen: In der Direktion BSS sind zusätzliche 6,8 Stellen aufgeführt. Diese werden aber alle vollständig durch den Kanton, durch Dritte oder über die Spezialfinanzierung Kita finanziert. Im Budget der BSS gibt es im Vergleich zum Vorjahr relativ viele Änderungen. So erfolgten einige Namens- und Begriffsänderungen, die aber nicht finanzrelevant sind. Zum Beispiel heisst das Jugendamt neu «Familie & Quartier», oder die Produktegruppe «Kinder- und Jugendförderung, Gemeinwesenarbeit» wurde umbenannt in «Soziokultur». Das Produkt «Leistungen für die Schulzahnpflege» wird ab 2019 gelöscht, diese Produktänderung wurde bereits im letzten Jahr beschlossen. Weiter kam es bei Hinweisen und Zielüberprüfungen zu einigen Begriffsanpassungen, so beispielsweise im Kompetenzzentrum Integration (KI). Zudem wurden gewisse Kennzahlen und Steuerungsvorgaben angepasst, so beispielsweise bei der ambulanten Sozialhilfe oder bei den Massnahmen zu beruflichen und sozialen Integration. Die BSS weist im Vergleich zum letzten Budget höhere Nettokosten von rund 11 Mio. Franken aus. Diese Erhöhung steht in direktem Zusammenhang mit dem Wachstum der Stadt, insbesondere mit dem überproportionalen Wachstum bei den Schülerinnen- und Schülerzahlen. Aus diesem Grund steigen die Kosten im Schulamt. Zudem resultieren Mehrkosten aufgrund des Mehraufwands bei den Betreuungsgutscheinen und den Mahlzeitenvergünstigungen. Wegen des Teuerungsausgleichs und höheren Mietfolgekosten weist auch das Sportamt im Vergleich zum Vorjahr Mehrkosten aus. Schliesslich wird das Frühförderungsprojekt Primano weiterentwickelt, was sich beim Gesundheitsdienst auswirkt. Auch beim KI resultiert ein Mehraufwand aufgrund der neu angebotenen Deutschkurse für Migrantinnen und Migranten. Der Schulzahnmedizinische Dienst (SZMD) profitiert hingegen von den höheren Tarife für zahnärztliche Untersuchungen und Behandlungen. Die SBK empfiehlt Ihnen, dem Budget der BSS zuzustimmen.

Zu den Anträgen der SBK, Antrag Nr. 1: Im Chleehuus werden zusätzliche Mittel beantragt, da sich die kirchliche Sozialarbeit zurückzieht. Einer Zwischennutzung könnte bei der Sicherstellung einer niederschweligen Quartierarbeit eine zentrale Rolle zukommen. Es geht um zusätzliche Mittel in der Höhe von 130 000 Franken. Zu Antrag Nr. 8: Wie bereits erwähnt, steigen die Schülerinnen- und Schülerzahlen weiter an und die Schulsozialarbeit ist nötiger denn je, da man auf immer engerem Raum arbeiten und zusammenleben muss. Die Ressourcen befinden sich schon heute am untersten Limit dessen, was der Kanton empfiehlt. Es ist daher dringendst nötig, sie etwas aufzustocken. Die SBK beantragt, zusätzliche Mittel in der Höhe von 570 000 Franken einzustellen. Auf diese Weise könnte der Stellenetat um 360 Stellenprocente erhöht werden. Sie sehen, dass die Finanzdelegation (FD) einen gleichlautenden Antrag eingereicht hat. Ich spreche von Antrag Nr. 9. Der einzige Unterschied besteht in der Höhe der beantragten Mittel. Bei der Beratung des SBK-Antrags in der FD wurde auch über die Höhe der Mittel diskutiert und darüber, wie viel Geld notwendig ist, um 360 Stellenprocente finanzieren zu können. Da die FD ein anderes Rechnungsmodell anwendete, kam sie auf einen leicht tieferen Betrag. Die SBK empfiehlt Ihnen, die Anträge Nr. 1 und 8 anzunehmen. Falls Antrag Nr. 8 zur Schulsozialarbeit abgelehnt werden sollte, empfehlen wir Ihnen, Antrag Nr. 9 der FD anzunehmen.

Antragsteller *Manuel C. Widmer* (GFL) zu den Anträgen der Fraktion GFL/EVP: Bei Antrag Nr. 3 geht es um Zivildienstleistende in der Schule. Das gibt es bereits heute, aber man muss ganz klar sagen, dass diese Personen keine pädagogische Arbeit verrichten, sondern die Lehrpersonen beispielsweise bei Vorbereitungsarbeiten oder in der Administration entlasten. Im Moment herrscht im Kanton Bern und auch in anderen Kantonen ein akuter Mangel an

Lehrpersonen. Dies bedeutet für die angestellten Lehrerinnen und Lehrer eine höhere Belastung. Zivildienstleistende könnten einen Beitrag leisten, um diese Zusatzbelastung etwas zu reduzieren, was überdies auch im Sinne des Querschnittsthemas wäre, das die Stadt Bern in den letzten sechs Jahren bezüglich Gesundheitsförderung verfolgte. Es geht um die Gesundheit von Lehrpersonen und Schulleitenden. Ein Faktor, der diese Gesundheit aktiv beeinflusst, ist die tägliche Beanspruchung oder Überbeanspruchung, beispielsweise durch den Lehrpersonenmangel, aber auch durch andere Faktoren. Wie Sie wissen, steht der Zivildienst auf nationaler Ebene im Moment unter massivem Druck. Mit der Annahme unseres Antrags könnte die Stadt Bern ein Zeichen nach oben senden, dass die Zivildienstleistenden in ganz vielen Bereichen wertvolle Arbeit leisten, sei es im sozialen Bereich wie in Altersheimen oder Pflegeheimen, oder im schulischen Bereich wie in Schulen, Tagesschulen oder Tagesheimen, indem sie mithelfen, die Betreuung der Kinder oder der älteren Personen zu bewältigen.

Bei Antrag Nr. 4 geht es um eine zusätzliche halbe Stelle für das Projekt Pinto. Sie wissen, dass die Fraktion GFL/EVP Pinto von Anfang an befürwortet hat. Es geht bei unserem Antrag darum, mitzuhelfen, einen schon länger vorliegenden Mangel zu beheben. Vor zwei oder drei Jahren haben wir beschlossen, dass wir beispielsweise auf Schulgeländen keine privaten Sicherheitsfirmen mehr wollen. Auch dies haben wir damals befürwortet. Gleichzeitig hat man aber nie oder kaum über Alternativen respektive über eine Lösung dieser Probleme nachgedacht. Schon heute ist Pinto auf den Schulhausplätzen aktiv. Die betreffenden Personen gehen nach Schulschluss vorbei und schauen zusammen mit den Jugendlichen, wie man die Benutzung der öffentlichen Räume regeln kann, ohne dass die Polizei involviert werden muss. Es handelt sich um eine sehr wertvolle Arbeit. Die gleiche Arbeit verrichtet Pinto auch in den Quartieren. Wie ich bereits einmal erwähnte, befindet sich vor dem Haus, in dem ich wohne, ein Quartiertreffpunkt der Jugendlichen. Es gab eine Zeit, in welcher es dort sehr turbulent und laut war. Seit Pinto mit den Jugendlichen eine Art mündlichen Vertrag über Nutzung, Zeiten und dergleichen abgeschlossen hat, hat sich die Situation so verbessert, dass sie niemanden mehr stört. Die Jugendlichen haben im Quartier einen Platz, an dem sie sich treffen können, und wir als Hausbewohner haben daran eher Freude, als dass wir uns beeinträchtigt fühlen würden. Entgegen dem Vorwurf, der von ganz linker Seite immer wieder laut wird, leistet Pinto also wertvolle Arbeit, und zwar genau dort, wo die Polizei nicht eingreifen soll. Vertreterinnen und Vertreter von ganz links bezeichnen Pinto als Sozialpolizei, aber es ist das Gegenteil der Fall. Pinto arbeitet mit den Jugendlichen und den Personen, die den öffentlichen Raum benutzen, zusammen. Geben Sie den Leuten von Pinto die Möglichkeit, ihre wertvolle Arbeit auch weiterhin zu verrichten, und dies auch dort, wo sie im Moment nötig ist, nämlich in den Quartieren, in welchen der Druck zugenommen hat.

Antragsteller *Alexander Feuz* (SVP) zu Antrag Nr. 2a: Ich habe diesen Antrag zu Beginn der Sitzung eingereicht. Der Grund dafür ist der Antrag Nr. 2 der Fraktion SP/JUSO zum Theaterzirkus Wunderplunder. Sie wissen, dass sich die SVP immer für das Puppentheater und für das Narrenpack-Theater eingesetzt hat. Ich sehe durchaus, dass ein Bedürfnis besteht, aber wir sind der Meinung, dass man das Angebot nicht auf Bern-West begrenzen soll, sondern es sollen Kinder aus allen Stadtteilen das Angebot nutzen dürfen, denn es gibt überall sozial schwächere Familien, die eine solche Chance verdient haben. Wir beantragen sogar, den Betrag dafür von 14 000 Franken auf 20 000 Franken zu erhöhen. Allerdings sind wir der Meinung, dass diese Ausgabe kompensiert werden soll, und zwar beim Theaterfestival «auawirleben». Wenn Sie etwas für die Jungen machen wollen, insbesondere im Bereich Kulturvermittlung, dann ist dies der richtige Ort dafür. Unsere Kürzungsanträge im Bereich Kultur sind nicht angenommen worden, was ich akzeptiere, aber ich bin trotzdem der Meinung, dass eine Umlagerung des Betrags zulasten von «auawirleben» erfolgen soll, wenn man für die Jungen etwas machen will. An dieser Stelle danke ich der SP, dass ich ihren Antrag als Vorlage ko-

pieren durfte. In Anbetracht dessen, was wir im Kulturbereich ausgeben, bin ich der Meinung, dass wir den Kleinen diesen Betrag von 20 000 Franken gewähren können. Ich biete nicht Hand dazu, das Budget aufzublähen, aber ich biete Hand, um Beträge umzulagern. Anstelle einer Kürzung von 270 000 Franken, die wir bei der Kulturförderung erfolglos beantragt haben, geht es also nur noch um 20 000 Franken. Die SVP hilft gern, etwas für die Jungen zu machen, aber der Betrag muss kompensiert werden. Ich hoffe, unser Antrag stösst auf Wohlwollen, und danke Ihnen für das Verständnis und für Ihre Unterstützung.

Antragsteller *Timur Akçasayar* (SP) zu Antrag Nr. 2: Ich bitte Sie im Namen der Fraktion SP/JUSO sowie der Kinder und Jugendlichen aus Bern-West, dieser Budgeterhöhung um 14 000 Franken zuzustimmen. Was ist der Theaterzirkus Wunderplunder? Es handelt sich um einen Mitmach-Theaterzirkus, bei welchem Kinder und Jugendliche zusammen mit Theaterfachpersonen während einer Woche eine einzigartige Show gestalten und sich auf diese Weise kulturell entdecken können. Dieser Mitmach-Theaterzirkus Wunderplunder Bern-West wurde bisher von verschiedenen privaten Trägern finanziert. Er kann im nächsten Jahr nur stattfinden, wenn wir als Stadt unsere Pflicht wahrnehmen. Der Fraktion SP/JUSO und auch mir selbst ist bewusst, dass etliche unter Ihnen Mühe damit haben, einzelne Projekte oder Angebote direkt zu unterstützen, obwohl das Angebot oder Projekt sehr wichtig oder generell förderungswürdig wäre. Ich bin ehrlich, mir geht es manchmal auch so wie einigen in diesem Rat, aber im vorliegenden Fall sollten wir einspringen, um dieses spezielle Angebot für nichtvermögende Familien ins Jahr 2020 zu retten. Ich spreche klar nur vom Jahr 2020, denn wir befinden uns in der Budgetdebatte und nicht in der Debatte über den IAFP. Die Annahme unseres Antrags wäre ein Zeichen, dass die Stadt solche Angebote für Kinder und Jugendliche in Ausnahmefällen unterstützt. Es wäre auch ein Zeichen für die privaten Trägerinnen und Träger und würde sie ermutigen, solche Projekte weiterhin zu unterstützen und sich zu überlegen, ob sie ihre Regelungen ändern müssten. Abschliessend möchte ich erwähnen, dass es wichtig ist, in Bern-West entsprechende Angebote aufrechtzuerhalten und zu fördern. Ich erinnere daran, dass das Jugendhaus im Brünnpark auf sich warten lässt, obwohl der Stadtrat eine entsprechende Motion überwiesen hat, dass gewisse Jugendtreffs geschlossen sind und etliche kleine Projekte um ihr Überleben kämpfen. Ich bitte Sie daher, diesem Antrag im Jubiläumsjahr der Eingemeindung von Bümpliz-Bethlehem zuzustimmen.

Antragstellerin *Regula Bühlmann* (GB) zu Antrag Nr. 11: Bern schuf im Jahr 2011 mit der Aktionswoche gegen Rassismus ein einmaliges Projekt. Es handelt sich um ein Vorzeigeprojekt in der Rassismusbekämpfung, das es sonst nirgends gibt. Das KI und weitere Organisationen und AkteurInnen haben mit diesem Projekt den Rassismus und dessen Bekämpfung zu einem Thema gemacht. Sie haben Akteure und Akteurinnen der Antirassismus-Arbeit vernetzt und eine Austauschplattform geschaffen. Die Hauptstadt der Schweiz setzt damit Jahr für Jahr ein wichtiges Zeichen gegen Rassismus, der je länger je mehr wieder salonfähig zu werden scheint. Diese Erfolgsgeschichte hat schweizweit Resonanz und gilt als «Good Practice». Sie findet im Jahr 2020 zum zehnten Mal statt. Eigentlich müsste jede Woche eine Woche gegen Rassismus sein, da wir diesen jeden Tag bekämpfen müssen. Mit 50 000 Franken kann man aus der Aktionswoche im März zwar kein ganzes Jahr machen, aber man kann doch etwas Grosses machen, das im Jubiläumsjahr über Bern hinaus strahlt und dieses Projekt angemessen feiert. Der Gemeinderat will einen Vorstoss entgegennehmen, der verlangt, dass man im Jubiläumsjahr ein wenig mehr macht. Die Hauptstadt der Schweiz kann mit gutem Beispiel vorangehen, dies in einem politischen Klima, das in den letzten Jahren zunehmend feindselig geworden ist, und damit zeigen, dass bei uns alle willkommen sind und wir Rassismus nicht tolerieren. Wir danken Ihnen, wenn Sie unseren Antrag annehmen.

Sprecher FD *Mohamed Abdirahim* (JUSO) zu Antrag Nr. 9: Wie Bettina Stüssi bereits erwähnte, haben wir den Antrag der SBK in der FD diskutiert und die Kosten für den Stellenausbau selber berechnet. Dabei kamen wir auf einen Totalbetrag, der um 100 000 Franken tiefer ist als derjenige der SBK.

Fraktionserklärungen

Erich Hess (SVP) für die Fraktion SVP: Die Fraktion SVP lehnt grundsätzlich alle Erhöhungsanträge ab und nimmt alle Kürzungsanträge an. Ich möchte an dieser Stelle nur auf einige Punkte kurz eingehen. Zu Antrag Nr. 3: Ich bin sehr erstaunt über die Forderung der Fraktion GFL/EVP, die Schülerinnen und Schüler solchen Waschlappen auszusetzen, die nicht einmal fähig sind, Militärdienst zu leisten, die zu faul sind dazu. Diese Personen können doch keine Vorbilder sein für unsere jungen Leute. Es geht doch darum, junge, motivierte Menschen zu haben, die schliesslich auch Militärdienst leisten wollen. Es kann nicht sein, dass diese durch solche Landesverräter demotiviert werden. Aus diesem Grund muss man diesen Antrag ablehnen. Zu Antrag Nr. 11: Dieser Antrag stösst mir sehr sauer auf. Erstens möchte ich betonen, Regula Bühlmann, dass wir uns nicht in der Hauptstadt der Schweiz befinden, sondern in der Bundesstadt. Die Schweiz hat keine Hauptstadt, wir sind nur Bundesstadt, da das Bundeshaus in Bern steht. Ich bitte Sie, dies aus Respekt gegenüber allen anderen Kantonen und Städten der Schweiz zu respektieren. Zweitens ist die Bevölkerung der Stadt Bern nicht rassistisch. Man muss jedoch verstehen, dass der Unmut gegenüber Ausländerinnen und Ausländern immer grösser wird. Gerade heute konnte man in der Zeitung von einem Fall lesen, in welchem der Pfarrer einer Sekte mehrere Kinder missbraucht und die eigene Kirche respektive Sekte betrogen haben soll. Zusätzlich sollen durch bezogene Sozialhilfegelder auch die Steuerzahlenden betrogen worden sein. Man muss wissen, dass 60% aller Sozialhilfebeziehenden Ausländerinnen und Ausländer sind. Diese haben meist keinen Franken in unser soziales System einbezahlt, sondern sind in die Schweiz gekommen, haben sich gleich faul in die soziale Hängematte gelegt und lassen sich während Jahrzehnten von den armen Schweizer Steuerzahlenden finanzieren. Es kann nicht sein, dass 60% aller Ausländerinnen und Ausländer es sich bei uns bequem machen. Das Gesagte gilt auch für Gewaltdelikte, auch in diesem Bereich wird der Unmut immer grösser. Sie können wohl 50 000 Franken in eine Kampagne stecken, aber es ist statistisch erwiesen, dass weit über 50% aller Fälle von häuslicher Gewalt von ausländischen Personen verübt werden. Wenn 25% der Bevölkerung mehr als 50% aller Delikte zu verantworten haben, handelt es sich klar um ein Ausländerproblem, daran ändern auch ihre Sensibilisierungskampagnen nichts. Wenn man als normale Bürgerin oder normaler Bürger in die Statistik schaut, sieht man, dass es sich um ein Ausländerproblem handelt und nicht um ein Problem der fehlenden Sensibilisierung, das Sie Rassismus nennen. Rassismus habe ich in der Schweiz noch nie gesehen, mir ist vermutlich noch nie ein Rassist begegnet.

Gelächter im Saal.

Erich Hess setzt sein Votum fort: Hören Sie auf zu lachen. Gesunde Kritik soll und muss in einer gelebten direkten Demokratie ausgesprochen werden dürfen, andernfalls befinden wir uns in einer Meinungsdiktatur. Die vorliegend geforderten 50 000 Franken gehen in Richtung einer solchen Diktatur, da damit ein ohnehin budgetierter Betrag erhöht wird. Eigentlich müsste man stattdessen den gesamten Betrag streichen. Es wäre besser, wenn Sie Ihren ausländischen Kolleginnen und Kollegen sagen würden, sie sollen keine Sozialhilfe beziehen oder, wenn sie diese schon längere Zeit bezogen haben, sie sollen dorthin zurückgehen, wo sie hergekommen sind. Man muss diesen Personen sagen, dass wir sie nicht länger durchfüttern

wollen und können. Sie haben über mehrere Jahrzehnte Sozialhilfe bezogen und haben im Alter von 65 dieselben AHV-Beiträge und Ergänzungsleistungen zugute wie Schweizerinnen und Schweizer, die ihr ganzes Leben lang gearbeitet haben. Wenn man sieht, dass eine Familie mit zwei Kindern in der Stadt Bern von der Sozialhilfe über 6200 Franken erhält, ist es sogar so, dass viele Schweizerinnen und Schweizer ihr ganzes Leben lang weniger verdienen.

Präsident *Philip Kohli*: Dies hat mit dem vorliegenden Geschäft nichts zu tun. Ich bitte Sie, sich zum Budget zu äussern.

Erich Hess setzt sein Votum fort: Das tue ich. Ich spreche zu Antrag Nr. 11 und zur Forderung der Fraktion GB/JA!, den Beitrag für die Aktionswoche gegen Rassismus um 50 000 Franken zu erhöhen. Ich erläutere gerade, weshalb diese Erhöhung nicht notwendig ist und weshalb es verständlich ist, dass in der Bevölkerung der Unmut gegenüber ausländischen Sozialschmarotzern zunimmt. Ich bitte Sie, alle Erhöhungsanträge abzulehnen und allen Kürzungsanträgen zuzustimmen.

Seraina Patzen (JA!) für die Fraktion GB/JA!: Zum Chleehuus: Natürlich unterstützt die Fraktion GB/JA! den betreffenden Antrag Nr. 1. Aus unserer Sicht ist es sehr wichtig, dass man genug Mittel zur Verfügung hat, damit die Zwischennutzung gelingen kann. Es geht um die notwendigen Mittel für die Infrastruktur und die Quartierarbeit. Zum Theaterzirkus Wunderplunder: Wir stimmen dem Antrag Nr. 2 zu. Es ist wichtig, dass das Angebot kurzfristig gesichert werden kann. Längerfristig erscheint es uns aber etwas zufällig, explizit dieses eine Angebot zu finanzieren. Im Rahmen des Freizeitangebots «Fäger» existiert bereits ein Angebot dieses Zirkusses auf dem Gaswerkareal. Längerfristig würden wir es daher befürworten, zu schauen, ob die beiden Angebote verknüpft und für Kinder aus der ganzen Stadt zugänglich gemacht werden können. Zu Antrag Nr. 3: Die Idee, Zivildienstleistende in den Schulen einzusetzen, wird von uns nicht nur unkritisch betrachtet. Wenn unausgebildete Personen in den Schulen zum Einsatz kommen, besteht die Gefahr, dass ausgebildetes Personal durch günstigere Arbeitskräfte ersetzt wird. Dies würde die Qualität in den Schulen und bei der Betreuung gefährden. Gleichzeitig sehen wir jedoch, dass der Bedarf akut ist, und wir sehen auch, welche Leistungen Zivildienstleistende in den Schulen und Tagesschulen bereits heute erbringen. Diese Personen stellen eine wertvolle Ergänzung und Entlastung für Lehrpersonen und Betreuungspersonen dar. Wir stimmen der Aufstockung daher zu, aber der Einsatz von Zivildienstleistenden darf nicht zu einem Abbau von Fachpersonen in Schulen und bei Beratungsangeboten führen, sondern es muss sich stets um eine Ergänzung handeln. Zu Pinto: Den Antrag Nr. 4 lehnen wir ab, aber wir würden in nächster Zeit gerne eine Diskussion über den genauen Auftrag von Pinto führen. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass der repressive Auftrag, den man Pinto erteilt hat, falsch ist, und möchten darüber diskutieren, ob und wie man diesen Auftrag ändern könnte. Zu den Mahlzeitenvergünstigungen: Der Stadtrat hat die einkommensabhängige Vergünstigung für Mahlzeiten beschlossen und wir stehen nach wie vor zu dieser Entscheidung, weshalb wir die Kürzungsanträge ablehnen. Zur Schulsozialarbeit: Aus unserer Sicht ist unbestritten, dass ein Ausbau der Schulsozialarbeit notwendig ist. Wir ziehen den Antrag der SBK dem Antrag der FD vor, da uns eine deutliche Erhöhung der Mittel für die Schulsozialarbeit recht wäre. Wie wir gehört haben, ist die Abdeckung der Schulsozialarbeit in der Stadt Bern im Vergleich mit anderen Städten sehr tief. Es ist wohl unbestritten, dass diese Arbeit sehr wertvoll ist. Zu Antrag Nr. 10: Es scheint uns richtig, eine möglichst hohe Auslastung der Turnhallen anzustreben und als Zielwert eine Auslastung von 100% vorzugeben, auch wenn dieser Wert nicht vollständig erreicht werden kann. Es ist sinnvoll, einen möglichst hohen Wert erreichen zu wollen und die Steuerungsvorgabe daher so zu belassen.

Zum Jubiläum der Aktionswoche gegen Rassismus: Dieser Antrag wurde von Regula Bühlmann bereits begründet und wir unterstützen ihn selbstverständlich.

Bettina Jans-Troxler (EVP) für die Fraktion GFL/EVP: Bei der BSS kam es im Vergleich zum IAFP zu einigen Veränderungen. Dazu kamen noch 6,8 neue Stellen, aber wir haben von der Kommissionssprecherin bereits gehört, dass diese Stellen entweder durch die Spezialfinanzierung oder durch den Kanton finanziert werden. Es geht vor allem um die zunehmende Nachfrage bei der Betreuung. Gegenüber dem IAFP kam es aber auch zu Einsparungen. Eine davon betrifft Pinto: Im IAFP wurde für Pinto eine zusätzliche 100%-Stelle eingerechnet, die aber später auf eine 50%-Stelle gekürzt wurde, obwohl wir in der IAFP-Debatte eine Planungserklärung abgelehnt hatten, mit welcher eine solche Kürzung verlangt wurde. Wir stimmten also bereits in der IAFP-Debatte einer Aufstockung um eine 100%-Stelle zu und sind nach wie vor derselben Ansicht, weshalb wir einen entsprechenden Antrag eingereicht haben. Zum Chleehuus: Wir unterstützen den Antrag Nr. 1. Die Jugend- und Sozialarbeit in diesem Quartier ist sehr wichtig und soll weitergeführt werden, auch wenn die Kirche das Angebot nicht weiterführt. Zum Theaterzirkus Wunderplunder: Unseres Erachtens ist dieser Zirkus ein tolles Angebot. Die Art und Weise, wie der Antrag dazu in die Budgetdebatte geraten ist, erscheint uns aber etwas seltsam. Weshalb wurde er so spät beziehungsweise so kurzfristig eingereicht? Uns liegen auch keine Erklärungen vor, weshalb diejenigen, die den Zirkus bisher finanziert haben, dies nun nicht mehr tun. Dennoch stimmen wir diesem Antrag zu. Zu Antrag Nr. 3: Dieser wurde von Manuel C. Widmer bereits begründet. An den Schulen laufen viele Lehrpersonen am Limit, dies aus sehr verständlichen Gründen, aber wir haben als Stadt keinen Spielraum, etwas zu verändern, da der Kanton zuständig ist. Zivildienstleistende einzusetzen ist eine Möglichkeit, im Sinne eines Tropfens auf den heissen Stein einen kleinen Beitrag zu leisten. Die Anträge der Fraktion FDP/JF richten sich gegen Entscheide, die wir bei der Behandlung der Reglemente mitgetragen haben, weshalb wir sie ablehnen. Zu den Anträgen bezüglich Schulsozialarbeit: Bei Antrag Nr. 8 der SBK sind nicht nur die 360 zusätzlichen Stellenprozente eingerechnet, sondern auch eine Aufstockung bei der Leitung sowie die Räumlichkeiten, die zur Verfügung gestellt werden müssen. Bei der Variante der FD in Antrag Nr. 9 geht es nur um die Lohnkosten der zusätzlichen 360 Stellenprozente. Bei früheren Aufstockungen wurde die Leitung nicht ebenfalls aufgestockt. Wir würden es bereits begrüßen, wenn die neuen Stellen überhaupt geschaffen werden können, dies vor allem auch deshalb, da wir diese in den kommenden Jahren ohnehin werden schaffen müssen, weil die Schülerinnen- und Schülerzahlen steigen und wir mit der Schulsozialarbeit ohnehin schon am Limit laufen. Auch die Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter stellen für die Lehrpersonen eine Entlastung dar, da sie ihnen im Zusammenhang mit der Familienarbeit und der Betreuung in speziellen Situationen Arbeit abnehmen. Zur Aktionswoche gegen Rassismus: Rassismus ist ein alltägliches Phänomen, weshalb es aus unserer Sicht nicht viel bringt, wenn man sich während einer Woche pro Jahr lautstark dagegen wendet und die Betroffenen in den restlichen 51 Wochen mehr oder weniger im Regen stehen lässt. Dies gilt für uns umso mehr, da die Veranstaltungen in dieser Aktionswoche vor allem von Leuten besucht werden, die ohnehin gegen Rassismus sind. Für uns stellt sich die Frage, wie viele Leute, die es betreffen würde, man mit dieser Aktion wirklich erreicht. Aus diesen Gründen lehnen wir den Antrag Nr. 11 mehrheitlich ab. Die Fraktion GFL/EVP würde es begrüßen, wenn die erwähnten 50 000 Franken, die zum Jubiläum dieser Aktionswoche gesprochen werden sollen, stattdessen an die Ombudsstelle der Stadt gingen, verbunden mit dem Auftrag, dieses Geld explizit für die Beratung von Menschen einzusetzen, die von Diskriminierung betroffen sind.

Luzius Theiler (GaP) für die Fraktion AL/GaP/PdA: Es geht vorliegend um die Glaubwürdigkeit des Budgets respektive der Steuerungszahlen, die im New Public Management (NPM) eine

grosse Rolle spielen sollen. Diese Zahlen müssen der Realität standhalten. Bei den Steuerungsvorgaben für die Auslastung der Sportanlagen werden 100% für eine schulische Nutzung und 97% für eine ausserschulische Nutzung angegeben. Diese Zahlen stützen sich auf die vergangenen Jahre, in welchen angeblich eine Auslastung in dieser Höhe vorlag. Es besteht ein gewisser Verdacht, dass diese hohe Auslastung dazu dienen soll, einen Mangel an Schulraum respektive Sportraum darzulegen und damit eine Begründung für den Bau neuer Turnhallen zu liefern. Ich stelle fest, dass Auslastungen in der Höhe von 100% respektive 97% nicht möglich sind. Die Belegungspläne der Sporthallen Weissenstein und Wankdorf sind im Internet einsehbar. Es sind noch sehr viele Zeiten ersichtlich, die nicht reserviert sind. Auch in den Zeiten, in welchen die schulische Nutzung überwiegt, gibt es Zeiten, die nicht belegt sind. Es wäre viel ehrlicher und zielführender, wenn man als Ziel eine Auslastung festsetzen würde, bei welcher es noch ein wenig Luft nach oben hat. So könnten sich weitere Vereine oder Interessenten um die freien Zeiten bewerben, was mir vernünftiger erscheint als die festgelegten realitätsfremden Zahlen, die ganz offensichtlich nicht stimmen können.

Bettina Stüssi (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO ist mit dem Budget der BSS sehr einverstanden. Wir haben festgestellt, dass Aufgaben enthalten sind, die zur Erreichung der Legislaturziele aufgenommen wurden. Ich spreche beispielsweise von Deutschkursen für Migrantinnen und Migranten. Wir haben sodann mit Zufriedenheit festgestellt, dass die Mahlzeitenvergünstigungen budgetiert wurden. Dennoch würden wir mit der Unterstützung einzelner Anträge gern kleinste Korrekturen vornehmen, unseren Spielraum nutzen und ein wenig Einfluss auf das Budget der BSS nehmen. Zu Antrag Nr. 1: Die Fraktion SP/JUSO nimmt diesen Antrag zum Chleehuus an. Wir sind überzeugt, dass die Lücke gefüllt werden muss, wenn sich die kirchliche Sozialarbeit zurückzieht. Auch den Antrag Nr. 2 zum Theaterzirkus Wunderplunder unterstützen wir natürlich, da er ja von uns stammt. Wir haben uns sehr gefreut, als sich die SVP gemeldet hat und gesagt hat, sie wolle uns bei diesem Antrag unterstützen und sogar noch etwas mehr Geld beantragen, damit das Projekt verwirklicht werden kann. Als wir realisiert haben, dass es der SVP nur darum geht, zwei wunderbare Kulturprojekte gegeneinander auszuspielen, waren wir sehr enttäuscht. Weiter sind wir überzeugt, dass es im Moment an den Schulen Zivildienstleistende braucht und dass dies für die Lehrpersonen eine grosse Entlastung bedeutet. Manuel C. Widmer hat den Antrag ausführlich begründet und wir stimmen seinen Argumenten sowie dem Antrag Nr. 3 zu. Genauso unterstützen wir den Stellenausbau bei Pinto, da es uns enorm wichtig scheint, dass Pinto existiert. Die Leute von Pinto können in Konfliktsituationen vermitteln und deeskalierend einwirken, es muss nicht immer sofort eine Anzeige erfolgen. Alle Kürzungsanträge der Fraktion FDP/JF lehnen wir ab. Dem Antrag der FD bezüglich Schulsozialarbeit stimmen wir hingegen zu. Die Fraktion SP/JUSO hat sich entschieden, sich an die Berechnung der FD zu halten und daher den Antrag Nr. 9 zu unterstützen, der für die Schulsozialarbeit zusätzliche Mittel in der Höhe von 470 000 Franken verlangt. Je nachdem, ob die Anträge Nr. 8 und 9 einander gegenübergestellt werden oder ob über jeden Antrag einzeln abgestimmt wird, werden wir den Antrag Nr. 8 der SBK ablehnen. Den Antrag Nr. 10 von Luzius Theiler lehnen wir ebenfalls ab. Dem Antrag Nr. 11 hingegen stimmen wir zu. Die Fraktion SP/JUSO erachtet es als wichtig, dass die Aktionswoche gegen Rassismus das zehnjährige Jubiläum in grossem Stil feiern kann und dass diese Woche im Jubiläumsjahr besonders stark gewichtet wird.

Marianne Schild (GFL) für die Fraktion GLP/JGLP: Wir werden uns im vorliegenden Teil des PGB gleich verhalten wie in den anderen Teilen. Wir werden also weder Kürzungsanträge noch Erhöhungsanträge unterstützen. Mir persönlich und wohl auch den übrigen Fraktionsmitgliedern fällt dies bei der BSS ein wenig schwerer, denn wir sehen durchaus, dass eine gute Sozialpolitik von heute eine gute Sicherheitspolitik von morgen ist. Sicherheit kann in

erster Linie auf diese Weise gesteuert werden. Weiter sehen wir auch, dass gerade in Bern-West soziokulturelle Animation wichtig ist, aber wir sind auch der Meinung, dass wir mit einer rotgrünen Regierung eher mehr Staatsaufgaben haben statt weniger. Dadurch haben wir auch mehr Möglichkeiten, wichtige Dinge so zu priorisieren, dass entsprechende Projekte mithilfe des Budgets umgesetzt werden können. Zur Schulsozialarbeit: Ich könnte mir vorstellen, dass man vorübergehend versuchen würde, vermehrt in den Klassen zu arbeiten, anstatt nur Einzelbetreuung anzubieten, und dass man versuchen würde, das Ganze weiterzuentwickeln. Die Fraktion GLP/JGLP hat selbst keine Anträge gestellt, aber meine Äusserungen sollen unser Abstimmungsverhalten erklären.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion SVP: Zum Chleehuus: Wir lehnen diesen Antrag ab. Es besteht bereits ein Kursangebot für Migrantinnen und Migranten, das sich nicht stark verringert hat. Teilweise wurden Kurse ausquartiert, aber eine Aufstockung des Betrags um 130 000 Franken ist unseres Erachtens in diesem Fall nicht angebracht, da das Ganze nach wie vor funktioniert. Zu Pinto: Auch diesen Antrag lehnen wir ab. Wir sehen nicht ein, weshalb der Betrag erhöht werden soll. Pinto ist an sich eine gute Sache, die ich bei der Einführung seinerzeit auch unterstützt habe. Teilweise blieb es aber bei Gesprächen, ein wenig nach dem Motto «Es ist gut, dass wir darüber gesprochen haben», aber mehr geschah nicht. Das Ganze hat sich nicht wunschgemäss entwickelt. Ich glaube, dass es utopisch ist, für Pinto mehr Mittel zu sprechen in der Hoffnung, dass man dadurch bei der Reitschule oder an anderen Orten in der Stadt Bern etwas mehr Ruhe schaffen kann. Den Antrag Nr. 5 der Fraktion FDP/JF betreffend Mahlzeitenvergünstigung unterstützen wir. Auch der Leistungsausbau bei der Tagesbetreuung erscheint uns im budgetierten Ausmass nicht gerechtfertigt, weshalb wir dem Antrag Nr. 7 der Fraktion FDP/JF ebenfalls zustimmen. Zu Antrag Nr. 10 von Luzius Theiler: Wir teilen die Meinung des Antragstellers. Wir haben selber schon erlebt, dass die Belegungspläne auf Vorrat ausgefüllt werden und in etwa der Hälfte der Fälle die Halle trotzdem nicht benutzt wird. Es ist daneben, ein solches Verhalten zu unterstützen. Die Fraktion SVP stimmt dem Antrag Nr. 10 daher zu.

Einzelvoten

Alexander Feuz (SVP): Antrag Nr. 11 ist ein weiteres Beispiel dafür, wie wir das Geld der Steuerzahlenden ausgeben. Für die Aktionswoche gegen Rassismus soll das Budget um 50 000 Franken erhöht werden, weil man das zehnjährige Jubiläum dieses Projekts feiern will. Ich erinnere mich, dass wir diese Aktionswoche stets bekämpft haben. Nun soll noch ein Jubiläum gefeiert werden. Das Ganze wird mit Steuergeldern hochgetrieben. Solche Ausgaben mögen wünschbar sein und ich gönne es allen, die einen schönen Job haben, dass sie noch ein wenig mehr Geld zur Verfügung haben, aber es ist nicht zwingend nötig für die Stadt Bern, dieses Jubiläum zu begehen. Die Aktionswoche wird ja bereits durchgeführt, aber es kann nicht sein, den dafür vorgesehenen Betrag zu erhöhen. Das können Sie mit den Steuerzahlenden nicht machen. Zu Antrag Nr. 4: Pinto hat durchaus seine Berechtigung. Ich gehöre zu denjenigen unserer Fraktion, die Pinto nicht grundsätzlich ablehnen, aber für Probleme wie beispielsweise denen im Bereich der Reithalle braucht man die Polizei und nicht Pinto. Wenn sogar die Polizei nur mit grossem Mitteleinsatz tätig werden kann, muss man nicht die Leute von Pinto verheizen, das ist der falsche Weg. Zu Antrag Nr. 3: Über den Einsatz von Zivildienstleistenden in den Schulen kann man durchaus diskutieren, aber dafür noch mehr Geld auszugeben, ist nicht zielgerichtet. Dieser Antrag entspricht dem Gemeinderat nicht. Man will auf diese Weise versuchen, weitere Stellen zu erhalten. Wir sind der Meinung, dass man sich auf das beschränken soll, was wirklich nötig ist. Zu Antrag Nr. 10: Eine Anpassung der Steuerungsvorgaben erscheint mir völlig sachgerecht. Ich habe schon bei anderen Anträgen erklärt,

dass man nicht Vorgaben formulieren soll, die nicht umsetzbar sind. So habe ich mich beispielsweise dagegen gewehrt, dass man bei Baugesuchen festlegt, dass sie innerhalb einer bestimmten Frist behandelt werden müssen. Dasselbe gilt für Einbürgerungsgesuche. Ich habe bereits erwähnt, dass bei der BSS noch Luft drin ist. Es gibt Leute, die auf finanzielle Unterstützung angewiesen sind, das stellen wir nicht in Abrede. Daneben gibt es aber Bereiche, in welchen man sparen kann. Abschliessend möchte ich nochmals auf unseren Antrag Nr. 2a zum Theaterzirkus Wunderplunder hinweisen. Mit den 20 000 Franken könnten Sie etwas für die Jungen machen, das Geld wäre gut investiert.

Erich Hess (SVP): Entschuldigen Sie, dass ich nochmals das Wort ergreife, aber ich möchte zu Pinto noch etwas sagen, was ich als Fraktionssprecher nicht sagen konnte. Nicht alle in unserer Fraktion sind bezüglich Pinto derselben Meinung. Ich bin dezidiert gegen eine Aufstockung bei Pinto. Sie glauben wohl nicht im Ernst, dass wegen einiger zusätzlicher Sozialarbeiterinnen und -arbeiter, die auf dem Vorplatz der Reithalle und auf der Schützenmatte herumschlendern, ein zusätzlicher Dealer oder Drogensüchtiger vom Platz wegzubringen ist. Sie glauben wohl nicht im Ernst, dass Sie die Sicherheitslage erhöhen können, wenn Sie den beantragten Mehrbetrag von 50 000 Franken sprechen. Was es braucht, ist die Polizei und ein knallhartes Durchgreifen gegen alle Drogendealer, Drögeler und Kriminelle auf dem Vorplatz sowie im Innern der Reithalle. Nur so schaffen wir es, an diesem Ort Recht und Ordnung herzustellen. Durch die Bauten, die illegal erstellt und von der Stadt toleriert werden, hat man den Unsicherheitsplatz noch erweitert. Auf dem Parkplatz war man vorher noch einigermaßen sicher, da der Überblick gewährleistet war. Mit dem Schrottplatz, den der Gemeinderat mit der Unterstützung eines Teils des Stadtrats nun aber realisiert hat, haben Sie die Schützenmatte definitiv zu einem Unsicherheitsort gemacht. Auch die Linksextremisten der Reithalle können sich dort nun viel besser verstecken. Ich gehe davon aus, dass die Polizei bei den nächsten grösseren Ausschreitungen keine Freude haben wird, wenn links und rechts der Barrikaden zusätzliche Wurfgeschosse auftauchen. Ich bitte Sie daher, den Antrag Nr. 4 abzulehnen. Es wäre besser, wenn wir diesen Betrag von 50 000 Franken in die Polizeiarbeit investieren würden.

Eva Gammenthaler (AL): Zu Antrag Nr. 3: Wir sind der Meinung, dass Zivildienstleistende nicht als billige Arbeitskräfte oder als Ersatz für Fachkräfte missbraucht werden sollen. Gleichzeitig erscheint uns der Einsatz von Zivildienstleistenden ganz allgemein wichtig und auch in der Betreuung von Kindern begrüssenswert. Wir stimmen dem Antrag daher zu. Zu Antrag Nr. 4: Auch ich bin der Meinung, dass es im öffentlichen Raum durch die diversen Nutzungen immer wieder zu Konflikten kommt. Man versucht, mit Kontrollen und Regulierungen Gegensteuer zu geben. Dabei geht die Wichtigkeit der sozialen Begegnungszone im öffentlichen Raum etwas verloren. Diese Begegnungszone ist insbesondere für Jugendliche oder Menschen, die sich am Rande der Gesellschaft befinden, ein wichtiger Ort. In der Stadt gehen diese Räume immer mehr verloren. Insbesondere Räume für Jugendliche verschwinden zunehmend, Räume, in welchen sich Jugendliche frei und ohne Konsumzwang aufhalten können. Vom Pausenhof werden sie vertrieben, vom Bahnhof werden sie weggewiesen. In diesem Kontext wird einer Institution wie Pinto unter dem Deckmantel der sozialen Arbeit eigentlich ein Doppelmandat auferlegt. Einerseits geht es um die Wahrung der öffentlichen Sicherheit und um die soziale Kontrolle, andererseits um die Unterstützung einer Zielgruppe und um Prävention. Dies widerspricht einer professionellen Haltung und den Grundsätzen der sozialen Arbeit. Ordnungspolitische Aufträge verhindern freiwillige parteiliche und akzeptierende Arbeit, die bei den Bedürfnissen der Klientel ansetzen würde. Eine klare Abgrenzung dieser verschiedenen Aufgaben ist für mich wichtig. Aus diesen Gründen spreche ich mich gegen die Erhöhung der ohnehin schon sehr hohen Stellenprozentage von Pinto aus. Auf die

dargelegte Begründung dieses Antrags möchte ich nicht weiter eingehen. Aus meiner Sicht lässt sich die Situation auf der Schützenmatte nicht mit Repression lösen, sondern wir benötigen vielmehr eine umfassendere Herangehensweise. Lassen Sie uns mehr Freiräume für Jugendliche überall in der Stadt schaffen, mehr Angebote für eine offene Jugendarbeit, vielleicht auch in der Innenstadt, und mehr akzeptierende soziale Arbeit. Machen wir aus unserer sehr ausgrenzenden Stadt viel eher eine soziale und inklusive Stadt.

Ordnungsantrag Erich Hess (SVP): Im Interesse der Berner Steuerzahlenden bitte ich Sie, die Sitzung sofort abubrechen. Wenn diese Sitzung noch fünf Minuten länger dauert, kostet dies die Steuerzahlenden zusätzliche 8000 Franken. Ich gehe davon aus, dass das Votum von Gemeinderätin Franziska Teuscher sowie die nachfolgende Abstimmung zum vorliegenden Geschäft nicht innerhalb von fünf Minuten erledigt sind. Ich bitte Sie daher, die Sitzung an dieser Stelle abubrechen und Gemeinderätin Teuscher zu Beginn der nächsten Sitzung zu Wort kommen zu lassen.

Beschluss

Der Stadtrat lehnt den Ordnungsantrag Hess ab. (11 Ja, 48 Nein, 3 Enthaltene) *Abst.Nr. 036*

Direktorin BSS *Franziska Teuscher:* Ich habe heute Abend noch nichts gesagt, während sich gewisse Redner mehrmals zu Wort gemeldet haben. Ich fasse mich kurz und spreche nur zu den Anträgen, die im Gegensatz zum Budget des Gemeinderats Kürzungen vorsehen. Jede Gemeinderätin und jeder Gemeinderat muss die beschlossenen finanzpolitischen Richtlinien einhalten. Zur Kürzung der Mahlzeitenvergünstigungen: Ich bitte Sie, diese Anträge abzulehnen. Der Gemeinderat hat Ihnen aufgrund von drei Überlegungen den budgetierten Vorschlag unterbreitet, den wir bereits im Zusammenhang mit dem Reglement präsentierten. Wir sind davon überzeugt, dass wir Familien gezielt unterstützen wollen. Es handelt sich dabei um eines der Legislaturziele des Gemeinderats. Somit haben wir sicher auch die richtige Umsetzung gewählt. Wir sind auch der Ansicht, dass man Familienarbeit betreiben kann, indem man die Kopfprämien, die bei den Mahlzeiten gelten, nämlich neun Franken pro Kind, an die finanziellen Verhältnisse der Eltern anpasst. Der Gemeinderat schlägt daher vor, dass Personen mit kleinem Einkommen einen Beitrag von drei Franken für eine Mahlzeit bezahlen, für den unteren Mittelstand sind es sechs Franken und für alle anderen neun Franken. Ich bitte Sie, den Gemeinderat diesbezüglich zu unterstützen. Zu den Steuerungsvorgaben bei den Sportanlagen: Eine Auslastung von 100% ist realistisch, insbesondere bei den Schulen. Meines Erachtens sollte man diese beibehalten. Wenn man schon wenige Turnhallen hat, sollte man nicht noch sagen, man wolle sie nicht zu 100% auslasten. Entgegen Ihrer Befürchtung, Luzius Theiler, handelt es sich nicht um ein Mittel, um den Mangel an Turnhallen zu beheben, sondern es handelt sich um ein Mittel, um bestehende Infrastruktur optimal zu nutzen. Dasselbe gilt für die Vereine, auch dort ist die Auslastung bereits heute sehr hoch, weshalb wir auch diese Steuerungsvorgabe beibehalten möchten. Wenn Sie ab und zu eine leere Turnhalle sehen, ist diese trotzdem von der Schule oder von einem Verein gebucht. Die Vereinsleitungen und die Lehrpersonen nehmen sich die Freiheit heraus, bei schönem Wetter einmal in den Wald zu gehen oder im Sommer schwimmen zu gehen, statt die Turnhalle zu benutzen. Es ist nicht immer jemand in den Turnhallen, aber ausgelastet sind sie zu 100%.

Beschluss

1. Der Stadtrat stimmt dem Antrag Nr. 1 SBK/FD zu. (45 Ja, 19 Nein, 3 Enthaltene) *Abst.Nr. 037*
2. Der Antrag Nr. 2 SP/JUSO obsiegt gegenüber dem Antrag Nr. 2a SVP in der Gegenüberstellung. (48 Ja, 15 Nein, 2 Enthaltene) *Abst.Nr. 038*

3. Der Stadtrat stimmt dem Antrag Nr. 2 SP/JUSO zu (43 Ja, 21 Nein, 3 Enthaltungen)
Abst.Nr. 039
4. Der Stadtrat stimmt dem Antrag Nr. 3 GFL/EVP zu. (46 Ja, 20 Nein, 1 Enthaltung)
Abst.Nr. 040
5. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 4 GFL/EVP ab. (23 Ja, 41 Nein, 3 Enthaltungen) *Abst.Nr. 041*
6. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 5 FDP/JF ab. (13 Ja, 54 Nein) *Abst.Nr. 042*
7. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 6 FDP/JF ab. (13 Ja, 54 Nein) *Abst.Nr. 043*
8. Antrag Nr. 7 FDP/JF zurückgezogen.
9. Der Antrag Nr. 8 SBK unterliegt dem Antrag Nr. 9 FD in der Gegenüberstellung
(14 Ja, 50 Nein, 1 Enthaltung) *Abst.Nr. 044*
10. Der Stadtrat stimmt dem Antrag Nr. 9 FD zu. (47 Ja, 18 Nein, 2 Enthaltungen) *Abst.Nr. 045*
11. Der Stadtrat lehnt den Antrag Nr. 10 Theiler ab. (8 Ja, 56 Nein, 3 Enthaltungen) *Abst.Nr. 046*
12. Der Stadtrat stimmt dem Antrag Nr. 11 GB/JA! und SP/JUSO zu.
(36 Ja, 29 Nein, 2 Enthaltungen) *Abst.Nr. 047*

Traktandenliste

Die Traktanden 7 und 8 werden auf eine spätere Sitzung verschoben.

Eingänge

Es werden folgende parlamentarische Vorstösse eingereicht und an den Gemeinderat weitergeleitet:

1. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Fragen zur Finanzierung des Reportagenfestivals und dessen Sicherstellung für die Zukunft!
2. Kleine Anfrage Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Fragen zur drohenden de facto Enteignung der Hauseigentümer durch die extremen Forderungen der SP/JUSO nach Erhöhung der Quoten städtischer Liegenschaften
3. Dringliche Motion Fraktion SP/JUSO (Timur Akçasayar, SP): Richtplan Fussverkehr: Umsetzung mit der SBB Abstellanlage Bümpliz Süd und keine Salomitaktik!
4. Motion Fraktion GLP/JGLP (Gabriela Blatter, GLP): Verdichtung als wichtiges städtebauliches Anliegen auch in der Bauordnung verankern
5. Motion Fraktion SP/JUSO (Fuat Köçer, SP): Schulversuch – Notenfreie Beurteilung in den Stadtberner Schulen
6. Motion Fraktion SP/JUSO (Katharina Altas, SP/Brigitte Hilty Haller, GFL): Kornhaus als Kulturhaus: Berner Kornhausbibliothek ins Parterre – Kornhaus als Literaturhaus etablieren
7. Motion Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger, SP): Datenschutz in der digitalen Transformation
8. Postulat Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger, SP): Gesellschaftliche Auswirkungen der digitalen Transformation in der Stadt Bern
9. Postulat Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger/Bettina Stüssi, SP): Die Stadt Bern als attraktive Arbeitgeberin in der digitalen Transformation
10. Postulat Fraktion FDP/JF (Tom Berger, JF): Ende des Berner Staatsweins – Abgabe des Rebgesetzes im Baurecht prüfen

11. Postulat Fraktion SVP (Alexander Feuz/Thomas Glauser, SVP): Wie nachhaltig ist die Zusammenarbeit Berns mit anderen Städten?
12. Postulat Janosch Weyermann (SVP): Rauchfreie Kinderspielplätze für einen wirksamen Kinderschutz und eine saubere Umwelt
13. Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Fusionsgespräche mit der Gemeinde Ostermundigen und anderen Gemeinden, Teil 1: Sollte nicht aus den Erfahrungen der Fusion der Stadt Luzern und der Gemeinde Littau gelernt werden?
14. Interpellation Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Fusionsgespräche mit der Gemeinde Ostermundigen und anderen Gemeinden Teil II: Rigide rotgrüne Verbotskultur (Belegungsvorschriften bei Wohnungen, Einführung Fleischsteuer, Abbau Parkplätzen etc.) und drohende de facto Enteignung der Hauseigentümer: Wie will der Gemeinderat den Ängsten der umliegenden Gemeinden begegnen?
15. Interfraktionelle Interpellation FDP/JF, BDP/CVP (Tom Berger, JF/Oliver Berger, FDP/Michael Daphinoff, CVP): Haben Anbieter von Veloverleihsystemen eine faire Chance in Bern?
16. Interfraktionelle Interpellation FDP/JF, BDP/CVP (Oliver Berger, FDP/Tom Berger, JF/Michael Daphinoff, CVP): Transparenz bei Publibike

andere Eingänge

- Teilrevision Geschäftsreglement des Stadtrats; Änderungsantrag Luzius Theiler (GAP), Manuel C. Widmer (GFL): Elektronische Stimmentmittlung auch ausserhalb des Rathauses und Namensaufruf bei Fehlen eines Abstimmungssystems

Schluss der Sitzung: 23.10 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

03.01.2020

X 

Signiert von: Philip Jany Kohli (Qualified Signature)

Die Protokollführerin

17.12.2019

X 

Signiert von: Marianne Hartmann (Qualified Signature)